



**HESSISCHER LANDTAG**

24. 04. 87

**2. Sitzung**

Wiesbaden, den 24. April 1987

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	29	<b>18. Beschlußfassung über die Vertrauenserklärung für die Landesregierung</b>	
<i>Entgegengenommen</i> .....	29	Hierzu:	
Präsident Lengemann .....	29	Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Vertrauenserklärung gemäß Art. 101 Abs. 4 HV	
<b>17. a) Regierungserklärung</b> .....	29	- Drucks. 12/9 - .....	61
<i>Entgegengenommen</i> .....	61	<i>Angenommen</i> .....	61
<b>b) Mitteilung über die Ernennung der Minister</b> ..	29	Präsident Lengemann .....	61
<i>Entgegengenommen und besprochen</i> .....	61	<b>19. Vereidigung der Minister</b> .....	61
Krollmann .....	29	<i>Vollzogen</i> .....	61
Wilke .....	37	Präsident Lengemann .....	61
Vizepräsident Dr. Günther .....	45	Ministerpräsident Dr. Wallmann .....	61
Fischer (Frankfurt) .....	46	Präsident Lengemann .....	61
Nassauer .....	57		
Präsident Lengemann .....	61		

**Im Präsidium:**

Präsident Lengemann  
Vizepräsident Dr. Lang  
Vizepräsident Dr. Günther  
Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt)  
Vizepräsident Sturmowski

**Auf der Regierungsbank:**

Ministerpräsident Dr. Wallmann  
Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Gerhardt  
Minister der Finanzen Kanther  
Minister des Innern Milde  
Minister der Justiz Koch  
Minister für Wirtschaft und Technik Schmidt  
Kultusminister Dr. Wagner  
Minister für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz  
Reichhardt  
Sozialminister Trageser  
Minister für Umwelt und Reaktorsicherheit Weimar

(Beginn: 9.01 Uhr)

**Präsident Lengemann:**

Meine Damen und Herren! Die zweite Plenarsitzung in der 12. Wahlperiode, zu der ich Sie herzlich begrüße, ist hiermit eröffnet. Das Haus ist beschlußfähig.

Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen)

Meine Damen und Herren, am 19. April ist im gesegneten 90. Lebensjahr unserer früherer Kollege Dr. Horst aus Hofheim am Taunus verstorben. Er gehörte zu den Gründervätern unseres Landes. Er war Mitglied der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen vom 15. Juli bis zum 30. November 1946.

Wir widmen ihm einen Augenblick stillen Gedenkens. - Ich danke Ihnen.

(Die Abgeordneten nehmen wieder ihre Plätze ein)

Und wie es im Leben ist - ein anderer Kollege hat heute Geburtstag: Der Kollege Ritter aus Darmstadt, den ich selbst noch nicht gesehen habe, der aber bestimmt gleich eintreffen wird, wird 56 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch - seine Freunde werden es ihm weitergeben.

(Allgemeiner Beifall)

Zur Tagesordnung habe ich Ihnen mitzuteilen, daß noch die Aussprache über Punkt 17 - Regierungserklärung - offen ist. Außerdem müssen noch die Tagesordnungspunkte 18 und 19 - Vertrauenserklärung und Vereidigung der Minister - behandelt werden. Ich bin öfter gefragt worden, wie lange die Sitzung heute dauern werde, ob man noch vor den Staus des Freitagnachmittags in Richtung Mittel-, Ost- und Nordhessen durchkomme. Auf 13 Uhr sollte man sich sicher einmal einrichten.

Meine Damen und Herren, ich rufe wiederum **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

**a) Regierungserklärung**

**b) Mitteilung über die Ernennung der Minister**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abg. Krollmann.

**Krollmann (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir Mühe gegeben, es mir abzugewöhnen, diese staatstragenden Fassaden von Gesichtern nachzuahmen, die gewöhnlich in schwierigen Stunden vorgewiesen werden. Ich bekenne: Für mich ist dies eine schwierige Stunde, und mir geht das unter die Haut, was hier geschehen ist und was ich hier heute zu tun habe. Dies ändert aber alles nichts daran, daß wir nach vorne blicken. Sie werden hoffentlich verstehen, daß ich bereit und in der Lage bin, für meine Fraktion, für meine Partei und damit auch für das Land zu kämpfen;

(Beifall bei der SPD)

denn wir haben in der Tat nicht erst die lichtvollen Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten zur Rolle der Opposition gebraucht, um zu begreifen, daß wir Opposition sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß schon sagen: Ich habe viel gelernt, Herr Ministerpräsident, zum Beispiel, daß Hessen in der Mitte der Bundesrepublik liegt. Das war mir neu.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das Reich der Mitte!)

Ich habe auch mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, Herr Ministerpräsident, daß Sie eine Reihe der sonst üblichen Zitate weggelassen haben. Zwar war die Spannweite bis Lukacs immer noch beachtlich. Aber wir haben festgestellt, daß die Zahl der Zitate gegenüber den Reden des Frankfurter Oberbürgermeisters deutlich minimiert ist. Sie finden also insoweit öffentliche Aufmerksamkeit.

Wir haben mit großer Freude festgestellt, daß Sie an den Idealen der bürgerlichen Aufklärung festhalten und sich vom rationalen Diskurs nicht abwenden. Ja, ich glaube auch an die Fähigkeit der Menschen zur Vernunft.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Mir ist dann übrigens noch etwas aufgefallen; was ich durchaus beachtlich finde. Da heißt es:

Wir werden uns auch um die Theater zu kümmern haben, die als zentrale Orte des Wiedererkennens die Chance bieten, demokratische Gesellschaft zu konstituieren.

Das ist kein gutes Feuilleton.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN - Lenz (Frankfurt) (CDU): Was ist denn das für ein Niveau?)

Ich habe dies bereits gestern dem Ministerpräsidenten persönlich gesagt und möchte es jetzt vor dem Hohen Hause in aller Öffentlichkeit und auch ehrlichen Herzens wiederholen: Ich wünsche Ihnen, Herr Dr. Wallmann, zum Wohle aller hessischen Bürgerinnen und Bürger eine glückliche Hand in Ihrem neuen Amt.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Das Land hat es verdient, daß mit ihm sorgsam umgegangen wird.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Sie wissen genauso gut wie wir, daß das Wahlergebnis denkbar knapp ist. Es bedarf keiner Rechenkünste, um zu belegen, daß es wenig mehr als die Hälfte der Wählerinnen und Wähler waren, die Ihrer Regierung in diesem Land die Mehrheit verschafft haben.

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Gestern waren es mehr! - Heiterkeit bei der CDU)

Um auf gestern zurückzukommen: Ich erinnere an meine Einleitungsbemerkung. Dies gehört zu dem, was mir unter die Haut geht, und dies ist etwas, das ich in meiner eigenen Partei auszuhalten und auszutragen habe. Es ist offenkundig, daß die Zusammenarbeit, die wir mit der Auflösung des letzten Landtags beendet haben, noch nicht verarbeitet ist, weder allgemein in der Öffentlichkeit noch in der eigenen Partei. Nichtsdestoweniger ist die Opposition in diesem Land stark, und ich rede hier als Sprecher der stärksten Oppositionsfraktion.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden uns daran messen lassen, was wir als Opposition dafür tun können, die Interessen der Bürger zu wahren, die diese Wende in Hessen nicht wollten.

(Beifall bei der SPD)

Es darf deshalb nicht demontiert werden, was in Hessen in vier Jahrzehnten an Freiheitlichkeit, an Liberalität aufgebaut worden ist.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Dafür, Herr Ministerpräsident, gibt es in diesem Land keine Mehrheit. Sie haben gesagt, Sie wollten Ministerpräsident aller Hessen sein. Wir werden Sie beim Wort nehmen und an Ihren Taten messen.

Georg August Zinn hat, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor 30 Jahren einmal so formuliert; ich zitiere:

Ich bin in und mit der deutschen Arbeiterbewegung groß geworden, und ich weiß, daß viele, viel mehr, als man gemeinhin annimmt, den Weg zu ihr gefunden haben, nicht aus politischem Dogmatismus, sondern aus Auflehnung gegen eine als ungerecht empfundene Staats- und Gesellschaftsordnung.

Ich kann diesen Satz vom ersten bis zum letzten Wort unterschreiben. Wir Sozialdemokraten haben der hessischen Landesverfassung, die damals in einer Volksabstimmung im Dezember 1946 gebilligt wurde, unseren Stempel aufgedrückt.

Noch einmal: In diesem Land wird es in den nächsten vier Jahren darum gehen, ob auch künftig eine Politik sozialer Verantwortung, der Liberalität und des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts betrieben werden kann. Dafür werden wir uns einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe, Herr Ministerpräsident, in der Regierungserklärung lobende Worte gefunden zur Arbeit der Vertriebenenverbände und lobende Worte für Handwerk und Industrie. Das Wort Gewerkschaft kommt nicht vor.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sehr richtig!)

Das mag ein Beispiel für politische Akzentuierung sein. Vielleicht ist es auch ein Hinweis auf beabsichtigte Politik. Wir jedenfalls werden diese Politik nicht nur nicht mitmachen; wir werden sie bekämpfen, wenn es denn so sein sollte.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Sie haben vom Wähler nicht die Legitimation bekommen, in diesem Lande die Wende rückwärts einzuleiten. Wenn ich davon ausgehe, daß Personen für Programme stehen, dann habe ich große Bedenken, ob wir Liberalität und soziale Gerechtigkeit am Ende der vor uns liegenden vier Jahre unversehrt wiederfinden werden. Die Begleitmusik in einigen konservativen Medien läßt durchaus Befürchtungen aufkommen. Man will da Köpfe rollen sehen. Wir werden erleben, ob sich der Ministerpräsident gegen die Scharfmacher in den eigenen Reihen durchsetzen kann oder durchsetzen will.

(Beifall bei der SPD - Lenz (Frankfurt) (CDU): Reden Sie von Börner?)

- Nein, ich rede von unserem neu gewählten Ministerpräsidenten.

(Lenz (Frankfurt) (CDU): Ich dachte, Sie reden von Vergangenheitsbewältigung hier!)

- Ich rede von unserem neu gewählten Ministerpräsidenten, der sich in der Tradition von Georg August Zinn sieht.

Ich gehe davon aus, für mich und für andere, daß wir älter werden und dazulernen.

(Weghorn (F.D.P.): Dann haben wir ja noch Hoffnung! - Heiterkeit bei der F.D.P.)

Da hat es vor 20 Jahren den Abgeordneten Wallmann gegeben, der Georg August Zinn die schlimmste Beschädigung seiner politischen Laufbahn zugefügt hat, als er ihm gesagt hat: Herr Ministerpräsident, Sie verüben Sabotage an diesem Staat.

(Beifall bei der SPD)

Tote Sozialdemokraten sind allemal die besseren; das weiß ich.

(Troeltsch (CDU): Bei welcher Gelegenheit?)

- Es ging darum, daß Georg August Zinn sich gegen die Ausforschung einer Gruppe des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes gewandt hatte, ich glaube, in Gießen.

(Welteke (SPD): Staatssekretär Wetzels, jetzt CDU!)

Es ging um eine Frage, die mir dann später einmal eine Ministeranklage eingetragen hat - wenn Sie sich daran noch erinnern wollen. Ich werde persönlich nie vergessen, daß damals Heinz-Herbert Karry der einzige war, der einzige aus den Reihen der Regierung, der hier an das Pult gegangen ist und eine beachtliche, ja, mir unvergessene Rede über Liberalität, über Augenmaß gehalten hat.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, über die freiheitliche Gesellschaft, die wir in Hessen bewahren müssen, haben Liberale vor gut 15 Jahren in ihren Freiburger Thesen geschrieben:

Nicht nur auf Freiheiten und Rechte als bloße formale Garantien, sondern auf soziale Chancen in der alltäglichen Wirklichkeit kommt es an.

Dem stimmen Sozialdemokraten heute immer noch zu.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden zu prüfen haben, ob die Liberalen in der Regierung Wallmann sich auch heute noch an solchen Grundsätzen messen lassen, ob ihr politisches Handeln diese Thesen noch erkennen läßt. Sagen Sie: Sind Sie sich eigentlich darüber klar, was für eine seltsame Bemerkung das ist, es solle die liberale Wende in diesem Lande herbeigeführt werden?

(Zurufe von der SPD)

In diesem Lande haben Sie bis vor wenigen Jahren Verantwortung getragen.

(Zurufe der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.) und des Abg. Wilke (F.D.P.))

Daß Sie das meiste von dem, was Sie mit verwirklicht haben, inzwischen vergessen haben, steht auf einem anderen Blatt.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich finde, es ist einer der Punkte, die wirklich nicht der Komik entbehren, daß ständig so getan wird,

(Zuruf des Abg. Dr. Gerhardt (F.D.P.))

als habe es die sozialliberale Koalition in Hessen und im Bund überhaupt nicht gegeben, und daß ständig so getan wird, als seien es nicht Freie Demokraten gewesen, mit denen bei der Verwirklichung sozialdemokratischer Politik Kompromisse geschlossen werden mußten.

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Habt Ihr die fünf Jahre vergessen?)

- Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Was ich nicht vergessen habe, ist diese unglaubliche Sottise Ihres Herrn

Solms, der die Frechheit, die Unverschämtheit besessen hat, dieses Land, in dem ich politische Verantwortung getragen habe und trage, mit dem Marcos-Regime auf den Philippinen zu vergleichen. Dies ist eine Frechheit!

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, demnächst die Rücklagen verbraten, die Ihnen der scheidende Finanzminister zurückläßt, dann sollten Sie sich vielleicht für diese Gemeinheit entschuldigen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Die freiheitliche Gesellschaft, die offene Gesellschaft, die Freiheit der Presse wird in uns hessischen Sozialdemokraten auch künftighin und auch, wenn es uns selbst wehtut, Fürsprecher und Verteidiger finden. In den kommenden vier Jahren steht auch das Prinzip der Solidarität mit den Schwächeren auf dem Spiel, das Prinzip der Chancengleichheit im Bildungswesen. Es gibt Hunderttausende junger Menschen, die dieser Politik, für die Sozialdemokraten stehen - und Freie Demokraten standen -, gerade hier in Hessen mehr Chancengleichheit und beruflichen und sozialen Aufstieg verdanken. Sie können weiter auf uns rechnen.

(Beifall bei der SPD)

Gleiche Bildungschancen für alle Jugendlichen, ohne Rücksicht auf Herkunft, Geschlecht oder Einkommen der Eltern: Das war einmal das gemeinsame Ziel sozialliberaler Bildungspolitik in diesem Land. Heute läuft die gewendete F.D.P. auch in Hessen seit 1982 zum Beispiel der Parole von der "Zwangsförderstufe" hinterher. Die Frage ist, warum Sie denn nicht auch endlich einmal von "Zwangsschule" reden.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage ist, ob denn vier Jahre gemeinsamer Unterricht für alle Kinder etwas grundsätzlich anderes ist als sechs Jahre gemeinsamer Unterricht. Verletzen sechs Jahre das Wahlrecht der Eltern, vier Jahre aber nicht?

(Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Ich denke, diese Frage hat der Staatsgerichtshof eindeutig beantwortet. Und bitte: Sie haben eine Versprechung gemacht in einer Situation, in der Sie nicht davon ausgegangen sind, den Ministerpräsidenten stellen zu können.

Dieses Stück Wahrhaftigkeit sollten wir uns doch gegenseitig entgegenbringen. Sie haben jetzt die Chance, und Sie werden gefragt, Ihre Versprechung einzulösen. Dann tun Sie es mit Augenmaß! Wir werden darauf achten, daß Sie es tun. Machen Sie nicht, nur um Ihren Kopf durchzusetzen, überall dort Durcheinander, wo Schule in Ruhe gehalten werden sollte!

(Beifall bei der SPD - Fischer (Arolsen) (CDU): Wer war denn der größte Unruhestifter?)

Sie wissen genauso gut wie ich, daß sich die These von der Freiwilligkeit, vom Angebot nicht mit dem verträgt, was vier Jahre gemeinsame Grundschule leisten sollen.

(Lauterbach (CDU): Und was haben Sie in der Grundschule gemacht, Herr Krollmann? - Fischer (Arolsen) (CDU): Durcheinander!)

- Wir haben eine Grundschule, die gut ausgerüstet ist, der wir übrigens - anders als die meisten anderen Bundesländer - weitere Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung gestellt haben. Sie sind aufgefordert, diese Politik fortzusetzen.

(Zuruf des Abg. Korn (CDU))

Sie wissen genau, daß eine freiwillige Förderstufe das, was wir uns einmal gemeinsam vorgestellt haben, nicht leisten kann. In Wirklichkeit geht es heute längst um anderes; es geht darum, daß Hauptschule wieder Hauptschule werden müsse. Meine Herren pädagogisch Interessierten, Welch ein schlechter Witz! Schauen Sie sich einmal Frankfurt an! In Frankfurt besuchen gerade noch 20 Prozent aller Schüler die Hauptschulen.

(Korn (CDU): Würden Sie die deshalb vernachlässigen?)

- Nein, ich würde sie nicht vernachlässigen.

(Stanitzek (CDU): Haben Sie!)

Aber es ist Schwindel, davon zu reden, daß Hauptschule wieder Hauptschule werden könne - es sei denn, man wendet Zwang an.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Dies ist gar nicht so weit weg von der Wirklichkeit. Mein früherer Kollege Hans Maier, ein intelligenter Mann, der jetzt doch an Franz Josef Strauß gescheitert ist - wir stehen uns jetzt viel entspannter gegenüber als während meiner Amtszeit als Kultusminister -, hat schon vor vielen Jahren seine Verwaltung angehalten, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß das dreigliederte Schulsystem auch Wirklichkeit würde. Wissen Sie, was das heißt? Das heißt, sich über den Elternwillen hinwegzusetzen, zumindest den Versuch zu unternehmen.

Worum geht es jetzt in Wirklichkeit? In Wirklichkeit geht es darum, daß unsere Gymnasien um ihre Oberstufen kämpfen.

(Wagner (Eschwege) (SPD): Ja!)

daß die Kollegien darum kämpfen, beisammen zu bleiben. Da finden Sie allemal Freunde unter Eltern. Diese Diskussion kennen Sie aus dem Nachbarland. Inzwischen ist das Gymnasium Gesamtschule geworden - mit Binnendifferenzierung und etwas besser bezahlten Lehrern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe gar nicht so viel dagegen. Selbstkritik ist angesagt; das ist keine Vergangenheitsbewältigung, sondern Voraussetzung für den Weg in die Zukunft. Wir haben sicher beim Gestalten der Schulreform zu sehr auf die Mitarbeit von Gymnasiallehrern und Gymnasien verzichtet. Ich könnte mich noch schärfer ausdrücken, aber ich tue das hier nicht. Eines geht aber nicht: daß sich ein Gymnasium vollsaugt, um sich zu erhalten, ohne Rücksicht darauf, was aus den jungen Menschen, die diesen Weg gehen, später überhaupt wird, ob sie Abbrecher werden

(Lachen bei der CDU - Lauterbach (CDU): Sie haben nichts dagegen getan!)

oder mit einem wirklich verwendbaren Abschluß entlassen werden können.

(Beifall bei der SPD - Lauterbach (CDU): Das war mein Streit mit Ihnen, Herr Krollmann!)

- Lieber Herr Lauterbach, es gibt durchaus Einsichtigere, als Sie das sind.

(Troeltsch (CDU): Der Abstand des Finanzministers zum Kultusministerium!)

Ich habe in meiner Zeit als Kultusminister bei Privatschulen durchaus Verständnis für diese Frage gefunden.

Wir haben nicht in einem einzigen Fall die Chance gehabt, das auch umzusetzen. Aber die Idee, daß eine Schule, die jemanden aufnimmt, ohne zu wissen, ob er für den angebotenen Bildungsgang geeignet ist, dann eine Alternative in sich selbst anbieten sollte, wird dadurch nicht unrichtiger, sie wird im Gegenteil bestätigt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Blaul (GRÜNE))

Meine Damen und Herren von der Koalition, ich bin sicher, daß die Eltern dort, wo wir seit langer Zeit die Förderstufe haben, schon merken werden, was sie sich mit dieser neuen Regierung eingehandelt haben.

(Dr. Günther (SPD): Sehr gut!)

Glauben Sie nur nicht, daß Sie aus dieser Auseinandersetzung noch entscheidend Honig saugen könnten!

Der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, daß er sich in der föderalen Verantwortung sieht und daß er im Bundesrat hessische Interessen vertreten werde. Dies entspricht den Amtspflichten.

(Weghorn (F.D.P.): Die Amtspflichten werden jetzt wieder eingeführt! - Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU - Zurufe von der SPD: Na, na!

- Dr. Günther (SPD): Das darf doch nicht wahr sein!)

- Herr Weghorn, Sie beeindruckt mich mit dieser Unverschämtheit nicht. Das will ich Ihnen einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich lasse mir von niemandem wie Ihnen vorwerfen, ich hätte meinen Amtspflichten nicht genügt. Von Ihnen nicht!

(Beifall der SPD - Friedrich (CDU): Wie war das denn mit dem Gegengewicht? - Zuruf von der SPD: Ein ungezogener Lümmel!)

Es wird aus Hessen jetzt manche Initiative fehlen. Ich gehe davon aus, daß selbst Franz Josef Strauß, Bayern, hessische Mitwirkung hinfort, wenn es da kohlrabenschwarz zugeht, vermissen wird.

(Beifall bei der SPD - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): "Kohl"-rabenschwarz!)

Meine Damen und Herren, die sachlichen Inhalte der Regierungserklärung und der Koalitionsabsprache muten reiflich zufällig an. Sie haben in den langen Oppositionsjahren offensichtlich weder programmatische noch personelle Alternativen entwickelt. Es ist sicher ein gewisses Gefühl der Verblüffung, daß Sie am 5. April in die Regierungsverantwortung förmlich hineingestolpert sind.

(Weghorn (F.D.P.): Sie sind hinausgestolpert!)

Jetzt wird das, was an Inhalten fehlt, durch stramme Haltung ersetzt.

(Beifall bei der SPD - Sturmowski (CDU): Das war doch eine Wahlentscheidung!)

Das mag kurzfristig Eindruck machen. Auf mittlere Sicht wird öffentlich klar werden, daß Sie die entscheidenden Probleme ausklammern, daß Sie hübsche neue Etiketten auf verstaubte Flaschen kleben.

(Troeltsch (CDU): Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben? - Gegenruf Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Mit "aufgeschriebenen Reden" wäre ich still nach dem Vortrag gestern!)

Aber Hessen war immer vorne, Hessen hatte immer Anerkennung, weil hier zuerst neue politische Entwicklungen begriffen wurden, neue Wege gewagt und fortschrittliche Regelungen angegangen wurden. Wir werden dafür sorgen, auch aus unserer Rolle als Opposition heraus, daß dies nicht in Vergessenheit gerät.

(Beifall bei der SPD)

Die zentralen Probleme, die auch in Hessen mit neuen Ideen und nicht mit Rezepten von gestern gelöst werden müssen, bleiben: Arbeitslosigkeit, Umweltschutz, soziale Sicherheit und Chancengleichheit in Schule und Ausbildung. Wir werden als parlamentarische Oppositionspartei genau wie in der Regierungsverantwortung für diese Ziele unter der Maxime Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eintreten.

(Beifall bei der SPD)

Dies sind die Leitlinien unseres politischen Handelns. Kurt Schumacher hat es einmal so formuliert, Herr Ministerpräsident:

Der Egoismus liebt es, an das Gemeinschaftsgefühl zu appellieren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, in der Koalitionsvereinbarung findet sich wenig Konkretes. Das Konkreteste ist noch die Übernahme des Gedankens der Staatsstiftung. Ich finde das gut; diese Idee wird nicht dadurch schlechter, daß Sie sie übernehmen. Ich möchte sie gerne mitfördern, eben weil ich Finanzminister kenne und weil ich meine, wir hätten allen Grund, den Finanzministern im Interesse unserer Museen etwas von der Disposition über Mittel zu entziehen.

(Zuruf)

Ja, ich finde mich eben schnell in meine Rolle.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich nehme für mich immer in Anspruch, daß ich mich in diesem Punkt auch mit dem Finanzminister Krollmann auseinandergesetzt habe.

Sie haben gesagt, Herr Ministerpräsident, Sie wollten Hessen auf möglichst vielen Feldern der Landespolitik an die Spitze der Bundesländer führen. Weiß Gott, eine wohlfeile Versprechung. Sie übernehmen ein Land, das bereits heute in diesen Politikfeldern an der Spitze der Bundesländer rangiert.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Oh Gott!)

Sie wollen Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Aber Hessen ist neben Baden-Württemberg das Land, das die niedrigsten Arbeitslosenzahlen hat; das ist bekannt. Es ist ein Viertel weniger als im Bund.

(Sturmowski (CDU): Das hat aber nichts mit der SPD zu tun!)

- Habe ich das für mich in Anspruch genommen? Ich habe immer wieder festgestellt und tue es auch heute: Dies hat etwas mit dem Fleiß unserer Bürgerinnen und Bürger zu tun.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Aber die Landesregierungen, denen ich anzugehören die Ehre hatte, haben etwas daran mitgewirkt durch die richtige Setzung von Rahmendaten, durch eine richtige Politik.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde mit großer Aufmerksamkeit, aber wirklich mit großer Aufmerksamkeit beobachten, Herr Ministerpräsident, wie Sie diese Sprüche einlösen, die insbesondere den Raum treffen, aus dem ich komme, also Nordhessen, bei gleichzeitiger Abschaffung der Bagatellsteuern und Vereinfachung - wie es so schön heißt - des Kommunalen Finanzausgleichs. Also Glück auf dem Weg! Ich hatte schon etwas gemeint, als ich Ihnen eine glückliche Hand gewünscht hatte.

(Beifall bei der SPD - Dr. Günther (SPD): Und die Sozialhilfelaisten!)

Sie wollen Bildung und Ausbildung der Jugend nachdrücklich fördern und verbessern. Dieses Land hat in den letzten Jahren mehr Mittel in Bildung und Ausbildung von jungen Menschen gesteckt als andere Bundesländer. Es hat gerade auch in ländlichen Regionen ein so vielgestaltiges Angebot an weiterführenden Schulen, wie es in keinem CDU/CSU-regierten Land zu finden ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn Sie jetzt Ihre Hau-ruck-Aktion in Sachen Förderstufe durchführen, dann werden Sie als Konsequenz davon etwas ruinieren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Was die Mitarbeit von Hessen im Bund angeht, im Rahmen der Mitarbeit im Bundesrat die Bundesregierung unterstützen: Einverstanden. Dann unterstützen Sie also zum Beispiel bei der Steuerreform 1990, daß die Großverdiener entlastet werden und die kleinen Leute diese Reform finanzieren.

(Widerspruch bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, diese Rechnung wird im Herbst dieses Jahres, genau nach dem 13. September, auf dem Tisch auch dieses Hauses liegen. Wir werden sie dann den Bürgerinnen und Bürgern schon unermüdlich und sehr genau erläutern.

(Beifall bei der SPD)

Allein auf dieses Land werden - Korrektur der Umsatzsteuer bereits eingerechnet - Belastungen in einer Größenordnung von einer Milliarde DM durch diese sogenannte Steuerreform zukommen.

Die ganze Fadenscheinigkeit Ihrer Politik wird deutlich, wenn Sie - ich gebe zu: wohlklingend - formulieren:

Im Zentrum der Bildungspolitik steht für uns die optimale Förderung jedes jungen Menschen und seiner Begabung in allen Bildungsabschnitten.

Tatsache ist doch, daß Ihre Freunde in Bonn sofort nach der Wende in Bonn durch die Streichung des Schüler-BAföG dafür gesorgt haben,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

daß heute ein Facharbeiter, dessen Sohn eine berufliche weiterführende Schule besucht, auf über 3.000 DM netto pro Jahr verzichten muß.

Vielleicht steht das, was wir an hessischem Schülergeld leisten, nach der hessischen Wende auch zur Disposition. Wir werden das aufmerksam beobachten. Sie können sich überhaupt darauf verlassen, daß wir dialogbereit und dialogfähig sind.

(Fischer (Arolsen) (CDU): Na, na!)

Dies heißt nicht, Probleme, die wir miteinander haben, zu verkleistern.

Dann, meine Damen und Herren, noch etwas zum Stichwort soziale Gerechtigkeit. Ich bin einmal gespannt, wer sich in Sachen Neue Heimat durchsetzt, der gesunde Menschenverstand aus Frankfurt oder das, was wir hier, was insbesondere ich hier in diesem Hohen Hause von der CDU gehört habe.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

In einem Punkt ist Ihre Koalitionsvereinbarung ja erfreulich eindeutig. Das Wahlrecht soll geändert und künftig mit zwei Stimmen der Hessische Landtag gewählt werden. Kompliment. Ein klarer Erfolg der F.D.P. in diesem Punkt. Hier ist liberale Handschrift in der Tat zu erkennen, aber auch nur hier.

(Beifall bei der SPD)

Da wird also ohne inhaltliche Begründung das Wahlrecht des Bürgers zugunsten der F.D.P. korrigiert. Wissen Sie, was das ist? Das ist Machtsicherung für eine Partei, die um die fünf Prozent herumzuturnen gewöhnt ist.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN - Zuruf von der F.D.P.: Es gibt schließlich Wahlfreiheit!)

Es wäre vielleicht nicht schlecht gewesen und hätte etwas mit Stil zu tun, über diese Frage mit den anderen demokratischen Parteien ein Wort zu wechseln. Denn gravierend ist dies ja.

(Beifall bei der SPD)

Sie planen und exekutieren diese Kleinigkeit mit einem Stimmenanteil von 49,9 Prozent. Damit wir uns nicht mißverstehen: Ich akzeptiere den Ausgang der Wahl. Aber Sie sollten immer einmal im Hinterkopf haben, wie schwach Sie sind.

(Beifall bei der SPD)

Also noch einmal: Diese neue Regierung übernimmt ein kerngesundes Gemeinwesen. Dieses Land ist Qualität.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden Sie daran messen, nach vier Jahren und in diesen vier Jahren, die vor uns liegen, was Sie daraus gemacht haben. Ich möchte Ihnen heute schon an neun Punkten kurz verdeutlichen, wie unsere Meßlatte aussieht.

Erstens. Hessen steht heute mit seinen wirtschaftlichen Erfolgen und mit seinen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger an der Spitze aller Flächenländer in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben diesen Punkt im Zwischenruf schon berührt. Dies ist durchaus auch, aber nur auch, das Ergebnis einer Politik, die vorausschauend die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen hat. Wir haben fast 900 Millionen DM im vergangenen Jahr in die Kasse des Länderfinanzausgleichs gezahlt. Das ist eine Verdoppelung gegenüber dem Jahr zuvor. Profitiert haben davon vor allem CDU/CSU-regierte Länder wie Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und schließlich auch noch Bayern.

(Zurufe von der CDU)

Daß Hessen von allen Flächenländern die höchste Wirtschaftskraft hat, belegen die Zahlen der amtlichen Statistik über das nominale Bruttoinlandsprodukt. Es lag 1986 bei 34.500 DM gegenüber 31.800 DM im Bundes-

durchschnitt. Das bedeutet hier ebenfalls Platz 1 vor Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir liefern hier Wirtschaftsdaten, von denen CDU-Landesregierungen nur träumen können.

Zweitens. Die Finanzen dieses Landes sind geordnet. Trotz der Sonderlasten, die wir durch den Kauf der Neuen Heimat auf uns genommen haben - - Ich hoffe übrigens, daß Franz Josef Strauß mit Herrn Sippel und Herrn Matthöfer bald zu Ende feilscht, damit dem hessischen Beispiel dort und anderswo gefolgt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Herr Sippel scheint mir da ganz optimistisch zu sein. Trotz der Sonderlasten, die wir durch den Kauf der Neuen Heimat auf uns genommen haben, sind die Kreditmarktschulden des Landes deutlich schwächer gestiegen als im Länderdurchschnitt. Sie verzeichnen von 1982 bis 1986 in Hessen ein Plus von 33 Prozent. Im Länderschnitt stiegen die Kreditmarktschulden um 42,1 Prozent. Auch die Pro-Kopf-Verschuldung ist in Hessen wesentlich geringer angestiegen als im Durchschnitt der übrigen Länder.

Die Nettokreditaufnahme und die Kreditfinanzierungsquote sind in Hessen rückläufig. 1982 lag die Kreditfinanzierungsquote bei 9,9 Prozent, 1987 liegt sie im Soll bei 5,7 Prozent. Die bessere Schuldenbilanz hat niedrigere Zinslasten zur Folge, die es uns erlaubt haben, die Investitionsausgaben auf einem höheren Niveau zu halten. In diesem Jahr waren je Einwohner 635 DM an Investitionsausgaben geplant; im Durchschnitt der Flächenländer sind es 612 DM.

Die hessische Haushaltspolitik steht auf solider, zukunftsorientierter Basis. Wir haben ein Rücklagenpolster in einer Größenordnung von fast 270 Millionen DM angesammelt. Außerdem wurden in den letzten Jahren konsequent die Verpflichtungsermächtigungen von fast 5 Milliarden DM im Jahre 1984 auf jetzt 3,6 Milliarden DM zurückgeführt. Das heißt, die Vorbelastungen für künftige Jahre wurden reduziert, und Dispositionsmöglichkeiten sind in ausreichendem Maße vorhanden. Das meine ich, wenn ich sage, daß wir das Land geordnet übergeben.

(Beifall bei der SPD)

Mir fällt gerade ein, daß ich noch amtierender Finanzminister bin. Das heißt, ich kann sagen, daß ich am 31. März dieses Jahres eine haushaltspolitische Sperre verfügt habe. Mit dieser läßt sich die Überschreitung des vorgesehenen Kreditrahmens vermeiden; ich bin sicher: ohne Wesentliches aufzugeben.

Drittens. Hessen hat eine Führungsrolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wir haben Arbeit finanziert statt Arbeitslosigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In diesem Land wurde eine aktive Beschäftigungspolitik in Verbindung mit dem Schutz der Umwelt und dem Einsatz neuer Technik betrieben. Viele tausend zusätzliche Arbeitsplätze wurden seit 1975 in 14 Landesprogrammen zur Arbeitsbeschaffung eingerichtet. Mit dem Existenzgründungsprogramm wurden Arbeitsplätze durch verbilligte Darlehen gefördert. Wir haben für eine Viertelmilliarde DM - "Staatsknete", die gern angenommen worden ist - 12.000 Lehrstellen für die Facharbeiter von morgen finanziert.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Viertens. Die Voraussetzungen für eine Versöhnung von Ökologie und Ökonomie sind geschaffen. Hessen hat eine wirtschaftspolitische Zukunftsstrategie entwickelt; die Grundlagen für eine Verzahnung von Beschäftigungspolitik, Strukturpolitik, Umweltpolitik und Technologiepolitik sind gelegt. Nur so können - davon bin ich überzeugt - die drängenden Probleme Arbeitslosigkeit, Umweltkrise und Folgen der immer schneller voranschreitenden technischen Entwicklung gelöst werden.

Wir haben Kraftwerke umweltfreundlich umgerüstet, alte Mülldeponien überwacht und saniert und Maßnahmen zur Reduzierung der Abfallmenge und zum Getrennt-sammeln eingeleitet. Herr Ministerpräsident, ich wünsche Ihnen insonderheit für Ihre Aussage, Mülltourismus finde in Hessen in Zukunft nicht mehr statt, eine glückliche Hand. Da haben Sie sich etwas auf die Raufe genommen,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

wofür man einen etwas größeren Magen braucht, als ein Mensch ihn hat. Ich will einmal folgendes voraussagen: Dieses Versprechen wird sich nicht einlösen lassen, jedenfalls nicht zur rechten Zeit. Wir haben es auch nicht eingelöst.

(Zuruf des Abg. Wilke (F.D.P.))

Es ist doch nicht so, daß in Mainhausen etwa die Bereitschaft der dortigen CDU bestünde, dieser Sondermülldeponie zuzustimmen, oder?

(Zuruf des Abg. Wilke (F.D.P.))

- Ach, das hat sich durch das Wahlergebnis geändert? Wie wundersam! Das werden wir prüfen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber Mainhausen ist ein ganz gutes Beispiel für Lernfähigkeit.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Ich selbst habe im Jahre 1974 sozusagen den Grundstein für diese - damals Mainflinger, jetzt Mainhausener - Deponie gelegt. Ich war davon überzeugt, dies sei eine richtige Entscheidung. Heute bin ich mir darüber im Zweifel. Heute bin ich der Meinung, wir hätten gleich auf ebener Erde eine Bauwerksdeponie einrichten sollen. Dieses Stück Lernfähigkeit hat auch der frühere Kollege Fischer bewiesen, als er dazu übergegangen ist - -

(Wilke (F.D.P.): Der Kollege Schneider hat es jetzt auch begriffen!)

- Lieber Herr Kollege Wilke, ich rede im Moment nicht von Messel, sondern von Mainhausen. Zu Messel könnten wir auch noch kommen.

Er hat also bewiesen, daß er begriffen hat, daß es letztlich nur geht, wenn man Technik anwendet. Ich denke, die GRÜNEN haben auch begriffen, daß ein Satz, der etwa so lautet: "Ohne das Einverständnis der unmittelbar Betroffenen geht nichts", vor der Lebenswirklichkeit versagt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben einen neuen Kultusminister, der einmal Landrat in Marburg war.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ja, hervorragend! Welche Deponie hat der hinterlassen?)

Der hat dort wie kein anderer bewiesen, was Sankt-Florians-Prinzip bedeutet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich mache das ja eigentlich niemandem zum Vorwurf, denn es ist etwas sehr Menschliches, daß man die Deponie immer beim Nachbarn haben will.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): So ist es! Wetteraukreis dasselbe!)

Dort fehlt uns heute noch die Deponie für schwach radioaktive Abfälle. Dies hat nun weiß Gott nichts mit den GRÜNEN nahestehenden Bürgerinitiativen zu tun. Das war die knochenharte Politik auch der örtlichen und eine Zeitlang die Mehrheit habenden CDU. So einfach ist das.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Messel war meine zweite Tat; auch daran war ich als damaliger Umweltminister beteiligt.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ein richtiges Sündenregister!)

Ich bin der Überzeugung, daß es so etwas wie eine Gerechtigkeit gibt. Sie haben nichts Besseres verdient, die Sie sich ja jetzt damit befassen, als diesen Aufschrei der wissenschaftlich Interessierten von Australien bis Kanada auszuhalten.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Alles grün Unterwanderte!)

- Direkt grün unterwandert, nein, das kann ich nicht zugeben; das sind sie nicht. Ich bin allerdings, Herr Kollege Fischer - Sie wissen das aus dem einen oder anderen Gespräch, das wir früher hatten -, der Überzeugung, daß meine damalige Entscheidung für Messel richtig war. Sie war insbesondere mit den Modifikationen richtig, die wir später in einem langwierigen Prozeß gefunden haben. Es gehört auch zum Gebot des aufrichtigen Umgangs miteinander, daß man so etwas zugibt. Das bedeutet, daß wir in der Koalitionsvereinbarung zwischen Sozialdemokraten und GRÜNEN dem Gesichtspunkt des Denkmalschutzes, wenn Sie so wollen, Vorrang vor der Entsorgung von Verbrennungsrückständen eingeräumt haben. Darum geht es ja insbesondere.

(Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Dies ist eine rational begründbare und durchhaltbare Position.

(Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Dennoch bin ich der Meinung, daß meine als Minister damals getroffene Entscheidung die richtigeré war. Sie werden erkannt haben, daß ich in Mainhausen gelernt habe

(Zuruf des Abg. Wilke (F.D.P.))

und hier meine, daß sich meine Auffassung bestätigt hat.

Meine Damen und Herren, mit dem Energiegesetz haben wir übrigens Grundlagen für eine umwelt- und sozialverträgliche Energieversorgung gelegt. Hier ist wahrhaftig noch viel zu tun.

Fünftens. Soziale Gerechtigkeit hat in Hessen Tradition. Arbeitnehmer und ihre Familien, Rentner, Kriegssopfer, Behinderte, Kranke und Arbeitslose haben bisher die Zeche der Bonner Wendepolitik bezahlt.

(Beifall bei der SPD)

Der Sozialabbau war mit dem Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften verknüpft. Für

die Hessische Landesregierung war die Stärkung des Sozialstaats bisher stets oberstes Gebot, und wir haben deshalb politisch gegengesteuert, als Bonn begann, Arbeitnehmerrechte abzubauen. Wir haben mit Landesmitteln zum Beispiel beim Bonner BAföG-Kahlschlag gegengesteuert. Wir haben für den Sozialhilfelastenausgleich Sondermittel zur Verfügung gestellt, damit die Kommunen die Belastung durch wachsende Dauerarbeitslosigkeit besser tragen können.

(Dr. Günther (SPD): Das hat etwas mit kommunaler Selbstverwaltung zu tun, in großem Stil sogar!)

- Ja, sicher. Die Möglichkeit der kommunalen Selbstverwaltung wird in der Tat - - Wissen Sie, dies ist ein Punkt - das sage ich einmal dem künftigen Finanzminister -, der mich bei den Diskussionen in Bonn immer irritiert hat.

Herr Stoltenberg hat uns mit dem Brustton der Überzeugung ans Herz gelegt, wir sollten seine Konsolidierungspolitik in Bonn nun endlich in den Ländern übernehmen. Das wird Ihnen auch noch sauer aufstoßen. Diese Konsolidierung bestand nicht zuletzt darin, daß bei Entlastung von Arbeitslosenhilfe die Leute, die es betraf, in die Sozialämter geschickt worden sind.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir haben für junge Familien preiswerte Wohnungen gebaut und durch den Erwerb der Neuen Heimat Südwest Wohnraum in der Sozialbindung erhalten, der sicher 100.000 Menschen betrifft.

(Weghorn (F.D.P.): Machen Sie das doch nicht zu Ihrer Lebenslüge, Herr Krollmann!)

Arbeitslosen Jugendlichen wurde eine Beschäftigungsbrücke gebaut und damit eine berufliche Zukunftsperspektive eröffnet.

(Zuruf des Abg. Weghorn (F.D.P.))

- Wissen Sie, Herr Weghorn, ich suche mir einfach einen anderen Partner.

(Beifall bei der SPD)

Sechstens. In Hessen gibt es gleiche Bildungs- und Berufschancen. Bildungsprivilegien gehören der Vergangenheit an. Jede dritte Mark des Landeshaushaltes - ich sage es noch einmal - wird in Bildung und Ausbildung investiert, und diese Investitionen haben sich gelohnt.

Hessens Schulen halten die Bildungswege offen mit dem Ergebnis, daß bei uns mehr junge Menschen höhere Bildungsabschlüsse erreichen als anderswo.

Wir haben die Klassen stetig verkleinert und im Gegensatz zu anderen Bundesländern trotz zurückgehender Schülerzahlen weiter junge Lehrer eingestellt, und zwar insgesamt 900 im letzten Jahr. Meine Planung, wie sie Ihnen noch als mittelfristige Finanzplanung vorliegt, sieht vor, daß dies weitergeht. Das muß auch so sein, weil sonst insbesondere die Kollegen an den Grundschulen gleichmäßig alt werden. Das kann nicht gut sein.

Unsere Hochschulen wurden für die geburtenstarken Jahrgänge durch Zusatzlastprogramme offengehalten.

(Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

- Wissen Sie, es ist wirklich eine Frage des Niveaus. Wenn ich sage, daß die Kollegen gleichmäßig alt werden, dann heißt dies doch nicht, daß ich etwas gegen das Älterwerden hätte. Es heißt, daß wir es uns nicht leisten können, daß dann in den neunziger Jahren ganze

Kohorten aus dem Dienst ausscheiden. Wir müssen also jetzt etwas dafür tun, auch unter schlechten Bedingungen. Zugegeben, sie bekommen nur zwei Drittel, aber sie bekommen sie auf Dauer.

(Beifall bei der SPD)

Hochschulen sind offengehalten worden für die geburtenstarken Jahrgänge durch Zusatzlastprogramme. Die Studienbedingungen sind verbessert, und die Geistes- und Sozialwissenschaften haben ihren Platz neben der naturwissenschaftlichen Forschung und Lehre behalten. Dies ist besonders wichtig für die beiden neuen Hochschulen in Kassel und in Fulda. Sie haben regionalpolitisch eine größere Bedeutung als manches nicht einzulösende Versprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Siebtens. Toleranz und Liberalität sind Markenzeichen hessischer Regierungspolitik gewesen. Die hessische Rechtspolitik ist in der Tat mit dem Namen Georg August Zinn verknüpft. Sie steht in einer langen freiheitlichen Tradition. Der hessische Staat hat deshalb immer innere Sicherheit gewährleistet, den inneren Frieden gewahrt und die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger nicht angetastet.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt für die von Bonn angekündigte Verschärfung des Demonstrationsrechts genauso wie für den Datenschutz. Das Hessische Datenschutzgesetz vom November 1986 sichert das Grundrecht informationeller Selbstbestimmung und gestaltet es aus. Ich denke, es ist das modernste Datenschutzgesetz weltweit.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Wallmann)

- Ja, Herr Ministerpräsident. Sie haben Büchner zitiert und andere Poeten.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Erwähnt! Nicht zitiert!)

Dieses Land hat eine lange Asyltradition. Nicht immer war diese Asylgewährung etwas, was aus reiner Menschenfreundlichkeit geschah. Es hatte überwiegend auch handfeste wirtschaftliche Hintergründe, bei den Hugenotten angefangen. Jetzt will ich Ihnen von dieser Stelle aus folgendes sagen: Wir werden uns in der Tat daran zu gewöhnen haben, und zwar nicht zuletzt aus handfesten wirtschaftlichen Gründen, daß wir auf Dauer in diesem Land mit Bevölkerungsgruppen leben, die anders sind als wir und die sich nicht anpassen wollen, die aber bei uns leben und arbeiten dürfen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn ich deshalb für das Kommunalwahlrecht für solche Ausländer eintrete, die bei uns leben und arbeiten dürfen, dann als einen ersten Schritt in die richtige Richtung.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Hätten wir es doch verabschiedet, Herr Krollmann! - Boppel (GRÜNE): Hätten wir es doch gemacht!)

- "Hätten wir es doch verabschiedet!" Hätten Sie doch endlich einmal die Kraft, zu begreifen, daß man nichts verabschieden kann, was die Verfassung nicht trägt!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von den GRÜNEN)

Ich habe, Herr Fischer - das unterscheidet uns vielleicht -, in Wahlreden diese Frage angesprochen, obwohl meine Berater mir gesagt haben: Verdammt, das ist doch nicht

populär. Ich habe dann meine Zuhörer gefragt: Was meinen Sie denn, was passiert, wenn wir über diese Frage eine Volksabstimmung machen? Dann haben die unter sich geguckt. Das ist die Wirklichkeit und nicht diese Sprüche.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt also mit anderen Worten: Wenn es überhaupt eine Chance gibt, hier weiterzukommen, dann gibt es sie dort, wo in der Tat - da bin ich sicher mit dem Herrn Ministerpräsidenten einer Meinung - aufgeklärte Abgeordnete ohne den Druck eines Referendums über solche Fragen entscheiden. Das wäre in Bonn, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Da wäre ein erster Schritt zum Beispiel für die in der EG lebenden Ausländer durchaus möglich, und es entspräche der Logik, von Europa nicht nur zu reden, des Sonntags, und manchmal auch sonst, sondern für das Wohnsitzprinzip beim Wahlrecht etwas zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten doch da ehrlich miteinander umgehen. Diese Ausländerdebatte über die Abweichungen hier im Lande von bundeseinheitlichen Regelungen - mein Gott, so wild ist das doch nicht! In Wirklichkeit, Herr Ministerpräsident, haben Sie und Ihre Partei mit dem Aufgreifen dieses Themas nach der letzten rechten Stimme am Tellerrand unseres politischen Alltags gesucht.

(Beifall bei der SPD)

Achtens. Wir haben in Hessen mit dem Aktionsprogramm für Frauen, dem Sonderausschuß für Frauenfragen und durch die Aufwertung der Zentralstelle für Frauenfragen zu einer eigenständigen Behörde Fortschritte in der Frauenpolitik erzielt. Information und Aufklärung der Öffentlichkeit über Gewalt gegen Frauen und Gewalt in der Familie wurden verstärkt. Frauenhäuser und Notrufgruppen wurden finanziell gefördert. Auch dies ist ein Stück unserer Meßlatte.

Neuntens. Die hessischen Kreise, Städte und Gemeinden sind solide mit Finanzkraft ausgestattet. Die Wirtschaftskraft des Landes spiegelt sich auch in der Steuerkraft seiner Gemeinden wider. Das Land leistet über den Kommunalen Finanzausgleich zusätzliche Hilfen. Im bundesrepublikanischen Vergleich stehen Gemeinden und Gemeindeverbände an der Spitze der Flächenländer in der Bundesrepublik.

Es wäre ein Respekt vor kommunaler Gestaltungsfreiheit, nicht dieser Leib- und Magenforderung der F.D.P. nachzugeben, was die Bagatellsteuern angeht, sondern dies in der Tat der Freiheit der Kommunen zu überlassen, ob sie diese Steuern erheben oder nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben durch das Dorferneuerungsprogramm, um dieses Beispiel noch zu nennen, sinnvolle Raumordnungspolitik und regionalbezogene Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik kombiniert. Damit ist der ländliche Raum lebenswerter, wohnlicher geworden.

Also noch einmal: Hessens Qualität - dieses Land ist Spitze - bleibt der Maßstab, und ich würde an Stelle der CDU und der F.D.P. nicht auf die Vergeßlichkeit von Bürgerinnen und Bürgern setzen.

(Beifall bei der SPD)

An die eigene Adresse: Es geht darum, insbesondere im Feld Energiepolitik den begonnenen Weg plausibel zu

machen, ihn den Menschen begreifbarer zu machen als bisher. Schauen Sie, ich habe gerade die Gelegenheit gehabt, ein paar Tage Urlaub in Italien zu machen.

(Zuruf von der CDU)

Wir sind ja am Jahrestag von Tschernobyl. Davon habe ich auch nichts in der Regierungserklärung gehört, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Italiener stehen gerade vor der Frage, ob sie durch Referendum entscheiden, ob sie in die Nutzung der Kernenergie - sie haben bisher im Lande nichts dergleichen - einsteigen oder nicht. Ich habe gesehen, wie sehr das Menschen unterschiedlicher politischer Couleur beschäftigt. Dabei ist mir klargeworden, daß eines von besonderer Wichtigkeit ist: Wir müßten heute in einer großen nationalen Anstrengung die alternative Technik entwickeln, damit wir wirklich glaubhaft und für die Umwelt sicher die Nutzung der Kernenergie einstellen können;

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

nicht erst an irgendeinem Sankt-Nimmerleins-Tag, nicht durch Demonstration und laute Parolen, sondern durch den Einstieg in die neue Technik, und diese Technik liegt gewissermaßen auf der Straße. Die Speicherungsprobleme, die wir bei der Sonnenenergie haben, könnten mit Wasserstofftechnik überwunden werden. Das ist möglich. Das ist eine Frage des politischen Willens und nichts sonst. Wer sich aber darauf verläßt, das würden schon die Elektrizitätsunternehmen machen, der ist wahrhaftig verlassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist ja nicht fair, zu sagen, das Energiewirtschaftsgesetz - von 1935 ist es, glaube ich - sei ein Nazigesetz. Es hat eine viel längere Tradition. Das große Kraftwerk in Hanau heißt Staudinger nach Hans Staudinger, dem letzten Staatssekretär im Preußischen Wirtschaftsministerium. Er war der Vater eines wichtigen Stücks preußischer Staatswirtschaft, nämlich der Elektrifizierung. Das wissen die wenigsten. Aber das, was damals richtig war, hat sich heute zu einer Immobilität von Monopolisten entwickelt, von der man nicht erwarten kann, daß sie irgend etwas nach vorn bringt.

(Beifall bei der SPD)

Seien wir doch ehrlich: Wir haben denen - alle drei Parteien gemeinsam, die GRÜNEN nun wirklich nicht - selbst die Atomenergie erst aufgeredet, so ist es, und den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft - ich will Sie jetzt nicht damit strapazieren - nun erst recht. Die hätten nie eine Wiederaufarbeitung begonnen, hätten wir ihnen einen anderen und machbaren Entsorgungsweg zur Verfügung gestellt.

Ich sage es noch einmal - übrigens an die Adresse des Herrn Ministerpräsidenten -: Ob Sie die Klage, die die Regierung eingereicht hat, der ich angehört habe, überhaupt zurücknehmen können, mögen Juristen entscheiden. Diese Klage geht aber nicht um den Ausstieg aus der Kernenergie, sondern sie geht in der Tat um die Frage des Einstiegs in den Kreislauf Wiederaufarbeitung/schneller Brüter. Wenn wir nicht die Kraft haben - da braucht man wirklich kein fundamentaler Gegner der Kernenergie zu sein -, wenigstens einzusehen, daß es für diesen Kreislauf keinen vernünftigen Grund mehr gibt, dann allerdings bin ich ein bißchen bange, nicht nur um die Lernfähigkeit,

sondern auch um die Handlungsfähigkeit von Demokratien.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Wallmann, in vier Jahren wird wieder gewählt. Wie ich Sie kenne, werden Sie nicht der Versuchung unterliegen, sich allzu bequem einzurichten. Ich freue mich auf diesen kritischen Dialog.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Lang:**

Ich sehe gerade, nachdem wir bei den Geburtstagswünschen des Herrn Landtagspräsidenten einen leeren Sessel beklatscht haben, daß das Geburtstagskind nunmehr anwesend ist.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, ich habe Ihnen noch zwei Mitteilungen zu machen: Die interfraktionelle Besprechung mit je einem Vertreter der Fraktionen findet unmittelbar am Ende der Plenarsitzung im Präsidentenzimmer hier hinter dem Plenarsaal, im Blauen Salon, statt.

Zweitens: Das neu herausgegebene Buch "Das Hessen-Parlament 1946 - 1986" liegt für alle Kolleginnen und Kollegen, die jetzt erstmals im Landtag sind, hier vorn auf dem Tisch zum Abholen bereit. Wir sparen dadurch Portokosten. Das gilt auch für die noch zu vereidigenden Minister, die nicht dem Landtag angehören.

Das Wort hat Herr Kollege Wilke.

**Wilke (F.D.P.):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir am Anfang einige persönliche Bemerkungen. Wir bekennen uns zu unserer Geschichte, und wir bekennen uns zu unserer Verantwortung, die wir in diesem Land als Oppositions- und als Koalitionsfraktion getragen haben. Herr Kollege Krollmann, es ist aber sicher nicht richtig, wenn Sie sich heute auf die Tradition von Georg August Zinn und Heinz Herbert Karry berufen. Denn der Bruch fand 1982 statt; damals fand die Zäsur in der hessischen Landespolitik statt. Ich möchte hier auch den Namen Heribert Reitz einbeziehen, der seine persönliche Konsequenz gezogen hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Dies gehört zur Ehrlichkeit, wenn wir uns heute mit der Politik auseinandersetzen, daß wir uns an einem solchen Tag an das erinnern, was in den vergangenen Jahren hier im Parlament geschehen ist. Ich kann mich sehr wohl daran erinnern, daß ich als junger Abgeordneter mit dem Kollegen Wallmann einige Male im Zug von Marburg nach Wiesbaden gefahren bin. Damals haben wir uns über einiges unterhalten, und wir waren sehr unterschiedlicher Meinung. Wir können heute feststellen, daß die Entwicklung nicht in allen Bereichen so gelaufen ist, wie wir es uns damals vorgestellt haben, wir auf der einen und Sie auf der anderen Seite.

Die Wähler haben eine knappe, aber klare Entscheidung getroffen. Ich glaube, wir sollten alle froh sein, daß sie uns ein Patt erspart haben. Daß wir gestern eine etwas breitere Mehrheit bekommen haben, als es der zahlenmäßigen Mehrheit der Koalition entspricht, zeigt, daß sich manche Kollegen in der Opposition recht schwer tun.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber es wäre ein ungutes Gefühl gewesen, wenn wir nach einem Patt eine Mehrheit für einen Ministerpräsidenten bekommen hätten, aber anschließend keine Mehrheit in der offenen Abstimmung für die Regierung. Der Wähler hat mit dieser Entscheidung dazu beigetragen, daß wir jetzt in eine Legislaturperiode von vier Jahren mit einer Mehrheit hineingehen können, die Handeln möglich macht,

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

die auf solider Grundlage steht. Ich sage ganz offen: Eine so knappe Mehrheit hat auch Vorteile. Sie läßt keine Höhenflüge zu, sie erfordert diszipliniertes Arbeiten, sie stellt hohe Anforderungen an die 56 Kollegen von CDU und F.D.P. Mancher persönliche Wunschtraum wird sicher nicht in Erfüllung gehen.

Ich will auch sehr deutlich sagen: So sehr wir uns über das Wahlergebnis freuen - der Wähler hat uns nicht mehr Geld mitgegeben. Wir müssen mit dem auskommen, was in der Landeskasse vorhanden ist. Der neue Finanzminister wird sicher einen Kassensturz machen müssen. Ich fände es ja beachtlich, wenn er den vom noch amtierenden Finanzminister angekündigten Goldsack im Finanzministerium fände. Aber ich glaube, Herr Kanther, dieses Glück wird Ihnen nicht beschieden sein.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Er soll einmal mit Schaufel und Spitzhacke anrücken!)

Wir sind uns auch darüber im klaren, daß uns die knappe Entscheidung der Wähler eine große Verantwortung aufbürdet. Wir tragen eine Gesamtverantwortung, und wir wollen in den nächsten Jahren eine Politik machen, die auch die Interessen der Wähler berücksichtigt, die am Wahltag nicht CDU oder F.D.P. gewählt haben.

Dieser Regierungswechsel, die Ablösung einer parlamentarischen Mehrheit, ist im Grunde ein völlig normaler Vorgang in einer Demokratie. Wenn dieser Wechsel trotzdem von vielen in Hessen als einmalig und als sensationell empfunden wird, so liegt das nicht nur an dem knappen Ergebnis, sondern es liegt auch daran, daß dieses Land eine jahrzehntelange sozialdemokratische Tradition hat und daß viele Bürger in Hessen daran gezweifelt haben, daß man überhaupt eine Mehrheit gegen die Sozialdemokraten zustande bringen kann. Der hessische Wähler hat Mut bewiesen, die Demokratie hat gewonnen, und diese politische Mehrheit gegen die SPD ist Realität geworden.

(Schneider (Wiesbaden) (SPD): Was soll der Schwachsinn: "Die Demokratie hat gewonnen"? Diese Überheblichkeit!)

Dies war eine Antwort auf das gescheiterte rot-grüne Bündnis.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das war auch eine Antwort darauf, daß die Sozialdemokraten um des Machterhalts willen ab 1982 reihenweise ihre Grundsatzpositionen über Bord geworfen haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Es zeigt, daß der Wähler doch darauf reagiert hat, und aus unserer Sicht war die Quittung folgerichtig.

Ich will aber nicht versäumen, auch an diesem Tage sehr freimütig zu sagen, daß die Stellung, die das Land Hessen in der Bundesrepublik einnimmt, und das, was wir an Lebhaftigkeit in Hessen vorfinden, auch zu einem wesentlichen Teil Verdienste hessischer Sozialdemokraten sind.

(Welteke (SPD): Na also! - Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Seit 1946 haben die Sozialdemokraten in einer Koalition mit der CDU, dann mit dem BHE, anschließend mit absoluter Mehrheit und in den siebziger Jahren mit uns entscheidende Beiträge dazu geleistet, daß wir hier in Hessen ein Gemeinwesen vorfinden, das auch an den Stürmen der letzten drei Jahre nicht zugrunde gegangen ist. Sozialdemokraten haben einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau dieses Landes geleistet.

(Welteke (SPD): Es stehen auch die Freien Demokraten an dieser Stelle, Herr Wilke!)

Sie haben auch einen entscheidenden Beitrag zur Schaffung eines demokratischen Klimas geleistet.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Jetzt reicht es!)

Gerade in den letzten Jahren haben wir immer wieder darauf hingewiesen, daß die Leistungen von Georg August Zinn eine der Grundlagen waren, und wir haben die Sozialdemokraten immer wieder gebeten, zu überprüfen und zu bedenken, daß sie sich in der Tradition eines Ministerpräsidenten befinden, der überparteiliche Autorität genossen hat und der sicher mit seinen Leistungen dazu beigetragen hat, daß Sozialdemokraten noch lange von diesem Erfolg lebten.

(Boppel (GRÜNE): Wie ist das mit den Wallmann-Zitaten von vorhin? Was ist denn damit?)

Der entscheidende Einschnitt, der 1982 in der Entwicklung eintrat,

(Welteke (SPD): Da war Georg August Zinn aber schon 15 Jahre aus dem Amt!)

war die Entscheidung, daß sich die Politik der SPD nicht mehr an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung in diesem Land orientierte.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Die Frage war dann nicht mehr: Was ist für Hessen richtig? - Dies trat in den Hintergrund, Was richtig für die SPD war, sollte richtig für Hessen sein. Und dies, meine Damen und Herren, konnte nicht gutgehen. Vorrang hatte das politische Überleben der SPD in Ministerämtern. Sie ging zu einem politischen Taktieren über, politische Flickschusterei fand statt, und das Schlagwort "Gegengewicht zu Bonn" war das tragende Element, das von der Orientierungslosigkeit der Sozialdemokraten ablenken sollte.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Welteke (SPD): Deshalb mußtet Ihr im Sommer 1982 aus der Koalition austreten!)

Bis zum Überdruß wurde die Unfähigkeit des rot-grünen Bündnisses, eine verantwortliche und berechenbare Politik zu gestalten, immer wieder unter Beweis gestellt. Ich will hier nur einiges nennen, und es ist sehr interessant, daß Kollege Krollmann auf vieles gar nicht eingegangen ist. Er hat sich ja nur ein paar Abschnitte ausgesucht und damit auch deutlich gemacht, wo Sozialdemokraten keine Verantwortung mehr für die Vergangenheit tragen wollen: eine verfehlte Abfallpolitik, das endlose Gezerre um die Hanauer Nuklearbetriebe, Investitionsstau, eine verfehlte Strukturpolitik, das Einfrieren des Straßenbaus,

(Boppel (GRÜNE): Verkehrsstau! Es wird alles besser!)

abenteuerliche Vorstellungen zur Energiepolitik, Technologiefeindlichkeit, die Unfähigkeit, Fragen der inneren Sicherheit zu lösen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ein Horrorgemälde! Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Dies ist die Bilanz, die wir heute vorfinden, dies sind die Probleme, die wir kurzfristig angehen müssen, wo wir auch bei den Wählern im Wort sind.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Herr Wilke, Sie haben zu oft dem Herrn Otto zugehört!)

Schwerpunkt dieser Landespolitik war das Markenzeichen Unberechenbarkeit.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das waren doch Ihre Wunschträume!)

Es ist erkennbar, daß im Lande eine Erleichterung darüber umgeht, daß diese rot-grüne Politik beendet ist.

(Boppel (GRÜNE): Die Erleichterungen halten sich in Grenzen! Es gibt überall Entsetzen!)

Das wird deutlich bei den Gesprächen, die man mit Landesbeamten führt, das wird im kommunalpolitischen Bereich bei vielen sozialdemokratischen Kommunalpolitikern deutlich, die nun aufatmen und froh sind, wieder eine Regierung als Partner zu finden, mit der man zwar nicht immer übereinstimmt - das wäre auch zuviel verlangt -, aber auf deren Handeln und auf deren Klarheit man am Ende setzen kann.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Hiermit ist sicher ein trauriges Kapitel hessischer Landespolitik abgeschlossen.

Meine politischen Freunde und ich betrachten den Wählerauftrag als einen Auftrag für einen behutsamen Wechsel mit Augenmaß und Vernunft. Ich kann mir vorstellen, daß sich manche Oppositionspolitiker ein anderes Verhalten gewünscht hätten. Aber diesen Gefallen werden wir ihnen nicht tun.

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Die Korrekturen werden dort vorgenommen, wo es notwendig ist, und Sie werden wieder eine geordnete Landesverwaltung vorfinden - etwas, was normalerweise selbstverständlich ist, aber was in Hessen eine Leistung ist, so daß man feststellen kann: Hier gibt es eine gewaltige Zäsur.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt wieder klare politische Vorgaben und damit Sicherheit für Verwaltungshandeln. Ich bin auch sicher, daß wir auf die Loyalität der Bediensteten der Landesverwaltung setzen können. Wir freuen uns darauf, daß wir zusammen mit den Beamten in unserem Lande in vielen Feldern Hessen wieder nach vorne bringen können. Wir sind uns bewußt, daß dies keine einfache Aufgabe ist, aber wir erwarten auch, daß dieser Landtag sehr schnell handlungsfähig wird; denn wir haben eine ganze Menge von Aufgaben zu bewältigen, die kurzfristige Entscheidungen notwendig machen.

Zur Handlungsfähigkeit eines Parlaments gehört auch eine handlungsfähige Opposition. Wir fordern die Opposition auf, konstruktiv an den Zukunftsaufgaben mitzuarbeiten, ihre Beiträge zu leisten, in den Wettbewerb zu treten mit dem, was wir Ihnen vorlegen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Meine Güte!)

Und wenn Sie bessere Vorschläge haben, sind wir auch offen, diese mit in unsere Überlegungen einzubauen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Clauss (SPD): Das werden wir sehen! - Boppel (GRÜNE): Sondermüllprobleme! Das machen wir nächste Woche gemeinsam!)

Es wird zu Beginn dieser Legislaturperiode einige Gesetzesvorhaben geben, die unter Zeitdruck abgehandelt werden müssen. Der Wählerauftrag macht es notwendig, daß Klarheit für vieles geschaffen wird, was im letzten Jahr auf die lange Bank geschoben wurde. Das gilt für das Förderstufenabschlußgesetz, für die Hochschulgesetzgebung und für den Nachtragshaushalt 1987. Hier muß schnell Klarheit für das weitere Handeln der Regierung und der Verwaltung geschaffen werden. Die Rahmengesetzgebung des Bundes, die wir ausfüllen müssen, erfordert schnelle Entscheidungen im Lande Hessen. Ich denke an das Wasserhaushaltsgesetz und vieles, was noch auf der Strecke geblieben ist und in den vergangenen dreieinhalb Jahren nicht mehr behandelt wurde.

Da es sich aber hierbei nicht um politisches Neuland handelt, glaube ich, daß keiner der Kollegen überfordert sein wird, in einem kurzen Verfahren seine Entscheidung im Landtag treffen zu müssen. Die Verschleppungstaktik von SPD und GRÜNEN in den letzten drei Jahren hat hier einen besonderen Nachholbedarf geschaffen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das ist doch alles Käse, was Sie hier erzählen!)

- Es sind Fakten, Herr Fischer.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Nein, Käse! - Gegenruf von der CDU)

Bevor ich auf die Einzelfragen der Koalitionsvereinbarung komme, gestatten Sie mir einige Bemerkungen vorab.

Wir haben mit der CDU ein ausbaufähiges Programm verhandelt, und wir sind stolz darauf.

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Dieses Programm haben wir in einem Klima geschaffen, bei dem nicht vorher feststand: So muß es sein. Wir haben vielmehr die Argumente ausgetauscht, und am Ende sind beide Partner zu Ergebnissen gekommen, die wir uns im einzelnen vielleicht gar nicht so vorgestellt haben. Dies war ein neuer Stil.

(Lachen und Zurufe bei den GRÜNEN)

Dies war eine Diskussion und nicht das Erzwingen irgendeiner Entscheidung. Das ist eine der Voraussetzungen dafür, daß ich sicher bin,

(Boppel (GRÜNE): Das mit der Zweitstimme war die Überraschung!)

daß wir bei allen unterschiedlichen Auffassungen, die zwischen CDU und F.D.P. bestehen, wobei keiner von uns das Interesse hat, sie zu verkleistern, fähig sind, Kompromisse zu schließen, die dem Gesamten dienen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das solltet Ihr einmal denen in Bonn erzählen! Macht mal diesen Stil mit Strauß/Genscher!)

Es geht aber auch darum, Kompromisse zu schließen, in denen sich jeder der Partner in dieser Koalition wiederfindet und wobei sich keiner erpreßt fühlen muß.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wir werden auch im Parlament unsere Eigenständigkeit deutlich machen. Es besteht dann sicher keine Veranlassung für die Opposition, zu frohlocken und zu meinen, jetzt würde sich irgend etwas abzeichnen, daß wir nicht zu dieser Koalition stünden. Es gehört auch dazu, daß man deutlich sagt, wo die eigenen Positionen liegen, daß man aber bei Kompromissen, die geschlossen worden sind, zu dieser Regierung und zu diesen Vereinbarungen steht.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage es ganz offen: Es war für uns - für die Kollegen in der Fraktion, für unsere Landesvorstandsmitglieder und den Landeshauptausschuß - kein Problem, eine einstimmige Entscheidung für diese Koalitionsvereinbarung zu bekommen. Wir finden unsere Position hierin wieder. Ich bin sicher, daß es dem Koalitionspartner ähnlich gegangen ist.

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Damit werden wir auch in der Lage sein, zu Fragen, die sich in den nächsten vier Jahren ergeben - und es werden viele neue Fragen sein, die wir heute noch nicht sehen und noch nicht beachten können -, in dem gleichen Geist wie in der Eröffnungsrunde unsere Entscheidungen zu treffen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Melissegeist!)

Es wird uns auch interessieren, wie sich Sozialdemokraten verhalten, wenn wir in gewissen Bereichen zu dem zurückkehren, wo wir 1982 aufgehört haben.

(Beifall bei der F.D.P. - Zurufe von der F.D.P.: So ist das!)

Dann wird es sehr interessant sein, zu sehen, ob man zu diesen Positionen zurückkehrt oder ob man die letzten drei Jahre völlig vergessen machen will.

(Zuruf von der SPD: Förderstufe!)

Dem Kollegen Krollmann darf ich wirklich sagen: Wir freuen uns, wenn der Wähler sich erinnert. Wenn er sich nämlich am 5. April nicht erinnert hätte, wäre vielleicht ein ganz anderes Ergebnis zustande gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Es wird auch Entscheidungen geben, bei denen wir nicht auf breite Zustimmung der Bürger in diesem Lande treffen werden. Es werden nicht alle populäre Entscheidungen sein. Aber, Herr Ministerpräsident, das kann ich Ihnen zusagen: Eine wohlbegründete Standortentscheidung, von der Landesregierung vorgetragen, wird unsere Zustimmung und Unterstützung finden. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß wir Schluß damit machen müssen, jedes Einzelinteresse zur zentralen Frage des Gesamtinteresses zu machen und damit die Handlungsunfähigkeit dieses Staates zu provozieren.

(Beifall bei der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ei, ei, ei! - Boppel (GRÜNE): Und wie ist es mit Grebenau?)

Wir werden als erstes den Nachtragshaushalt einbringen. In diesem Nachtragshaushalt wird sich das wiederfinden, was wir in unseren Wahlaussagen den Bürgern in diesem Lande versprochen haben. Es werden mehr Investitionsmittel für den Kläranlagenbau zur Verfügung gestellt.

(Boppel (GRÜNE): Woher nehmen?)

Hier wird dann praktischer Umweltschutz betrieben.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Hiermit werden Arbeitsplätze gesichert. Das ist dann ein Programm für Arbeit und Umwelt.

(Boppel (GRÜNE): Woher kommt das Geld?)

Da können wir diesen Titel ruhig übernehmen, allerdings mit anderen Inhalten und nicht mit denen, die die bisherige Regierung vorgegeben hat.

Wir werden bei der Forschungsförderung einen Schwerpunkt setzen. Hier wird ein neues Programm anlaufen, das die hessischen Hochschulen befähigen soll, im Wettbewerb mit anderen Hochschulen in Zukunft standhalten zu können. Wir werden dann den Wettbewerb nicht scheuen. Auch hier wird sich am Ende Leistung durchsetzen, und unsere Universitäten sind leistungsfähig. Es müssen nur die Voraussetzungen geschaffen werden, daß die Professoren für die Forschung in Hessen arbeiten können. Es wird keine Ideologie geben. Wir werden den Hochschulen also nicht vorschreiben, das zu tun, was wir gut finden. Das gehört zur Freiheit. In der Vergangenheit haben wir erlebt, daß bei vielen Freiheit nur für das galt, was ihnen selbst paßte.

(Beifall des Abg. Weghorn (F.D.P.))

Dies war nicht unser Selbstverständnis, und das wird auch nicht das Selbstverständnis der neuen Regierung sein.

Der Forschungstransfer wird eine wichtige Rolle spielen. Unsere Wirtschaft, unsere Arbeitnehmer müssen von den Leistungen profitieren, die an unseren Hochschulen erbracht werden.

Wir werden das Wort, das wir den Landwirten gegeben haben, einlösen.

(Dr. Günther (SPD): Das wird teuer!)

- Herr Kollege Günther, wenn Sie das früher auch einige Male gesagt hätten, hätten wir uns herzlich gefreut, auch wenn es für dieses Land sehr teuer geworden wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Die Tatsache, daß in den Reihen der Opposition manche Erkenntnisse kommen, ist sicher eine Voraussetzung dafür, daß wir nachher ganz anständig über Fragen diskutieren können, die bisher auf der Regierungsbank nicht diskutierfähig waren.

Wir werden ein Junglandwirteprogramm auflegen. Die Vermarktungsmöglichkeiten für hessische Landwirte werden verbessert werden. Dieser Bereich ist ganz entscheidend dafür, daß hessische Landwirte im Abseits stehen. Geringere Erzeugerdichte, erhöhte Kosten führten dazu, daß sie Marktpositionen laufend verloren haben. Daher muß Hessen die Märkte vor unserer Tür für die hessischen Landwirte nutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU)

Als Sofortmaßnahme wird die Stellenbesetzungssperre im Bereich der Polizei, des Justizvollzugs und der Justizverwaltung aufgehoben.

(Welteke (SPD): Unter gleichzeitiger Reduzierung der Personalkosten!)

Dies ist eine erste Maßnahme als Antwort auf die bisher undifferenzierte Stellenbewirtschaftung durch die bisherige Landesregierung.

(Boppel (GRÜNE): Was ist mit der Stellenbesetzung bei den Unikliniken?)

Ich sage aber auch sehr deutlich: Wir haben uns bei der Vereinbarung bisher nicht übernommen, weil wir nicht das Risiko eingehen wollten, einen Nachtragshaushalt in einer Koalitionsrunde zu vereinbaren,

(Boppel (GRÜNE): Sie haben aber auch nichts übernommen!)

der nachher nicht finanzierbar ist. Wir warten erst einmal ab, welche Bilanz der neue Finanzminister zieht, welche Spielräume noch vorhanden sind. Ich habe die Befürchtung, daß ein großer Teil der rot-grünen Programme der letzten Jahre, die zunächst nicht haushaltswirksam geworden sind, in Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 1989/90 gebunden sein werden. Dann wird man sehen müssen, welcher Spielraum noch besteht.

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Das, was die Landesregierung Börner verpflichtend beschlossen hat, kann die Landesregierung Wallmann/Gerhardt ja nicht aufheben, sondern das muß dann abgewickelt werden. Aber wir werden dafür sorgen, daß dieser Verpflichtungstau nicht größer wird, und wir werden eine Umsetzung der dann freiwerdenden Finanzmittel vornehmen.

Wir unterstützen die Bundesregierung. Wir unterstützen auch die Steuerreformpläne zur Entlastung der Bürger von der überhöhten Steuerlast. Aber wir sind uns auch darüber im klaren, daß dies nicht ohne Auswirkungen für die Finanzplanung im Lande Hessen sein wird. Wir werden dies einplanen, im Gegensatz zu dem bisherigen Finanzminister Krollmann, der zwar wußte, daß die Steuerreform kommt, der sich aber in keiner Weise überlegt hat, welche Auswirkungen das für Hessen haben wird. Das gehört auch zu einer ehrlichen Finanzpolitik. Das Geld, das wir in der Tasche des Steuerzahlers lassen, können und wollen wir vom Staat aus nicht zusätzlich ausgeben. Das ist die Konsequenz einer Politik von weniger Staat: konzentrierter Einsatz der Finanzmittel, die dem Land zur Verfügung stehen.

Bei der Stellenbewirtschaftung werden wir zu einem neuen System kommen. Da werden wir sagen, wo Stellen umgeschichtet werden müssen,

(Boppel (GRÜNE): Rotationssystem!)

wo sie hingehen, und nicht nach dem System Umschichtungen vornehmen, daß keiner merkt, wo sie hingehen, aber daß sie auf einmal woanders sind.

(Welteke (SPD): Da sind wir aber gespannt!)

Dazu gehören die Polizei, die Justiz, die Forstverwaltung und auch die Hochschulen.

(Boppel (GRÜNE): Wo kommen die Stellen her? -

Welteke (SPD): Die Stellen kommen von oben!)

Es gibt andere Bereiche, wo die Aufgaben zurückgegangen sind

(Boppel (GRÜNE): Was ist mit den Lehrern? -

Welteke (SPD): Die Stellen kommen aus Niedersachsen, da werden sie jetzt gesperrt!)

und wo wir mit Stellenumsetzungen reagieren müssen.

(Welteke (SPD): Wo kommen die Stellen denn her?

- Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Werden Sie doch nicht polemisch, Herr Welteke!)

- Herr Kollege Welteke, warten Sie einmal ab! Sie müssen sich daran gewöhnen, daß Sie von uns Antworten bekommen, wenn wir die Antworten durchdiskutiert haben und auch hier vertreten können.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ich höre Sie noch von dahinten brüllen: Zahlen, Daten, Fakten! Werden Sie konkret!)

- Bei der vorigen Regierung bekamen wir Antworten, aber nachher keine Begründungen, und auf einmal waren die Antworten nicht haltbar. Das wollen wir nicht übernehmen, wir haben einen neuen Stil in der hessischen Landespolitik.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Der alte Mißklang!)

Die Bagatelsteuern werden aufgehoben. Der Zirkus, den wir hier erlebt haben, ist beendet. Auch das ist eine klare Vorgabe, auf die sich die Kommunen einstellen können.

(Welteke (SPD): Die Selbstverwaltung der Kommunen wird gestärkt!)

Wir wissen, daß das nicht zum Beifall führt. Es gibt Ausfälle in der Finanzmasse auf kommunaler Seite, keine Frage. Aber wer A sagt, muß auch B sagen. Man kann nicht nur die Schokoladenseiten verkaufen. Hier sind wir bereit, die volle Verantwortung zu übernehmen.

(Welteke (SPD): Und werden das über den kommunalen Finanzausgleich ausgleichen!)

- Wir werden einiges dazu tun, daß die kommunale Selbstverwaltung gestärkt wird.

(Welteke (SPD): Das habe ich mir doch gedacht!)

Herr Kollege Welteke, dazu gehört auch, zu akzeptieren, daß wir kommunale Mehrheiten haben, die nicht den Mehrheiten in diesem Haus entsprechen. Sie werden uns nicht dabei erwischen, daß wir hier im Haus eine Gegengewichtspolitik gegen diese kommunalen Mehrheiten betreiben. Die Energie werden wir uns sparen; wir akzeptieren, wie die Wähler auf kommunaler Seite entschieden haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich sage ganz offen: Ich verspreche mir von dem Handeln dieser Landesregierung eine erhöhte Chance, daß wir bei der nächsten Kommunalwahl kommunale Mehrheiten ändern können. Dieses sollten wir uns vornehmen, und das ist ein fairer Wettbewerb.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Welteke (SPD): Da sind wir uns einig!)

Ich will ein anderes Thema anschnitten, das Rechnungshofgesetz. Dadurch werden wir zu einer verstärkten Finanz- und Haushaltskontrolle kommen. Die Anbindung des Rechnungshofs an den Landtag wird vorgenommen werden, und darauf sind wir stolz. Aber ich sage auch ganz deutlich: Wir haben nichts zu befürchten. Wir stellen uns darauf ein, daß der Rechnungshof völlig unparteiisch prüfen wird. Dann werden wir den Unterschied zwischen der Abwicklung der letzten Jahre und den Prüfungsberichten der zukünftigen Jahre sehen. Wir haben den Ehrgeiz, daß wir unsere Finanz- und Wirtschaftspolitik sehr deutlich und transparent betreiben.

Lassen Sie mich zur Wirtschafts- und Strukturpolitik übergehen. Es geht darum, die Rahmenbedingungen zu verbessern, zukunftsorientierten Unternehmen in Hessen eine Chance einzuräumen und nicht, wie das bisher war, ein Programm für alternative Unternehmen mit hohen Subventionen aufzubauen und jene, die aus eigener Kraft Arbeitsplätze und Sozialprodukt erwirtschaften, in die

südlichen Bundesländer abzudrängen. Hier befinden wir uns im Wettbewerb mit den Standorten Baden-Württemberg und Bayern. Frankfurt wird dann für ein Unternehmen genauso attraktiv sein, wie es Stuttgart und München heute sind.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Welteke (SPD): Wer behauptet denn, das wäre es nicht bereits? - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Über alle Parteigrenzen hinweg konnten wir Frankfurt nicht müde reden!)

Man kann sich wieder darauf verlassen, daß von dieser Landesregierung Genehmigungsanträge ohne politische Vorgaben nach Recht und Gesetz geprüft und auch entschieden werden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Welteke (SPD): Was haben Sie gemacht? - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Mein Gott, Otto!)

Das bisherige Nichtentscheiden war das Schlimmste für die Wirtschaft, denn eine Nichtentscheidung ist schlimmer als eine Ablehnung.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wir sind darauf angewiesen, den Standortvorteil des Rhein-Main-Gebiets mit dem Flughafen, den Banken, der chemischen Industrie und der Automobilindustrie zu nutzen. Denn hier muß das Geld verdient werden, das wir brauchen, um einen Finanzausgleich zugunsten der strukturschwachen Gebiete zu schaffen.

(Beifall des Abg. Badeck (CDU))

Wer hier Innovation und Entwicklung behindert, hat nicht die Möglichkeit, den benachteiligten Regionen die Gelder zur Verfügung zu stellen, die wir dort zur Verbesserung der Infrastruktur brauchen.

Wir müssen in den ländlichen Regionen ein attraktives Programm vorlegen; denn die Abwanderung ist beängstigend. Die Arbeitslosenzahlen und das Problem von Ausbildungsplätzen bedeuten keine Chancengleichheit zwischen der Region, aus der ich komme, und dem hiesigen Angebot. Hier muß praktische Politik betrieben werden, und wir können den ländlichen Regionen nicht helfen, indem wir sie in ein Naturschutzgebiet einordnen. Den ländlichen Regionen muß durch Infrastrukturmaßnahmen eine Chancengleichheit eingeräumt werden, und dazu gehören auch der Straßenbau und die Verkehrsanbindung.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sie haben einfach keine Argumente, Herr Wilke! Wer will denn Nordhessen zum Nationalpark machen? Das ist doch albern! - Soltwedel (GRÜNE): Dann können Sie das ländliche Regionalprogramm ausbauen!)

Umweltschutz wird sich an praktischen Maßnahmen orientieren. Mülltourismus und Müllexport sollen möglichst schnell der Vergangenheit angehören.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Aha, nicht mehr sofort, sondern möglichst schnell!)

Aber, Herr Fischer, die drei Jahre Tätigkeit Ihrer Gruppe können wir nicht mehr einholen. Dies wird den hessischen Bürger nach wie vor gutes Geld kosten.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): 14 Monate, mein Besten!)

Wir werden das Abfallwirtschaftsgesetz mit dem Bundesgesetz in Einklang bringen; das ist eine pure Selbst-

verständlichkeit. Es wird die notwendigen Erlasse geben, damit die Kommunen wieder planen können, damit sie wissen, auf welche staatlichen Vorgaben sie setzen können. Es wird keine Subventionierung irgendeiner Müll-ideologie geben. Wir haben nichts gegen die grüne Mülltonne oder gegen die Kompostierung, wir sind aber dafür, daß die Verbrennung, wo sie ein Recycling-System der Entsorgung ist, auch eingeführt wird.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Was ist bei Verbrennung Recycling? Was ist das für ein Quatsch!)

Die Müllverbrennungsanlage im Frankfurter Osthafen wird von uns nicht gebremst, aber die Landesregierung wird sie nicht bauen. Doch die Kommunen können ihre Entscheidung treffen. Sie können planen und am Ende sicher sein, daß sie nach ihren Investitionen auch die Genehmigung vom Land bekommen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Die Grube Messel wird in Betrieb gehen.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Warten wir ab!)

Wir werden sehen, daß die Ausgrabungen in aller Breite vorgenommen werden können.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Nicht in der Breite, sondern in der Tiefe!)

Es ist ein Entspannungsbeitrag, daß der Kollege Schneider, nachdem er nicht mehr in Regierungsverantwortung ist, sondern in die Oppositionsrolle gekommen ist, im Kreistag nur das gemacht hat, was er für vernünftig und sinnvoll hält: die Mittel freizugeben, damit der Bau abgeschlossen werden kann. Damit wird ein Schwerpunkt des Entsorgungskonzepts im Ballungsgebiet Rhein-Main umgesetzt, das 1982 eine Übereinstimmung zwischen der Landesregierung und der kommunalen Seite erfahren hatte, egal welcher politischen Couleur.

(Schneider (Wiesbaden) (SPD): Aber gegen die damalige Opposition!)

Wir werden die Verbrennungskapazitäten ausweiten müssen. Hierzu erwarten wir, daß sehr schnell ein Vorschlag für einen dritten Verbrennungssofen gemacht wird. Da gibt es für uns keine Vorgabe; denn es ist nicht die Entscheidung von Parlamentariern, welcher Standort richtig ist. Das ist die Entscheidung der Regierung. Wir werden darauf achten, daß das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative nicht verwischt wird. Die eine Seite ist das Regierungshandeln, die andere Seite ist die Entscheidung dieses Landtags. Das Vermischen beider ist sicher eines der Probleme gewesen, die in den vergangenen drei Jahren politisches Handeln nicht mehr sehr deutlich gemacht haben.

Wir sind in diesen Bereichen erheblich zurückgeworfen worden. Im Verfahren Mainflingen wird sehr schnell geprüft werden müssen, welcher Nachbesserungen es im praktischen und im rechtlichen Bereich bedarf. Dann wird es aber auch mit aller Konsequenz umgesetzt werden. Nur wäre es vermessen, jetzt zu sagen, daß wir es in der Hand hätten. Hierüber liegt die Entscheidung bei den Gerichten.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Welch zarte Töne!)

Die Landesregierung wird ihren Beitrag leisten, daß sehr schnell geprüft wird, was nachgebessert werden muß, damit wir möglichst bald eine Gerichtsentscheidung bekommen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Im Gewässerschutz und bei der Luftreinhaltung setzen wir auf Kooperation. Die Richtwerte, die der Bund vorgibt, werden eingehalten; daran gibt es keinen Zweifel.

Aber wir werden uns bemühen, in Absprache mit der Industrie zu schnelleren Ergebnissen, zu besseren Ergebnissen zu kommen. Das kann man nicht im Gegeneinander, sondern nur im Miteinander tun.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Wir werden aber auch sehr darauf achten, daß bei der Chemie-Industrie eine klare Aufsicht stattfindet. Da ist die Selbstkontrolle nicht das Mittel. Wir werden in den Bereichen, in denen wir Verbesserungen über gesetzliche Vorlagen hinaus erreichen wollen, dieses nur gemeinsam mit der Wirtschaft machen können und - da bin ich sicher - auch mit den Arbeitnehmern in der Wirtschaft. Denn Arbeitsplätze zu sichern, heißt, mehr für den Umweltschutz zu tun, neue Technologien einzusetzen und hier Vorbildcharakter zu erreichen. Es heißt aber auch, zu einem Miteinander und nicht zu einem Gegeneinander zu kommen.

Hier kann ich gleich überleiten zum Natur- und Landschaftsschutz. Wir werden das abbauen, was in den letzten Jahren aufgebaut worden ist: den Gegensatz zwischen Naturschutz, Landschaftsschutz, Landwirtschaft und Forsten. Die erste Entscheidung ist eine Neuorganisation, die Zuordnung dieser Kompetenzen wieder zu einem Ministerium.

(Soltwedel (GRÜNE): Den Bock zum Gärtner machen!)

Wir werden damit die Voraussetzungen schaffen, daß die Ausweisung der Naturschutzgebiete weiterhin vorgenommen wird, aber in Einklang mit den Grundstückseigentümern, mit den Land- und Forstwirten. Wir werden das Geld für Entschädigungen zur Verfügung stellen, damit Vertragsnaturschutz auch in Hessen umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Für was Sie alles Geld zur Verfügung stellen wollen!)

Dieses wird mehr Naturschutz bringen und weniger Konflikte.

Wir werden die Zusammenarbeit mit den 29er-Verbänden stärken. Denn deren ehrenamtliches Engagement brauchen wir. Wir werden sie voll an den Entscheidungen beteiligen. Hier geht es um ein Miteinander. Die Bürger, die sich für Naturschutz, für Umweltschutz engagieren, werden sicher nicht enttäuscht werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie werden mehr praktischen Umweltschutz vorfinden und weniger ideologische Auseinandersetzungen. Denn dafür haben wir keinen Bedarf.

Weiter wird die Waldrücklage wieder aufgebaut, die es dem Land und der Landesforstverwaltung dann auch ermöglicht, wieder Waldpflege zu betreiben und einen praktischen Beitrag gegen das Waldsterben zu leisten, nicht nur darüber zu reden.

Das Energiegesetz wird novelliert werden. Wir haben klare Aussagen zu Biblis A und B gemacht.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sehr klare!)

Wir brauchen keinen weiteren Kraftwerksblock in Biblis. Zwei reichen zur Energieversorgung. Borken wird als Standort eines modernen Kraftwerks weiter vorgehalten werden.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Was heißt das?)

Für die Freien Demokraten ist Kernenergie eine Übergangsenergie, für die es derzeit aber keine Alternative gibt.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Also Atomkraftwerk Borken!)

Sicherheit wird hierbei für uns höchstes Gebot sein.

Damit bin ich bei der Frage der Genehmigungsverfahren ALKEM. Hier werden die Entscheidungen jetzt getroffen werden, die mehr Sicherheit bringen, über die Teilerrichtungsgenehmigung, die ja zwischen dem Hessischen Wirtschaftsminister und der Bundesaufsicht abgestimmt war.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Hier werden wir Auftragsverwaltung des Bundes in der Sache wahrnehmen und werden dann die Entscheidungen treffen, wenn sie getroffen werden können. Wir haben die Vereinbarung getroffen, daß die Genehmigungsverfahren für die anderen Betriebe möglichst schnell zum Abschluß gebracht werden. Wir haben aber keine politische Entscheidung darüber getroffen, wie sie zum Abschluß gebracht werden. Es unterliegt der sachgerechten Prüfung der Verwaltung und ist keine Aufgabe dieses Parlamentes, hier Vorgaben zu machen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn aus Sicherheitsgründen keine Genehmigung möglich ist, dann muß sie auch versagt werden.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das glauben Sie doch selber nicht!)

Aber wenn die Voraussetzungen gegeben sind, dann muß auch genauso klar genehmigt werden. Dies ist ein ganz entscheidender Beitrag, an dem wir deutlich machen, wie das Verwaltungshandeln der neuen Regierung im vollen Gegensatz steht zum politischen Handeln der alten Regierung.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Zur Bildungspolitik, Herr Kollege Krollmann, werden wir uns nicht von Ihnen übertreffen lassen, eine optimale Förderung jedes jungen Menschen nach seiner Begabung in allen Bildungsabschnitten sicherzustellen. Das Bildungsangebot wird ausgeweitet. Es wird die Wahlmöglichkeit zwischen Förderstufe, Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule hergestellt. Dies liegt im Interesse von Eltern und Kindern. Ich sage aber auch sehr deutlich: Es wird einige Probleme in den ländlichen Regionen geben. Hier ist der Kultusminister im Wort, sicherzustellen, daß ländliche Schulstandorte auch ihre Entwicklungschance behalten.

Denn die zurückgehenden Zahlen der Schüler - in den städtischen Regionen damit verbunden, die Qualität zu verbessern und mehr Möglichkeiten zu schaffen - bringen natürlich umgekehrt Probleme an schwachen Schulstandorten. An schwachen Schulstandorten haben die Eltern auch den Anspruch, daß ihre Kinder ein qualitativ gutes Unterrichtsangebot bekommen. Wenn sie dieses bekommen, dann soll es egal sein, ob das in der Förderstufe, in der Realschule, in der Grund- oder in der Hauptschule geschieht. Das muß in allen Bereichen geschehen.

Wir werden hier sehr vorsichtig vorgehen. Wir werden erst einmal auf die Kooperation der Schulträger setzen. Ich finde es schon ganz beachtlich, daß der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Kassel die Schulentwicklungspläne in Kassel erst einmal gestoppt hat.

(Welteke (SPD): Was soll er denn sonst machen?)

Ich finde es einen ganz vernünftigen Beitrag, der auch signalisiert, daß man im kommunalen Bereich akzeptiert, daß aus der Landespolitik andere Gesetzesvorgaben kommen werden.

(Beifall bei der F.D.P. - Welteke (SPD): Er hat aber anders als die Stadt Frankfurt gehandelt!)

Auch hier setzen wir darauf, daß Kooperation vor Ersatzvornahme geht und daß Ersatzvornahme nur die Ausnahme im politischen Verwaltungshandeln einer Landesregierung sein kann. Wir werden es den Kommunen nicht einfach machen, ablehnen zu können. Sachliche Voraussetzungen müssen geschaffen sein, bevor etwas umgesetzt wird. Diese Schulreform - dies ist eine Veränderung der bisherigen Position; hier gibt es gar keinen Zweifel - wird nicht auf dem Rücken der Schulkinder ausgetragen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ein Salto rückwärts!)

Aber es wird auch einen neuen Schwerpunkt geben. Die Mittel, die bei den Investitionen für die Förderstufe frei werden, werden umgeleitet werden auf berufliche Bildung. Berufliche Bildung wird erstmalig wieder ein Schwerpunkt hessischer Landespolitik.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Dieser ist doch laufend vernachlässigt worden zu Lasten der organisatorischen Veränderungen in der Schule.

Dazu gehört auch, daß wieder eine stärkere Kooperation zwischen Schule und Betrieb stattfindet, daß die Einteilung des Berufsschulunterrichts nicht mehr durch Verordnung festgeschrieben wird und daß eine Abstimmung mit der betrieblichen Ausbildung erfolgt. Da gibt es kein einheitliches Modell. Aber es gibt auf jeden Fall nicht die pädagogisch gar nicht begründbare Vorgabe von zweimal sechs Stunden in der Woche.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wir sind es den Auszubildenden schuldig, daß ihre Ausbildungszeit nicht verplempert wird. Denn die Anforderungen an die berufliche Ausbildung sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Dann können wir es uns nicht leisten, viele Stunden der beruflichen Ausbildung noch in der Schule zu verschenken.

(Welteke (SPD): Richtig!)

Im Bereich der Hochschulen wird das Hessische Hochschulgesetz an das Rahmengesetz des Bundes angepaßt werden. Die Entwicklung von Hochschulen freier Träger wird zugelassen. Auch dieses eröffnet neue Möglichkeiten. Kunst, Kultur, Musik, Theater, Film, bildende Kunst, Museen, Bibliotheken, aktive Landeskunde und Heimatpflege sowie die Erhaltung der Kunstdenkmäler werden wir mit allen Mitteln unterstützen. Hier wird es auch eine Mittelaufstockung geben. In diesem Bereich der Kultur kann nicht gelten, daß dort der Haushalt zuerst saniert wird. Denn dafür sind die Beträge viel zu klein. Wer den Mut nicht hat, auch bei schwieriger Haushaltslage der Kunst einen Raum einzuräumen, wird sicher

nicht dem gerecht, was für Hessen Tradition in diesem Bereich bedeutet.

(Beifall bei der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Ein wahrer Freund der Künste, von der Muse geküßt!)

Herr Ministerpräsident, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie ganz offen sagen, was Sie unter freier Kulturentwicklung verstehen. Wir sind der Meinung, daß die breite Kunstöffentlichkeit in Hessen hergestellt werden muß, daß wir mehr Leute dafür interessieren müssen, daß die Kunstförderung sowohl in den ländlichen Regionen als auch in den Städten einen gleichen Stellenwert haben muß.

Zur Frauenpolitik, meine Damen und Herren. Es ist sicher eine Frage, ob wir im Landtag einen Frauenschuß einrichten sollen. Hierzu gibt es bei uns keine Vorbehalte; darüber werden wir im Ältestenrat sprechen. Aber wichtiger ist für uns, daß tatsächliche Schritte unternommen werden, um die Gleichberechtigung der Frauen etwas weiter voranzubringen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das wird eine Aufgabe sein, die nicht in dieser Legislaturperiode zum Abschluß kommt.

(Soltwedel (GRÜNE): Da brauchen Sie nur auf Ihre Partei zu gucken!)

Das fängt zunächst damit an, die Ausbildungschancen der Mädchen zu verbessern.

(Boppel (GRÜNE): Wird aus Wallmann Wallfrau?)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Herr Abg. Wilke, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Wilke (F.D.P.):**

Nein, wir werden in den nächsten Tagen noch genügend Möglichkeiten haben, jede Frage einzeln zu diskutieren.

Die Aufstiegschancen der Frauen müssen verbessert werden. Beruf und Familie müssen stärker in Einklang gebracht werden.

(Zuruf von der SPD)

In der Sozialpolitik werden wir den Ehrgeiz entwickeln, das Schwerbehindertengesetz zunächst einmal in der Landesverwaltung umzusetzen. Dann können wir auch mit Recht an die Industrie appellieren, das gleiche zu tun.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es hat aber keinen Zweck, wie es der bisherige Sozialminister tat, die Wirtschaft in jeder Veranstaltung zu beschimpfen, dann aber zu verschweigen, daß das Land seiner eigenen Verpflichtung noch nicht nachgekommen ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zum Gesundheitswesen. Die ambulante ärztliche Versorgung muß ausgebaut werden. Die Sozialstationen werden wichtige Funktionen bei der Kostendämpfung wahrnehmen. Gar kein Zweifel: Wir brauchen leistungsfähige Krankenhäuser, aber das Krankenhaus muß am Ende noch human bleiben. Wir brauchen keine Gesundheitsfabriken. Wir brauchen den Landeswohlfahrtsverband als überörtlichen Träger. Hier ist er unverzichtbar. Wir werden auch Sicherheit für eine große Zahl von Bediensteten beim Landeswohlfahrtsverband schaffen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wie mögen die sich in den letzten Jahren bei der Betreuung durch Rot und Grün in diesem Lande gefühlt haben?

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Brauchen wir auch den Frankfurter Flughafen?)

Wir unterstützen die Bereitstellung der Mittel für Mutter und Kind. Wir werden aber auch darauf achten, daß das Beratungsangebot in Ausführung des § 218 nicht abgebaut, sondern ausgebaut und auch verbessert wird.

(Boppel (GRÜNE): Heißt das, daß "Pro Familia" erhalten bleibt?)

Ich sage ganz offen: Auch hier nimmt "Pro Familia" eine wichtige Aufgabe wahr.

(Beifall bei der F.D.P. - Boppel (GRÜNE): Wo bleibt das Geschrei der CDU bei "Pro Familia"?)

Wir werden Anstrengungen gegen die Seuche AIDS unternehmen und Forschungsmöglichkeiten eröffnen.

(Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Aber es wird nicht damit getan sein, daß wir hier politische Erklärungen über ein medizinisches Problem abgeben.

(Beifall bei der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Bayerisches Modell!)

Die Sportpolitik - ein Thema, über das bisher in diesem Hause breite Übereinstimmung bestand - ist in den letzten Jahren in eine Auseinandersetzung geraten, die erstens sachfremd und zweitens sportfeindlich war. Sport und Umwelt sind kein Gegensatz, auch Leistungssport und Freizeitsport sind kein Gegensatz.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Wir müssen mehr Mittel für den Sportstättenbau zur Verfügung stellen.

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Denn wir müssen der Jugend die Möglichkeit geben, die Freizeit sinnvoll zu nutzen. Die Vereine haben hier eine wichtige Aufgabe. Deshalb werden wir auch die Vereine weiterhin fördern. Wir werden sie nicht weiter reglementieren; Vereine haben ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Wir werden die Mittel für mehr Übungsleiter bereitstellen.

Ich leite zur Innenpolitik über. Zur inneren Sicherheit wird der neue Innenminister sicher ein großes Aufgabepaket vor sich finden.

(Boppel (GRÜNE): Ob er dem gewachsen ist?)

Er wird mehr Personal für die Polizei brauchen, er wird Überlegungen für neue Organisationsformen anstellen müssen.

(Boppel (GRÜNE): Kommen arbeitslose Lehrer zur Polizei?)

Denn der Nachholbedarf, der hier in den letzten Jahren entstanden ist, muß abgebaut werden.

Bei der Regionalplanung werden wir davon abkommen müssen, daß parzellenscharf das ganze Land aufgeteilt wird, wo Wald, Äcker und Gebäude stehen dürfen. Hier wird die kommunale Selbstverwaltung im Rahmen der Landesgesetze wieder mehr Spielraum bekommen. Wir werden nicht den Ehrgeiz haben, in der Staatskanzlei abfragen zu können, wo ein Baum steht oder wo ein

Kindergarten seinen Platz in einer Gemeinde hat. Hier wird die Verwaltung entlastet.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Planungshoheit darf kein leeres Geschwätz sein. Planungshoheit kann am Ende auch dazu führen, daß sich in gewissen Bereichen Fehlentwicklungen abzeichnen oder sich im kommunalen Bereich ergeben werden. Aber ich halte es für viel verantwortungsbewußter, der kommunalen Selbstverwaltung diese Entscheidung zu übertragen, als zentral vielleicht das gesamte Land fehlzuplanen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Beim Datenschutz sind wir darauf angewiesen, sicherzustellen, daß er durchgeführt wird. Der Bürger muß Vertrauen haben können, daß mit seinen Daten kein Mißbrauch betrieben wird. Denn die Datenerfassung kann nur funktionieren, wenn beim Bürger kein Mißtrauen vorhanden ist. Wer mit Daten arbeiten will, muß davon ausgehen können, daß die Daten auch ehrlich sind, daß der Bürger mitarbeitet. Deshalb müssen wir den Bürgern die Sicherheit geben, daß es keine Abstriche am Datenschutz gibt. Denn Datenschutz und Verarbeitung von Daten brauchen das Vertrauen der Bürger in unserem Land.

Ich sage ganz offen: Hier ist ein gewisses Mißtrauen vorhanden. Es ist natürlich auch massiv mit unsachlichen Argumenten geschürt worden, wie sie die GRÜNEN heute noch zur Volksbefragung in die öffentliche Diskussion bringen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es wird das Rechtspflegeministerium geben. Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit werden

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sollen an die Kandare gelegt werden!)

in das Justizministerium einbezogen. Damit wird mehr Unabhängigkeit geschaffen; sie sind nicht mehr einem Fachminister zugeordnet.

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Auf der anderen Seite werden wir im Justizbereich mehr sächliche und personelle Mittel zur Verfügung stellen. Denn der Bürger muß wieder sein Urteil bekommen. Dies ist auch eine Frage von Rechtsstaatlichkeit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Hier hat das Land eine Bringschuld gegenüber dem Bürger.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Der Herr Präsident schaut schon ganz kritisch! Geben Sie acht!)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Bitte, Herr Abgeordneter, machen Sie keine Bemerkung zum Präsidium.

(Heiterkeit und Beifall)

**Wilke (F.D.P.):**

Ich habe es nicht bemerkt.

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Ich habe den Abgeordneten Fischer gemeint, Herr Wilke, Verzeihung.

**Wilke (F.D.P.):**

Meine Damen und Herren, das Verhältnis des Landes Hessen zu den anderen Bundesländern und zum Bund wird wieder normalisiert werden. Gegengewichtspolitik als verlängerten Arm der Opposition oder Erfüllungspolitik als verlängerten Arm der Regierungskoalition in Bonn wird es in Hessen nicht geben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir setzen auf eine kooperative Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den anderen Bundesländern. Hessen wird wieder ein kalkulierbarer, verlässlicher Partner des Bundes und der anderen Bundesländer zum Nutzen von Hessen sein.

(Beifall bei der F.D.P. und Abgeordneten der CDU)

Es wird keine Außenseiterrolle des Landes Hessen mehr geben. Dazu gehört auch das Ausländerrecht. Wir werden uns um ein liberales Ausländerrecht im Bund bemühen. Dieses wird dann in Hessen umgesetzt. Denn mit hessischen Alleingängen haben wir den ausländischen Mitbürgern in unserem Land nicht geholfen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Wahlrechtsdiskussion ist nicht das Hauptproblem, das unsere ausländischen Mitbürger in unserem Land berührt.

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Wir müssen ihnen praktische Hilfe zur Eingliederung geben. Wir werden keine Angst verbreiten. Humanität hat in der Ausländerpolitik und im Asylrecht einen hohen Stellenwert für uns.

(Beifall bei der F.D.P.)

In Richtung der anderen Länder und des Bundes werden hessische Interessen aber auch nicht hintangestellt. Ich will das Stichwort Länderfinanzausgleich nennen. Hier werden wir uns darum bemühen, eine bessere, gerechtere Regelung für Hessen zu bekommen. Daß Hessen so viel zahlt, ist nicht unbedingt ein Ausweis des Standes in Hessen. Denn Hamburg zahlt auch. In Hamburg sagt keiner, daß es ein leistungsstarkes Land sei. Wir werden unsere Verpflichtung gegenüber den anderen Bundesländern wahrnehmen. Bei der Mischfinanzierung werden wir die Bundesregierung dabei unterstützen, zu einem Abbau zu kommen, der wieder klare Kompetenzen, stärkere Länderverantwortlichkeiten und keine weitere Gängelei der Länder bringt.

Meine Damen und Herren, das Regierungsprogramm setzt auf die Mitarbeit der Bürger, setzt auf die persönliche Entscheidung der Bürger. Wir legen Wert darauf, daß wir möglichst viel Miteinander mit allen gesellschaftlichen Gruppen erzielen, mit den Gewerkschaften,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Die werden sich freuen!)

mit dem DGB, mit der DAG. Wir hoffen, daß die parteipolitischen Brillen an der Stelle einmal zur Seite gelegt werden. Wir hoffen nicht auf unkritischen Beifall, denn er würde uns nichts nützen. Wir hoffen auf kritische, aber sachliche Begleitung unserer Arbeit in diesem Parlament.

Wir setzen darauf, daß es Anstöße gibt. Wir legen keinen Wert auf organisierten Beifall.

(Beifall bei der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Da muß ich jetzt selbst lachen! Das ist köstlich!)

Wir sind jederzeit bereit, unsere Positionen zu überprüfen. Wir wollen die vor uns liegenden vier Jahre nutzen, damit wir in vier Jahren vor die Bürger dieses Landes treten und darauf setzen können, daß das, was dieses Mal eine Niederlage der Sozialdemokraten war, in Zukunft ein politischer Erfolg dieser Koalition sein wird.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Meine Damen und Herren, die F.D.P. wird der Landesregierung ihr Vertrauen aussprechen. Herr Ministerpräsident, Sie können sich auf eine faire Partnerschaft verlassen. Wir wünschen Ihnen und Ihrer Regierung viel Erfolg.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Günther:**

Ich erteile Herrn Fischer (Frankfurt) das Wort.

**Fischer (Frankfurt) (GRÜNE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was wir gestern erlebt haben und was wir heute erleben, ist etwas anders, als es Ministerpräsident Wallmann gesagt hat: es ist ein Machtwechsel. Es muß auch ein solcher sein. Ein demokratisch legitimierter Machtwechsel, an dessen Legitimation für mich überhaupt kein Zweifel besteht.

Man sollte nicht vergessen - die ersten Reden zeigen dies -, wenn so lauthals über das Scheitern von rot-grün, über Chaos und ähnliches gesprochen wird, daß 1.502, glaube ich, Stimmen wahrhaft nicht viel sind.

(Nassauer (CDU): 3.600!)

- 3.600. Die Hälfte der hessischen Wählerinnen und Wähler war da also ganz anderer Meinung.

(Zuruf von der CDU: Die richtige Hälfte!)

- Die richtige Hälfte. Das genau ist Ihre Meinung. Die richtige Hälfte. Die andere Hälfte interessiert Sie offensichtlich nicht mehr.

(Zurufe von der CDU)

Herr Wallmann, Sie haben in beeindruckender Prosa in Ihrer Regierungserklärung sehr viel über Stil und Form gesprochen. Gestern abend haben Sie sich im Fernsehen auch etwas über die mangelnde Würde während Ihrer Regierungserklärung beklagt. Ich glaube, man muß deshalb hier nochmals diese Stilfrage ansprechen.

Ich will in diesem Punkt bekennen, da Sie auch immer ganz offen bekennen, daß der Stil, den Sie geprägt haben, mich zu seltsamen Reaktionen führt, fast hätte ich gesagt zu animalischen Reaktionen, das heißt, das Fell sträubt sich mir. Was Sie hier im Stil eines Bombastus Theophrastus vorgetragen haben, hat mich sehr an Helmut Kohl erinnert.

Sie haben - Herr Krollmann hat bereits darauf hingewiesen - das "Reich der Mitte" in Hessen entdeckt. Sie haben zahlreiche andere Allgemeinplätze aneinandergereiht. Bismarck wurde zitiert mit dem "Strom der Zeit". Sie selbst haben sich in den großen Traditionsstrom eingereiht, dahinfließend. Allein Heraklit hat da noch gefehlt.

Sie haben Ihrer Fraktion - das fand ich allerdings beeindruckend - dann gleich etwas Nachhilfeunterricht in Sachen Frankfurter Schule erteilt. Da werden in Zukunft einige Damen und vor allen Dingen Herren in der CDU-Fraktion den geistigen Stahlhelm abnehmen und Adorno, Habermas und auch Lukacs studieren müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wird für sie vielleicht eine nicht ganz erfreuliche Perspektive sein, aber dazu ein weiteres Wort von Herrn Wallmann: Sie werden sich umgewöhnen müssen als Regierungsfraktion. Die meisten von Ihnen, die nicht zu Amt und Würden gekommen sind, werden nun also Zeit haben, und insofern empfiehlt sich diese Lektüre.

Ich sage: Es war ein Machtwechsel. Ein Machtwechsel, mit bombastischen Worten verkleidet, als solcher aber nicht erklärt. Entweder hat man nicht begriffen, daß es sich hier um einen demokratischen Machtwechsel handelt - dafür halte ich Sie für zu klug -, oder es verbirgt sich Absicht dahinter, warum man hier auf Samtpfoten einherkommt.

Ich glaube, man sollte hier heute nicht über Adorno, Habermas, Lukacs diskutieren. Dazu werden wir in den nächsten vier Jahren viel Zeit haben. Daß Sie sich als Hegelianer bekannt haben, finde ich auch sehr gut, sozusagen als Dialektiker über Kant hinaus. Bitte, vielleicht kommt ja Marx als nächstes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will die Hoffnung da nicht aufgeben.

Ich bekenne auch, daß mir nachträglich die Lektüre der "Phänomenologie des Geistes" wie ein heiteres Freizeitunternehmen erschienen ist angesichts dessen, was gestern da an Stil auf mich herabprasselte.

Das sind alles jedoch, meine Damen und Herren, um den kommenden Finanzminister zu zitieren, Peanuts, Erdnüsse - -

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Asterix und Obelix!)

- Asterix und Obelix ist besser, was den Kollegen Wilke betrifft,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wobei ich ihm dabei gerne die Rolle des Obelix zubillige, eines liberalen.

Nein, es geht hier nicht um diese kulturellen Rankenwerke, sondern es geht um harte Fakten. Was wir hier in der Vergangenheit an Stil erlebt haben, was Sie an Oppositionskritik als Maßstab gelegt haben und diese Mutation, die Sie ja innerhalb von wenigen Stunden, Minuten, Sekunden, Herr Wilke, in der Mainhausen-Frage offenbart haben, mit welcher Vorsicht - vor wenigen Wochen noch sind Sie wie ein Nashorn hier durch den Plenarsaal getobt -,

(Lachen bei den GRÜNEN)

mit welcher mäuschenhaften Vorsicht Sie jetzt hier formuliert haben - das war zweifellos auch ein beeindruckendes Ergebnis dieses Machtwechsels. Aber ich will in den Einzelfragen darauf noch zu sprechen kommen.

Die entscheidende Frage sind die Inhalte. Worum geht es inhaltlich bei diesem Machtwechsel? Zu diesen Inhalten möchte ich hier sprechen. Sie haben natürlich auch das Recht der 100 Tage, ein Recht, das Sie brauchen werden. Deswegen will ich eher Fragen stellen, deren Beantwortung wir dann zu gegebener Zeit im Plenum von Ihnen verlangen werden.

Der Jahrestag von Tschernobyl - es wurde schon darauf hingewiesen - liegt unmittelbar vor uns. Nicht ein Wort wurde dazu gesagt. Diese säkulare Technikkatastrophe, Herr Wallmann, hat Ihren Weg nach Bonn ja überhaupt

erst geebnet. Sie haben sie in Ihrer Regierungserklärung nicht einmal erwähnt. Was wurde aus Tschernobyl in diesem einen Jahr nun gelernt? Es wurden in der Bundesrepublik weitere Atomkraftwerke ans Netz genommen!

(Strecker (CDU): Sowjetunion!)

- Hören Sie mir doch auf mit der Sowjetunion. Ein kommunistisches Atomkraftwerk will ich genauso abschalten wie ein kapitalistisches. Da haben Sie mich sofort auf Ihrer Seite.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Atomkraftwerke in des Volkes Hand sind für mich nicht erstrebenswerter und sicherer als die in des Kapitalisten Hand.

(Zuruf von der CDU: Warum haben Sie nicht gegen Tschernobyl protestiert?)

- Das haben wir doch.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Können Sie sich, bitte, nicht intelligentere Fragen einfallen lassen? Meine Güte! Ich sehe da noch großen Lernbedarf.

(Rösler (CDU): Das ist aber trotzdem keine Antwort, die Sie da geben!)

Ein Jahr ist es jetzt also her.

(Zurufe von der CDU)

- Irgendwie scheint Sie das Thema emotional doch sehr zu berühren, wenn Sie gleich so darauf anspringen. Hören Sie sich die Argumente doch erst einmal an. Ein Jahr ist es her, und Sie verdrängen es kräftig. Die Bundesregierung, die CDU und die F.D.P. haben keine Veranlassung gesehen, den Einstieg in die Atompolitik zu relativieren. Zwar macht sich ein allgemeiner sprachlicher Relativitätsstil breit, und auch das hat der Herr Ministerpräsident gestern ausgiebig dargestellt. Er wurde schon nach Tschernobyl kreiert: Alles ist im Übergang, im Strom der Zeit, alles fließt, auch Atomenergie sei eine Übergangstechnologie. In 500 Jahren brauchen wir sie vielleicht nicht mehr, heißt es da.

Aber wenn man diese Verballhornung einmal wegläßt, dann muß man doch feststellen, daß die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf gebaut und durchgeprüft werden soll, daß die Abkehr vom schnellen Brüter in Kalkar nicht stattfindet. Es gibt jedoch keine energie-wirtschaftliche Begründung - da hat Herr Kröllmann vollkommen recht - für den Plutoniumkreislauf. Alles daran ist wesentlich teurer, gefährlicher auch.

Die MOX-Brennelemente, die gegenwärtig bei der ALKEM produziert werden, sind wirtschaftlich nicht vertretbar. Die Plutoniumfabrik ALKEM wird aber jetzt genehmigt werden. Da soll man doch keine Illusionen verbreiten. Herr Wallmann wird von seiner Politik als Bundesumweltminister nicht abkehren, und so werden wir erleben, daß die Genehmigungsverfahren jetzt zügig durchgezogen werden. Die Äußerung, wenn Sicherheitsprobleme auftauchen, dann werde man auch die Genehmigung versagen, ist wirklich nur Geschwätz.

Sie von der F.D.P. waren ja damals schon zuständig; den Akten auf Bundes- und auf Landesebene ist dies zu entnehmen. Schon damals war klar, daß bis an den Rand krimineller Verstrickung Sicherheitsprobleme, Standortprobleme, Probleme der Auslegung der Anlagen in Hanau bestanden - und die schlimmen Folgen für die

Arbeiter, die dort verstrahlt wurden, haben wir jetzt erleben müssen -, die im Einvernehmen zwischen Anlagenbetreibern und Behörden geregelt werden sollten. Der Standort Hanau hat keine Genehmigungsgrundlage, hat sie nie besessen, ist illegal. Die Staatsanwälte sind nicht umsonst dort tätig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich verspreche Ihnen, wir werden sehr sorgfältig darauf achten, ob die Staatsanwaltschaft auch weiterhin unvoreingenommen und ohne politischen Druck ihre Ermittlungen in dieser Frage fortsetzen kann oder nicht.

Man muß sich einmal vorstellen, was es heißen wird, wenn tatsächlich ein schlimmer Unfall in Hanau oder in Biblis stattfindet. Tschernobyl war 150 Kilometer von Kiew entfernt. Wir sind hier gut 30 Kilometer von Biblis entfernt. Hanau liegt am Rande der Einflugschneise des Rhein-Main-Flughafens, eines Weltflughafens. Plutonium ist, in der Größenordnung von millionstel Gramm inhaliert, krebserzeugend, in der Größenordnung von tausendstel Gramm tödlich für jedermann. Es ist ein Stoff, für den es außer militärischen Gründen keinen Sinn gibt. Wir GRÜNEN sehen gerade Tschernobyl als zwingende Mahnung an, alle Möglichkeiten zu nutzen, sofort aus der Atomenergie auszusteigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Atomkraftwerk Biblis, an dem Sie so selbstverständlich festhalten, gab es die Überprüfung durch die OSART-Kommission. Sie wissen doch selbst, daß diese Kommission keine Sicherheitsüberprüfung gemacht hat. Sie wissen auch, daß Biblis A, so wie es heute dasteht, nicht mehr genehmigungsfähig wäre, und zwar nicht deshalb, weil das Besucherzentrum baufällig geworden ist oder weil die Kaffeemaschine in der Kantine nicht mehr dem neuesten Standard entspricht. Biblis wäre heute nicht mehr genehmigungsfähig; diese Anlage würde heute wegen wesentlicher Auslegungsdefizite nicht mehr genehmigt. Dennoch darf sie weiter betrieben werden.

Der Bundeskanzler hat in einem Anfall von Klarsicht nach Tschernobyl darauf hingewiesen, daß der Reaktor, der in Tschernobyl steht, in der Bundesrepublik so niemals genehmigungsfähig gewesen wäre. Aber hier in der Bundesrepublik dürfen Atomanlagen betrieben werden, die nach dem immanenten Standard der Praxis des Vollzugs des Atomgesetzes und seiner Genehmigungen heute nicht mehr genehmigt würden. Hier gibt es Zonen unterschiedlicher Sicherheit, und eine der gefährlichsten davon befindet sich in Südhessen, in Biblis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern auch an diesem Punkt den sofortigen Ausstieg. Dieser Ausstieg ist machbar und finanzierbar. Herr Krollmann hat vollkommen recht damit, daß wir eine nationale Anstrengung brauchen. Wenn wir heute nicht in großem Stil in die wissenschaftliche Forschung für die Technologie regenerativer Energien einsteigen, dann werden sie uns morgen und übermorgen fehlen. Wenn ein Land wie die Volksrepublik China oder andere Schwellenländer in der Dritten Welt einen Energienutzungsgrad von nur einem Drittel dessen anstreben, was wir oder die USA haben, dann werden wir einen Kollaps des begrenzten Ökosystems Erde erleben, sofern wir dann nicht Techniken für regenerative Energien zur Verfügung haben.

Aber schauen wir uns die Realität an. Die Bundesregierung erklärt diese Bereitschaft in ihrem letzten Energiebericht nur abstrakt, doch im wesentlichen setzt sie weiter

voll auf Atomstrom. Sie setzt auf Energievergeudung, Strom im Wärmemarkt - ein klares Ja durch Ihren Parteifreund Bagemann, bei dem man allerdings nie so genau weiß, ob er es ernst meint oder nicht. Aber in diesem Fall kann man es auch gedruckt nachlesen.

Schauen wir uns den Haushalt Ihres Freundes Riesenhuber an: 1987, wenn ich mich richtig entsinne - ich nenne es aus dem Kopf -, 1,1 Milliarden DM für die Atomforschung und 220 Millionen DM für regenerative Energieträger. Für jeden, der von Forschungspolitik ein bißchen versteht, sind 220 Millionen DM ein Klacks. Wir hätten die Atomenergie niemals gehabt, wenn nicht die politische Entscheidung getroffen worden wäre, dort mit Milliarden und Abermilliarden einzusteigen.

In diesem Zusammenhang werden wir Sie auch nicht aus zwei zentralen Fragen der Landespolitik entlassen. Erstens: Was ist mit Borken? Atomkraftwerk, ja oder nein? Nicht drumherum reden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen Sie nicht mit dem Quatsch von dem weiteren Prüfungsbedarf. Die PREAG hat einen klaren Antrag gestellt, den Sie sicher zur Kenntnis nehmen werden. Das gilt für von Bennigsen-Foerder und für andere, auf deren Schoß Sie sich in Zukunft noch mehr tummeln dürfen.

(Weghorn (F.D.P.): Rabauke!)

- Herr Weghorn, wenn Sie mich einen Rabauken nennen, als was soll ich Sie dann bezeichnen?

(Beifall bei den GRÜNEN - Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Als Mamas gelungenstes Sozialisationsprodukt, oder wie? Ich will das jetzt nicht vertiefen, aber mit der Bezeichnung "Rabauke" wäre ich an Ihrer Stelle ganz vorsichtig.

Die PREAG also hat einen klaren Antrag zu Borken gestellt. Die alte Landesregierung hat ihn ebenso klar abgelehnt. Bleibt es bei dieser Ablehnung, ja oder nein? Das sind die Fragen, die wir von Ihnen beantwortet haben wollen, nicht allgemeine, erhebliche oder unerhebliche oder gar erhebende Äußerungen über die Technik im allgemeinen und im besonderen, im Wandel der Zeit und im Strom der Zeit. Gibt es in Borken ein Atomkraftwerk, ja oder nein? Stehen Sie zu der Ablehnung, ja oder nein?

Was ist mit dem Strahlenschutz? Wird es damit weiter auf der hessischen Linie vorangehen? Wenn Sie sich hier für die hessische Landwirtschaft stark machen, dann ist die Fortsetzung der Politik, die der Kollege Clauss vertreten hat - und dafür will ich ihm hier nochmals ausdrücklich danken -, die in der Bundesrepublik nach Tschernobyl einmalig war, notwendig. Wird sie fortgesetzt, ja oder nein? Wird es weiterhin Strahlenmessungen auf dem bisherigen Niveau geben? Werden sie gar ausgedehnt werden? Werden sie weiter veröffentlicht werden, oder wird dies jetzt alles über Bonn laufen und damit nicht mehr zur Veröffentlichung kommen? Das sind die konkreten Fragen, die uns interessieren.

Was wird mit dem Energiespargesetz? Sie sagen, Sie wollen es novellieren. Was heißt das? Herr Wilke, Ihre Parteifreunde in Baden-Württemberg haben es wortwörtlich abgeschrieben und im letzten Juni als eigenen Oppositionsantrag im Landtag eingebracht. Ich bin gespannt, wie sich die F.D.P. hier in Hessen als Regierungspartei verhalten wird.

Was wird mit den Förderungsmitteln? Wir haben mit diesem Energiespargesetz zum Beispiel in Offenbach, in Frankfurt und an vielen anderen Orten Projekte gefördert, Arbeitsplätze erhalten. Hessen ist das Bundesland, das in den Energie-Alternativen am weitesten vorangekommen ist. Darauf können Sie aufbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen versichern: Wenn Sie vernünftige Vorschläge machen, unbeschadet aller sonstigen Differenzen, werden Sie in allen Punkten, bei denen wir der Meinung sind, daß Sie etwas Gutes, Richtiges und Vernünftiges tun werden, unsere Unterstützung haben. Wo Sie das Falsche tun, werden Sie allerdings auf unsere harte Kritik stoßen.

(Schoppe (CDU): Arbeitsplätze für polnische Arbeiter!)

- Herr Schoppe, Sie kommen doch aus Offenbach-Stadt, sind also die zweitintelligenteste Sonderströmung der hessischen CDU. Die intelligenteste Sonderströmung der CDU ist ja der Abgeordnete Lortz, Offenbach-Land; das Prädikat wollen wir ihm nicht nehmen, auch in der neuen Legislaturperiode nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie kann man nur einen solchen Unfug reden? Die Förderung des Heizkraftwerks in Offenbach ist doch eine herausragende Leistung zur Erhaltung der Arbeitsplätze gewesen, und ich hoffe, Sie werden diese Politik weiterführen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Hoffentlich liest man in Offenbach Ihren Zwischenruf.

(Lachen bei der CDU)

Aber Sie werden sich da sicher noch kundig machen. Es ist wichtig, auch die allgemeinen Fragen der Umweltpolitik zu erörtern. Herr Wallmann, es sagt sich so schön: Konsens mit der Industrie. Sie mögen es mir abnehmen oder nicht, ich versuche, die Welt relativ vernünftig zu sehen, und denke mir, auch in den Etagen der großen Konzerne gibt es Menschen, die ein Interesse daran haben und haben müßten, langfristige Betriebsziele zu vertreten. In der Chemiep Politik heißt das für mich: Wenn ich Hessen als Chemiestandort erhalten will, dann muß ich heute eine Umweltvorsorgepolitik betreiben, die oftmals gegen die kurzfristigen Interessen eines Großkonzerns geht, den wir alle kennen.

Sie werden sich daran erinnern, und wir durften das in der Öffentlichkeit nachvollziehen, welche Erfahrung Sie mit BASF machen mußten. Erst setzten Sie doch nach Sandoz völlig auf die freiwillige Selbstkontrolle der Großchemie. Die Konferenz, in der Sie dies noch propagiert haben, haben wir ja gemeinsam erlebt. Schnelle Gespräche damals mit dem VCI, ein Besuch bei Hoechst nebst Schauspritzen: "Hoechst hat alles im Griff, so etwas kann nicht vorkommen".

(Boppel (GRÜNE): Hoechst hat Wallmann im Griff!)

Und dann ging es Schlag auf Schlag. Ihr Sachwalter Kanther hat hier im Landtag immer ganz andere Reden gehalten. Er hat hier wie ein schierer Industrieanwalt gesprochen.

Ich glaube nicht, daß man dies als Konservativer, als CDU-Politiker tun muß, ja, ich finde das sehr unklug. Es

gibt andere CDU-Politiker in anderen Bundesländern, die das anders handhaben. Die Erfahrung, die Sie selbst mit der deutschen Chemieindustrie gemacht haben, war doch, daß sich ohne Zwang tatsächlich nichts ausreichend oder nur wenig bewegt hat. Daher ist die These vom Konsens mit der Industrie, wenn sie ernstgemeint ist, eine These, die Sie in eine schlimme umweltpolitische Sackgasse führen wird. Dem Nachfolger im Amt des Umweltministers, Herrn Weimar, kann man wirklich nur viel Glück oder sogar noch stärker Gottes Segen wünschen, wenn er diese Politik des Konsenses mit der Industrie umsetzen soll. Da sind wir sehr gespannt.

Ich weise in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß wir in Hessen eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen vorgeschlagen haben. Die Vorschläge liegen dem Bundesrat vor. Was Sie hier als Stand der neuen Politik der Landesregierung ausgegeben haben - eine unabhängige Überwachung der Chemieindustrie -, haben wir mit den Kräften, die wir vorgefunden haben, zu realisieren versucht. Wir haben eine viermal durchzuführende Direkteinleiterkontrolle vorgefunden und haben sie unter Aufbietung aller Kräfte und unter Hintanstellung anderer langfristiger Programme auf zwölfmal verstärkt. Die Selbstkontrolle findet selbstverständlich statt und ist auch gesetzlich geregelt. Das ist also alles nichts Neues.

Zum Abfall: Es ist schon erstaunlich, Herr Wallmann, daß Sie hier an einem Punkt, wo Sie Ihren aufklärerischen Anspruch, wo Sie Ihren hohen Anspruch an die Kunst als Selbsterkenntnis, als Selbstfindung der Menschen in der Kunst und in der Wissenschaft konkret realisieren können, in einem solch tristen Bereich wie dem Abfall gar, es wirklich nur beim rhetorischen, bombastischen Kulturschwulst belassen. Ich spreche von der Grube Messel. Die Grube Messel wurde hier im Hause im Einvernehmen ohne die GRÜNEN in grauer Vorzeit, in den siebziger Jahren, als Mülloch ausgeguckt. Ich finde es, obwohl mir die Probleme und die Sachzwänge bekannt sind, die die Müllbeseitigung in Südhessen mit sich bringen, trotzdem grotesk, ja, ich finde es gar widersinnig, daß eine der entscheidenden paläontologischen Fundstätten, von der die Paläontologen, nicht die GRÜNEN, gesagt haben, es sei das Pompeji der Paläontologen, von einer auf Fortschritt und Kultur pochenden Mehrheit mit Müll verfüllt werden soll. Ich finde dieses nachgerade grotesk.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir bieten Ihnen an, daß wir ökologisch begründete Standortentscheidungen mittragen werden, wenn sie bei einem Verzicht auf Messel notwendig sind. Wir machen hier keine Sankt-Florians-Politik. Messel ist eben eine einmalige Fundstätte. Ich selbst - wie wir wohl alle hier - verstehe von Ausgrabungen nichts. Aber die Experten, die davon etwas verstehen, sind keine GRÜNEN. Die stehen wahrscheinlich eher Ihrem politischen Lager nahe. Es darf doch nicht wahr sein, daß wir an einer politischen Fehlentscheidung aus den siebziger Jahren und den Zwängen, die sich im Müllbereich für diese Region ergeben, festhalten und einen Akt kultureller Barbarei begehen. Wir GRÜNEN sind dagegen, Messel mit Müll zu verfüllen. Messel muß als nationales, ja, als internationales Kulturdenkmal für die Paläontologie erhalten bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An diesem Punkt können Sie einmal Entscheidungskraft zeigen. Sie haben gesagt, Sie wollten nicht mit dem populistischen, mit dem populären Strom schwimmen. Da bietet es sich an, aus guten Gründen gegen die

populäre Stimmung - "nun füllen wir den Müll da hinein, dann sind wir die Probleme los" - anzugehen und - weiß Gott, ich kenne die Probleme, und Sie werden sie kennenlernen - eine unpopuläre, aber eine perspektivische Entscheidung zu treffen. Hier hätten Sie die Möglichkeit, wirklich einmal mit einer politischen Entscheidung Augenmaß und auch Zukunftsorientierung zu zeigen. Wir GRÜNEN sind gespannt, wie Sie sich da verhalten werden.

Nächster Punkt: Giftmüll, Mülltourismus. Sie tun ja gerade so, als hätten Sie als Bundesumweltminister mit dem Mülltourismus nichts zu tun gehabt.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Sie tun so, als wüßten Sie nicht, daß zum Beispiel der Export nach Schönberg von Ihrem Hause wissenschaftlich begründet zugelassen wurde, daß Sie sich nicht dagegen ausgesprochen haben.

(Boppel (GRÜNE): Der war doch der größte Exporteur!)

Ich bin gegen Mülltourismus. Aber als ich hier angetreten bin, habe ich eine Situation vorgefunden, in der nach Frankreich exportiert wurde, in der Limburg-Offheim aus zwingenden ökologischen Gründen geschlossen werden mußte und keine andere Deponie vorhanden war. Zu Mainhausen komme ich gleich.

(Weghorn (F.D.P.): Das sind doch die Früchte grüner Politik, die Sie beklagen! - Boppel (GRÜNE): Unsinn! Die Früchte der Hoechst AG!)

- Ich beklage überhaupt nichts, sondern ich skizziere eine Situation in einer ernsthaften, sachorientierten Auseinandersetzung.

(Weghorn (F.D.P.): Der Staatsmann Fischer! Der Staatsdenker!)

- Das hat mit Staatsmann nichts zu tun. Hören Sie doch einmal! Das Problem Mainhausen, diese Grube und der Giftmüll werden uns und Sie noch lange beschäftigen. Ich rate Ihnen, an diesem Punkt das von mir einmal erwähnte Zitat des kommenden Bundesumweltministers Töpfer zu beherzigen, daß, wenn Sie in dieser Frage in den Parteihack hineingeraten, diejenigen, die die Entscheidungen zu treffen haben, vermutlich sehr alt aussehen werden. Aber das können Sie jetzt meinetwegen wieder als "Staatsmanngeflüster" abtun. Machen Sie damit, was Sie wollen.

(Welteke (SPD): Das muß man nicht so eng sehen!)

Giftmüll, Mülltourismus: 1,5 Millionen Tonnen werden bundesweit exportiert. Baden-Württemberg exportiert alles - ein CDU-Land, angeblich fortschrittlich, gilt gar als ökologisches Musterländle, dem es nachzueifern gelte. Herr Wilke träumt wahrscheinlich bereits davon, daß in Diemelstadt ein nordhessisches Silicon-Valley entsteht.

(Boppel (GRÜNE): Tag und Nacht!)

Baden-Württemberg exportiert alles, exportiert den Giftmüll teilweise sogar nach Hessen, Filterstäube nach Herfa-Neurode, exportiert Hausmüll, exportiert Klärschlämme. Vorbildlich!

CDU-Landkreise: Der kommende Kultusminister Christian Wagner war ja für Marburg-Biedenkopf zuständig. Was hat er dort der rot-grünen Koalition hinterlassen? - Eine Umladestation und auslaufende Verträge für den Müllexport in den Nachbarkreis.

Wetteraukreis: Was wurde dort von der CDU hinterlassen? - Skandale bis hin zu gerichtsfesten Verurteilungen, und im Wetteraukreis gibt es ebenfalls keine geregelte Müllentsorgung.

Das sind die christlichen Realitäten. Ich bedaure, daß der Kollege Wilke jetzt nicht da ist. Aber dafür ist Herr Schmidt da. "Sie sind der größte Müllexporteur, den diese Republik je gesehen hat!", haben Sie mir entgegengerufen. Jetzt geht dieser Ehrentitel ohne jeden Zweifel an jemand anderen über. Aber Ihre Forderung, sofort den Schönberg-Export einzustellen, können Sie jetzt realisieren. Ich habe die Presseerklärung der F.D.P. noch. Machen Sie das also jetzt!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Machen Sie das sofort, stellen Sie sofort die Schönberg-Exporte ein! Dann werden Sie sehen, daß der Vorstand von Hoechst plötzlich furchtbar radikalisiert werden wird, wenn Sie das tun.

(Schmidt (F.D.P.): Das waren doch Ihre Freunde, die Ihnen das verboten haben!)

- Ach, woher, "Ihre Freunde"! Da gab es eine Klage der Stadt Lübeck. Ich war noch nie im dortigen Magistrat, habe dort noch mit niemandem Brüderschaft getrunken. Diese Klage war in der ersten Instanz in Darmstadt erfolgreich. Daraufhin haben Sie gesagt: "Sofortige Einstellung des Schönberg-Exports!" Jetzt machen Sie es! Das ist unsere Forderung.

(Boppel (GRÜNE): Morgen früh um 8.00 Uhr wird die Grenze dicht gemacht, Herr Schmidt!)

Wenn Sie so dick die Backen aufblasen wie ein Goldhamster vor dem Winterschlaf, wollen wir doch einmal sehen, ob Sie am Ende nicht hier als ausgehungertes Mäuschen in der Giftmüllpolitik auftreten.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nächster Punkt - auch hier droht wieder eine interessante Entwicklung - : Filterstäube. Herr Wallmann, Sie werden sich noch an Ihre Situation als mein Oberbürgermeister, als Oberbürgermeister aller Frankfurterinnen und Frankfurter, erinnern. Nebenbei: Was Herr Wilke vorhin über Frankfurt gesagt hat, muß ich hier in aller Form zurückweisen - ich hoffe, auch in Ihrem Namen.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Damals wollten Sie doch die Filterstäube wieder zu Giftmüll der Kategorie I machen und nach Buchschlag bringen, wenn ich richtig orientiert bin.

(Weghorn (F.D.P.): Nicht die Kategorie, sondern das, was drin ist!)

- Das können Sie jetzt machen. So ist es. Es kommt immer darauf an, was drin ist und was am Ende hinten herauskommt. Auch darauf kommt es an. - Gerade die Frankfurter Filterstäube haben einen hohen Chloridanteil, sind hoch mobilisierbar im Moment des Wasserkontakts. Da es sich um Rauchgasreinigungsrückstände handelt, sind sie gleichzeitig stark schwermetallbelastet. So etwas wollen Sie entgegen der Diskussion bei der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall zur Kategorie I machen, damit Sie dies nach Buchschlag bringen können?

(Welteke (SPD): Auf Bundeswehrgelände!)

Das dürfen Sie jetzt machen. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg. Mal sehen, ob Sie jetzt den Mut dazu haben.

(Boppel (GRÜNE): Das wird in Güterwagen gesteckt und auf Bundeswehrgelände verfrachtet!)

Ich hielte dies für eine ökologisch unverantwortliche Entscheidung. Auch hier werden wir gespannt sein, wie Sie sich verhalten werden.

Nächster Punkt: Biebesheim. Da sitzt er ja, der Herr mit dem Ofen, nicht wahr, Herr Sturmowski!

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Wie schön! Ich habe mit dem Punkt gewartet, bis Sie Platz genommen haben.

(Boppel (GRÜNE): Der heilige Georg!)

Wir dürfen auch da gespannt sein, wie der Weimarsche Schleiertanz vom letzten Sommer um diesen Ofen herum denn nun ausgehen wird.

(Sturmowski (CDU): Herr Fischer war als Meßdiener dabei! - Beifall bei der CDU - Lachen bei den GRÜNEN)

- Herr Vizepräsident, aus diesem Alter bin ich heraus. Aber bei Ihnen würde ich gern noch einmal Ministrant sein. Ohne jeden Zweifel! Aber nur nach dem lateinischen Ritus.

(Weiß (CDU): In dem Punkt sind Sie sehr schwach!  
- Sturmowski (CDU): Der Ofen wird uns noch lange beschäftigen!)

- Der Ofen wird Sie noch lange beschäftigen. Aber wir sind gespannt, was die Koalition dazu sagt. Wir brauchen mehr Verbrennungskapazität. Wir haben unser Konzept - Zentrum für industrielle Abfallwirtschaft in Borken - vorgelegt. Wir wollten dieses weiterentwickeln. Unsere These war nie, daß wir uns dem Sankt-Florians-Prinzip beugen. Aber wir vermochten nicht zu verstehen, warum Biebesheim allein die Last zu tragen hat, da sie dort diese Last schon so viele Jahre getragen haben. Das ist für mich immer noch ein politisch zwingendes Argument.

(Sturmowski (CDU): Sie wollten es aber!)

- Nein! Wir haben ein klares Nein gesagt.

(Sturmowski (CDU): Doch, Herr Fischer!)

Wir haben öffentlich ein klares Nein gesagt und wurden dafür hier gezeißelt und kritisiert. Selbst Herr Welteke hat dieses noch im Wahlkampf als meine größte Fehlentscheidung getadelt. Wir haben unsere Alternativen dazu vorgelegt.

(Sturmowski (CDU): Sie haben sich nur nicht getraut!)

- Ach, Herr Sturmowski. Das ist doch nicht eine Frage des Trauens!

(Zurufe der Abg. Weiß (CDU) und Sturmowski (CDU))

Überhaupt nicht! Wir haben doch mit Borken einen klaren Alternativvorschlag gemacht. Das ist doch nicht eine Frage des Trauens, sondern es geht darum, daß wir in der Giftmüllpolitik weiterkommen. Wenn Sie nur so weitermachen wie bisher - und auch da sind wir gespannt -, wenn Sie nicht zu Vermeidungsschritten kommen, wenn Sie nicht endlich diese bedrohliche Lawine der alltäglichen Vergiftung abschmelzen, werden wir allein über die Beseitigung dieses Problem nicht lösen. Darin sehe ich meine große Hauptsorge, was die Sicherung des Chemiestandorts Hessen anbetrifft: Wenn die Chemie weiter

so verfahren darf und kann - und wenn der Bund das wie bisher zuläßt -, werden wir in den neunziger Jahren dasselbe erleben wie bei den Stahlstandorten. Dann wird die Umwelt kaputt sein, und die Arbeitsplätze werden auch weg sein.

Gerade weil wir dies nicht wollen, plädieren wir in dieser zentralen Frage der Giftmüllpolitik für einen vorausschauenden, vorsorgenden Ansatz. Was da als Mülluniversität in Borken von Ihnen denunziert wurde, sollten Sie sich noch einmal konkret überlegen. Denn es gibt in Hessen bisher kein organisiertes wissenschaftlich-ingenieurmäßiges Zentrum, wo all das Know-how zusammengefügt wird, wo die Anwendung der Technik überprüft wird, wo gerade für die kleinen und mittleren Betriebe, die damit große Probleme haben, Vorschläge gemacht werden und wo die Umweltverwaltung in Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren instand gesetzt wird, wirklich Vorschläge, die dann auch gegenüber der Großchemie greifen, zu machen, und nicht immer nur Brosamen von deren Wissenstisch zu knabbern.

Wir werden gespannt sein, wie Sie sich in dieser Frage verhalten. Aber am allerspannendsten sind wir in der Frage Mainhausen. Wie gesagt: In obelixhafter Bescheidenheit haben Sie, Herr Wilke, schon sehr darum herumgeredet. Ich erinnere mich noch hier, wie der formidable General und kommende Finanzminister Kanther von dem "Haar in der Suppe" gesprochen hat. Aber jetzt plötzlich sehen Sie Gerichtsentscheide auf sich zukommen, übrigens bei Messel auch. Ich warne Sie davor, diese Ebene, bezogen auf Messel, zu unterschätzen. Bei Mainhausen ist unsere Position klipp und klar gewesen, und daran halten wir fest: Grundwassergefährdung muß ausgeschlossen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kontrollierbarkeit, Rückholbarkeit sind die Standards, auf die wir setzen müssen. Sie werden Planungen vorfinden für eine Bauwerkdeponie in der Grube. Ob sie sich so realisieren läßt, ob sie sich so finanzieren läßt, weiß ich nicht. Daß wir hier in Hessen eine obertägige Deponie für schwach- und mittelgiftige Abfälle brauchen, bestreite ich nicht. Ich werde auch als Oppositionsabgeordneter hier nichts anderes erzählen als vorher als Umweltminister. Aber wir müssen diese zu Bedingungen schaffen, die Abschied nehmen von dieser antiquierten Philosophie des Vergrabens und Vergessens. Das wird, im Ernst gesagt, dann keine Deponie mehr werden, sondern das wird ein langfristiges Zwischenlager. Das wird sehr teuer werden. Aber die ganze Entwicklung, die technische, die abfallwirtschaftliche Entwicklung, läuft in diese Richtung. Wir sind sehr gespannt, wie sich die neue Landesregierung hier verhalten wird. Wir werden sie zu gegebener Zeit dazu befragen.

Daß Sie die Müllverbrennungsanlage Osthafen in Frankfurt bauen wollen, ist uns klar. Daß Sie dieses nach dem neuen Bundesabfallgesetz auch tun können, wo die thermische Verwertung gleichrangig ist, ist von uns nie bestritten worden. Ich warne nur: In der Größendimension, wie Sie es machen, wird das der Todesstoß für die Getrenntsammlung im Frankfurter Gebiet werden. Denn dort steht dann eine kommunalpolitische Investitionsruine, wenn die Getrenntsammlung greift. In der geplanten Größendimension muß der Durchsatz an Müll gebracht werden, damit sich die Anlage rentiert. Der Umlandverband wird ansonsten mächtig in die Tasche zu greifen haben. Aber diese Auseinandersetzung werden wir hier im Parlament und vor allen Dingen noch in Frankfurt, im

Umlandverband und draußen miteinander führen. Wir GRÜNEN sind entschiedene Gegner davon. Wir wollen nämlich ein Festhalten an den Zielen des Hessischen Abfallgesetzes, das fortschrittlich und einmalig in seiner Art war. Der Novellierungsentwurf lag fertig vor. Wir werden ihn als Oppositionsentwurf unverzüglich auf den Tisch des Hauses legen.

Ebenso enthält der Entwurf ein Altlastenfinanzierungsgesetz. Auch dies bekommen Sie hier vorgelegt. Ich befürchte bei den Altlasten, daß das Töpfer-Modell übernommen wird. Das ist nun wahrhaft "liberal" in dem Sinne, daß hoheitliche Rechte an die Industrie abgetreten werden und daß Lasten, die die Industrie zu übernehmen hat, nach Verhandlungen zu Teilen oder sogar zu wesentlichen Teilen vom Staat mit übernommen werden. So etwas wird dann noch als Erfolg verkauft.

(Troeltsch (CDU): Was haben Sie dagegen?)

- Hören Sie einmal: Wieso soll der Staat dem Verursacher das Geld bezahlen? Das müssen Sie mir einmal erklären. Das habe ich dagegen! Ich bin für Verursacherhaftung in all diesen Fragen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CDU)

- Herr Jung, seien Sie doch nicht so ungeduldig. Sie sind zwar ein Heißsporn, zudem unbefriedigt durch die Regierungsbildung. Aber wir kommen noch zur Volkszählung. Dann können Sie noch loslegen.

(Zuruf von der CDU: Primitiv!)

- Der Primitive steckt irgendwo in uns allen.

(Weiß (CDU): Aber bei Ihnen sehr ausgeprägt!)

- Aber, Herr Weiß! - Kommen wir jetzt einmal zur Frage des Naturschutzes. Herr Wallmann, ich möchte Sie darauf hinweisen: Wir haben die Frage des Naturschutzes nie ideologisiert. Wenn Sie mit den Verbänden reden, wird Ihnen gesagt werden - es gab eine sehr interessante Tagung, die genau die Biotopvernetzung und Biotoperhaltung hier in Hessen zum Gegenstand hatte -, daß der Naturschutz hier in Hessen sein letztes Rückzugsgefecht liefert, daß die vorläufige Sicherstellung der letzten 200 Biotope, die gewiß konfliktbeladen ist, gewissermaßen der letzte Rest des Erhaltenswerten darstellt. Das ist nichts, was sich die GRÜNEN ausgedacht haben. Das haben wir vom Vorgänger übernommen. Darauf wurden wir durch die Verbände hingewiesen. Ich möchte Sie hier mit allem Nachdruck dazu auffordern, selbst wenn das zu Konflikten führt, teilweise mit Ihrer eigenen Klientel oder mit Interessen vor Ort, die bei Ihrer Partei oder bei Ihrem Koalitionspartner zu Hause sind, diese Sicherstellungen weiter zu betreiben. Ansonsten werden wir feststellen, daß von diesen letzten Biotopen, die nach Aussage der Fachleute erhaltenswert sind, innerhalb weniger Jahre nichts mehr übrig sein wird.

Das alles gehört zum Umweltbereich. Aber ich glaube, der entscheidende Bereich jetzt unmittelbar an der Wende der Machtpolitik liegt für Sie woanders. Das werden Sie uns ja bereits in den nächsten Wochen vorführen: Im Schnellgang soll hier die Schulpolitik korrigiert werden, eine Schulpolitik, wo so mancher Kreuzfahrer jetzt endlich am Ziel angekommen ist, seit Jahren oder sogar Jahrzehnten heftig bekämpft. Mit Aufklärung hat diese Position der Herren Kanther und anderer wahrhaftig nichts zu tun. Es ist eher der Geist der Gegenaufklärung, der aus deren Worten immer gesprochen hat. Das ist eine Herzensangelegenheit von bestimmten Scharfmachern seit Jahren gewesen. Herr Krollmann hat doch zu Recht

darauf hingewiesen: vier oder sechs Jahre beschneiden die Entscheidungsfreiheit mitnichten. Wenn Sie hier sagen, Ruhe und Verlässlichkeit sollten wieder einkehren, dann werden Sie doch mit dem Gesetzentwurf, der jetzt im Schnellgang hier durchgepeitscht werden soll, wirklich zum Unruhestifter par excellence in der Schulpolitik werden.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wo bleiben denn die vollmundig angekündigten Lehrerstellen?

(Boppel (GRÜNE): Polizei!)

Was haben wir da alles gehört! Der GEW wurde vor der Wahl das Maul wäbrig gemacht. Sie hat es Ihnen eh nicht geglaubt. Aber was haben Sie getönt, meine Damen und Herren, was Sie da nicht alles tun wollen. Heute hört man kein Wort mehr davon.

Das Kindertagesstättengesetz werden wir Ihnen vorlegen. Wir sind gespannt, ob Sie eine kinderfreundliche und elternfreundliche Entscheidung treffen,

(Boppel (GRÜNE): Er hat es doch versprochen!)

und ob Sie im Schwitzkasten der knappen Mehrheit, unter der Knute des kleinen liberalen Koalitionspartners tatsächlich die Kraft finden, das Gesetz zu verabschieden und vor allem zu finanzieren.

(Welteke (SPD): Das ist in allen Kommunalparlamenten von der CDU beschlossen! Herr Kanther, das wird ein Selbstschuß, ein richtiger Blattschuß!)

Bitte schön, das war der Vorschlag und der Antrag der CDU, und da werden Sie beim Wort genommen werden.

Herr Dr. Jung, nun hören Sie einmal zu! Ich komme nun zu Ihrem Spezialbereich, nicht der Neuen Heimat, sondern dem Rest der Innenpolitik. Statt dessen erleben wir, daß die Angst der Bürger vor dem Verbrechen staatspolitisch wieder gewaltig aufgemotzt wird, als wenn der Abgeordnete Otto - er ist nicht mehr unter uns -

(Schmidt (Kassel) (F.D.P.): Er ist noch unter uns!)

nach all den segensreichen Jahren seiner Besichtigungen im Frankfurter Bahnhofsviertel und seiner Darstellungen davon hier in diesem Hohen Haus, die ich immer genossen habe, den Geist der Koalitionsvereinbarung bis ins letzte I-Tüpfelchen geschrieben hätte.

Als erstes wird die Stellenbesetzungssperre bei der Polizei aufgehoben. Da sehe ich schon auf der Kantherschen Stirn die militanten Gelüste, wenn es wieder Zoff an der Startbahn gibt: Denen wollen wir mal zeigen, was ihnen eine ordentliche Polizei, von Konservativen geführt, beibringt! - Ich fürchte nur, daß Sie maßlos werden.

(Boppel (GRÜNE): Kanther hätte Innenminister werden sollen!)

Ich fürchte, daß wir Zustände wie in Wackersdorf bekommen. Ich fürchte, daß eine solche unselige obrigkeitsstaatliche, autoritäre Ideologie letztendlich auf dem Rücken von Polizeibeamten und Demonstranten ausgegossen wird. Das will ich nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Dazu sage ich Ihnen ganz ehrlich: Unsere Vorstellung von Demokratie ist eine andere.

(Greiff (CDU): Das wissen wir! - Weiß (CDU): Leider wahr!)

- Jetzt wollte ich Ihnen einmal Anlaß geben, hinterher Zwischenrufe zu machen, aber Sie fangen bereits vorher an zu brüllen. Das ist fast schon Pawlow-artig.

(Weiß (CDU): Ein gewaltfreier Zwischenruf!)

Sie haben gestern eine Lehrstunde in Demokratie hier abgehalten, Herr Wallmann. Ich hatte den Vorzug, streng christlich-liberal in Baden-Württemberg erzogen worden zu sein. Gemeinschaftskundeunterricht gab es da, und all die neumodischen Begebenheiten der Konfliktpädagogik gab es damals dort noch nicht. Das Ergebnis ist hier zu betrachten.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN - Clauss (SPD): Hier sitzt noch einer!)

Was Sie gestern in Ihrem Gemeinschaftskundeunterricht dargestellt haben - Demokratie ist Wechsel der Mehrheiten im rechtsstaatlichen Verfahren -, ist ja alles richtig. Das ist der förmliche Teil. Aber der Vorzug von Demokratie ist, daß Unruhe stattfinden kann, daß sich Unbequemes Ausdruck verschafft. Dies paßt nicht immer Mehrheiten, dies paßt auch nicht immer GRÜNEN, aber das ist ein elementarer Vorzug von Demokratie. Demokratie ist entstanden aus Aufbegehren, in der französischen Revolution sogar aus dem Königsmord, was die alte Demokratie in Frankreich jedes Jahr als ein Ritual zur Selbstvergewisserung feiert.

(Kanter (CDU): Aber nicht den Königsmord!)

- Die Revolution, und dazu gehört der, mein lieber Herr Kanther.

(Sturmowski (CDU): Wen haben Sie jetzt ausersehen?)

- Ich habe niemanden ausersehen. Wir GRÜNEN sind gewaltfrei, wir hätten mit dem so lange diskutiert, bis er sich uns angeschlossen hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN - Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber Demokratie konstituiert sich von unten. Diese Angst vor der Straße, die Sie immer haben, dieses Mehr an Polizei, dieses Davonlaufen vor unbequemen Minderheiten, die bisweilen auch gewaltsam sind - ich bin ein entschiedener Gegner davon, nicht nur aus Überzeugung, sondern auch aus gewonnener Erfahrung; hören Sie sich das einmal an - -

(Zuruf von der CDU: Ihre Regierungsmethode war doch die Ablenkung von Mißerfolgen!)

- Hören Sie mit der Ablenkung von Mißerfolgen auf! Ich versuche Ihnen meine Demokratieposition zu erläutern und habe versucht, auch Herrn Wallmanns Demokratieposition zu verstehen. Jetzt versuche ich, diese Differenz klar herauszuarbeiten. Hinterher reden wir wieder über die Mißerfolge von gestern und die von morgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich halte nichts von innerstaatlicher Gewalt und zwischenstaatlicher Gewalt. Aber Demokratie hat immer dieses Element von Unruhe, diesen letzten nicht auflösbaren Rest, wo es kein Vertragen gibt. Da muß es Konsensmöglichkeiten, auch letzte Konsensmöglichkeiten geben. Nur mit dem Setzen auf Polizei, auf mehr autoritären Staat werden Sie die Startbahnproblematik

nicht wegbekommen, damit werden Sie auch den Protest auf der Straße nicht wegbekommen.

(Sturmowski (CDU): Das sind doch Pappkameraden! - Weghorn (F.D.P.): Aber vielleicht die Einbruchskriminalität!)

Ich sehe eher, daß es eine schlimme Konfrontation geben wird, die ich nicht will.

Wir GRÜNEN haben viel Prügel dafür bekommen, daß wir weiter mit Autonomien diskutieren, daß wir sie nicht wegdrücken und ausgrenzen, sondern an ihnen festhalten wollen, auch wenn wir eine Politik der Gewalt falsch finden. Ich habe im Jahre 1977 erlebt, wie andere mit Schaum vor dem Mund im Bundestag zur Terroristenhatz aufgerufen und dabei ganz andere gemeint haben. Ich habe die damalige Debatte sehr gut nachgelesen. Wie wichtig war es, daß es damals einen Pfarrer Albertz und einen Heinrich Böll gab!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Diese Funktion hat meine Partei geerbt, und alle Diffamierungen an diesem Punkt werden uns - -

(Weghorn (F.D.P.): Diese Rolle nimmt jetzt Herr Ebermann wahr!)

- Dazu kann ich nur sagen: In puncto Rechtsstaatlichkeit hat Herr Ebermann gegenüber Herrn Lambsdorff ein dickes Plus.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Zuruf des Abg. Weghorn (F.D.P.))

- Sie lernen es noch.

Der nächste Punkt, der mir sehr am Herzen liegt: Herr Wallmann, Appelle an die Mächtigen sind sonst nicht meine Art. Ich habe das zu diesem Thema schon einmal im Bundestag gemacht, ich will es auch hier noch einmal versuchen.

Die Ausländerpolitik in Hessen ist eine Politik für eine Minderheit, die in einer Demokratie unten durchfällt. Demokratie hat den Vorzug, daß sich Gruppen und Kräfte organisieren können und damit Druck auf Mehrheitsentscheidungen ausüben. In Frankfurt gibt es beispielsweise ein Drittel der Bevölkerung, das dieses Recht nicht hat, das spezifische Schulprobleme, Wohnungsprobleme, ganz besondere Probleme hat.

Wenn Sie hier die Flüchtlingsfrage so hochhängen, sage ich Ihnen: Ich selber bin ein Kind von Flüchtlingen. Ich bin im tiefsten Schwaben großgeworden; in den vier Wänden aber lebte Ungarn weiter. Der deutsche Dialekt, der draußen und auch in der Schule gesprochen wurde, war das breiteste Schwäbisch, zu Hause ein anderer; zwei Küchen, unterschiedliche Kulturen und Traditionen. Ich kann etwa nachvollziehen, was eine zweite Generation erlebt, auch an Heimatlosigkeit und Bindungslosigkeit: Die Verwandtschaft war nicht da, alle anderen hatten sie, auch Großeltern gab es nicht, alles weit weg.

Aus dieser eigenen Erfahrung heraus appelliere ich an Sie: Wenn Sie es mit Ihrer Familienpolitik, wo ich Ihnen in vielem widerspreche, wirklich ernst meinen, so schließen Sie den Schutz der ausländischen Familien unbedingt mit ein!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Begreifen Sie doch: Hier liegt eine große Chance für Verständigung, für die Verbindung von Kulturen, für das Überwinden von Vorurteilen und Aggressionen, indem man sich auch zu Vorurteilen bekennt. Ich habe sie auch,

jeder hat sie. Aber begreifen Sie doch, daß es junge Türken in der zweiten und dritten Generation gibt, die hier mit den gleichen Problemen wie deutsche Jugendliche zu kämpfen haben. Und wenn sie ein krummes Ding drehen, sind sie draußen. Das darf doch nicht wahr sein!

Wir übernehmen mit der Zeit bestimmte Verpflichtungen. Die Leute sind doch nicht freiwillig gekommen, wir haben sie ins Land geholt. Seit 20, 25 Jahren leben und arbeiten sie hier, tragen zum Reichtum dieses Landes bei, bezahlen Steuern und Sozialabgaben. Jetzt wollen wir sie aus der Solidarität entlassen. Das finde ich schlimm. Die hessische Ausländerpolitik hat versucht, diese historische Verpflichtung gegenüber diesen Menschen aufrechtzuerhalten. Ich appelliere daher an Sie, in der Ausländerpolitik keine Änderungen herbeizuführen.

(Kappel (F.D.P.): Pappkameraden!)

- Das sind keine Pappkameraden, sondern meine Befürchtungen. Hier würde ich mich wirklich freuen, wenn ich durch Sie positiv überrascht werden würde. Dann werde ich es Ihnen auch öffentlich sagen und kein Hehl daraus machen.

(Welteke (SPD): Sozialhilfeempfänger wollen die ausweisen!)

Ich fürchte aber, daß dies kein Pappkamerad ist, wenn ich mir nur anschau, was zum Beispiel am Asylrecht herumzudoktern versucht wurde. Leute, da müßt Ihr Euch einmal überlegen, was dieses Asylrecht für die historische Legitimation der Bundesrepublik als Individualrecht im Grundgesetz bedeutet!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist nachgerade eine der entscheidenden Säulen des Grundgesetzes, das macht diese Verfassung fast einmalig.

(Dr. Gerhardt (F.D.P.): Wer will es denn abschaffen?)

- Ich erzähle Ihnen das, denn ich will Sie in Ihrer Überzeugung bestärken. Wenn Sie mit mir einer Meinung sind, wünsche ich Ihnen weiterhin große Verteidigungserfolge. Ich versuche auch den Ministerpräsidenten davon zu überzeugen, daß er sich nicht der Politik der Bundesregierung anschließt, daß nicht Zimmermann die Vorgaben für Hessen macht, sondern daß Hessen an der liberalen Ausländer- und Asylrechtspolitik der Vergangenheit festhält.

Deswegen erzähle ich Ihnen dieses, weil es mir am Herzen liegt, weil es hier um Menschen geht, die selbst keine politische Stimme haben, die kein politisches Gewicht haben. Das Asylrecht ist eine der entscheidenden Säulen des Grundgesetzes, ein Individualrecht. Es ist ein Vermächtnis derer, die dem Nationalsozialismus entkommen sind, Herr Gerhardt. Wenn heute gesagt wird: Zweitfluchtgründe gelten nicht mehr - - Eine jüdische Familie, die in Frankreich war, wo die Frau oder der Mann auf Grund politischer Überlegungen die Einsicht hatten, es könnte notwendig sein, nach England, in die USA oder nach Südamerika zu gehen, um den Hitlerarmeen zu entkommen, 1938 etwa, hätte Zweitfluchtgründe angeben müssen. Das darf man nie vergessen.

So gibt es eine ganze Reihe von Fragen, bei denen ich mich freuen würde, wenn hier wirklich ein nationaler Konsens bestünde, nämlich daß wir hier eine weitgehend liberale Handhabung haben wollen. Wir haben aber in

der Vergangenheit erlebt, daß hier mit Schlimmem Stimmung gemacht wurde. Ich würde mich freuen, wenn die neue Hessische Landesregierung die Kraft dazu hätte, hier wirklich gegen die populistische Strömung von rechts zu stehen und an der bisherigen Praxis in Hessen nichts zu ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das Thema Frauen ist sehr dürftig ausgefallen. Da wurde von Gleichstellung geredet. Was man dann nachlesen konnte, war die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Ansonsten hat man über Abtreibung gesprochen, daß man mit der Stiftung "Mutter und Kind" schwangere Mütter dazu bringen wolle, nicht abzutreiben. Ich gebe Ihnen - ich glaube, da wird kein GRÜNER und keine GRÜNE widersprechen - das Erschrecken über die Abtreibungszahlen zu. Nur, Sie werden mit § 218 daran überhaupt nichts ändern.

(Kanter (CDU): Deshalb haben wir ihn auch nicht erwähnt!)

Dieser Paragraph existiert, wird aber nicht mehr angewandt. Seit seiner Reform gibt es kein einziges Gerichtsverfahren mehr. Mir ist andererseits auch keine Spätabtreibung, die ich als Tötungsdelikt bezeichne, bekannt. Dieser Paragraph existiert nur noch als Symbol, um das schlechte Gewissen zu beruhigen, um eine letzte Strafsanktion gegen Frauen, die in Not sind, aufrechtzuerhalten. Dagegen sind wir GRÜNE.

Wir wollen, daß wir in einer kinderfreundlichen Gesellschaft leben. Aber ich will Ihnen einmal etwas sagen. Ich habe zwei Kinder in Frankfurt. Bis heute gibt es keine verkehrsberuhigten Zonen. Die größte Angst, die ich als Vater habe, ist die vor dem Straßenverkehr. Wenn man sich die Unfallstatistiken anschaut, hat man diese Angst zu Recht. Es wäre ein Weniges, was da auf kommunaler Ebene zu machen wäre, um zu erreichen, daß Kinder nicht - wie Sie gesagt haben - auf eingezäunten Spielplätzen in der Großstadt spielen müssen, sondern tatsächlich auch wieder auf der Straße spielen können. Ich glaube, die meisten Mitbürgerinnen und Mitbürger wären bereit, dafür gerne den Bleifuß vom Gaspedal zu nehmen, wenn Kinder wieder unbesorgt draußen spielen könnten.

Wir wollen eine kinderfreundliche Welt. Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie gegen Abtreibung sind, dann müssen Sie doch Bedingungen schaffen, die es möglich machen, Kinder zu akzeptieren, Kinder auszutragen, in die Welt zu setzen. Dann müssen Sie doch auch auf die Ängste und Bedrängungen der Frauen, der Eltern zugehen.

Was ist das für eine Welt, wo ein bayerischer Ministerpräsident, der seinen Staat blühend machen konnte, weil er viel Rüstungsindustrie um München herum angesiedelt hat, als internationaler Waffenhändler durch Saudi-Arabien reist? Da findet niemand etwas dabei. Was ist das für eine Welt, wo Sie von der Freiheit der Medieninformation sprechen? 16 Kanäle. Ich selbst gehöre zu den Beglückten. Ich kann Ihnen sagen: Mittlerweile weiß ich, wie American Football funktioniert. Das ist aber auch der einzige Erkenntnisfortschritt. Und das auch nur, wenn Sie englisch sprechen. 16 Kanäle!

Gleichzeitig wollen Sie die Familie stabilisieren, sprechen sich für die Familie aus. Sie werden weitere Kanäle schaffen. Ein Medienzentrum in Südhessen soll auch noch produziert werden. Sie wissen selbst, dieses wird das

Ende dessen sein, was Sie an Familienvorstellungen haben, zumindest für weite Bevölkerungsgruppen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben Gelegenheit, wenn Sie wirklich Gleichberechtigung wollen, die hervorragenden Leistungen der alten Landesregierung fortzusetzen: Förderung von Frauenhäusern, von unabhängigen Frauenprojekten, die Gleichberechtigung durch Frauenförderung, die bisher einmalig in Hessen innerhalb der Landesregierung so formuliert wurde.

(Kappel (F.D.P.): Warum haben die Wähler nicht anders gewählt?)

- Allzu dumm ist dieser Zwischenruf. Das muß ich Ihnen ganz ehrlich sagen, Herr Kappel, dumm ist dieser Zwischenruf. Ich versuche hier, in einer sachlichen Auseinandersetzung unsere Position zu begründen und empfehle Ihnen, bestimmte Dinge weiterzumachen. Dann fragen Sie mich: Wieso hat der Wähler anders gewählt? Offensichtlich hat er Sie nicht oft genug gehört; denn sonst hätte er anders gewählt!

(Lachen und Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zur Arbeitslosigkeit bedauerlicherweise nur Allgemeinplätze. Die Arbeitslosigkeit soll bekämpft werden. Wo? Wie? Was? Strukturpolitik in Nordhessen, das wird ein sehr spannendes Thema. Herr Krollmann hat es angesprochen. Wir wollen es einmal sehen, die Silicon-Valleys, die neuen Handwerkerzonen, das blühende Land! Herr Schmidt, Sie tragen die Verantwortung. Sie sind ja, wenn ich richtig informiert bin, der einzige Nordhesse im Kabinett. Das macht ja schon klar, welche Bedeutung Nordhessen im Kabinett Wallmann haben wird. Sie teilen diesen Minderheitenstatus mit der einen Frau. Es gibt dann noch eine zweite im Kabinett im Range einer Staatssekretärin, aber ich meine die Ministerin. Insofern sind es also zwei Minderheiten im Kabinett, die in Hessen ansonsten alles andere als minoritär sind: die Frauen und die Nordhessen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch dieses macht klar, meine Damen und Herren, wie es um die Schwerpunkte der neuen Landesregierung steht.

Ich schaue mir weiter Ihre konkreten Äußerungen an. Sie wollen die Landschaft nicht mit Beton zugießen, planlos. Planvoll werden Sie es schon tun. Dann diese Vorstellungen wirtschaftspolitischer, innovativer, kreativer Neuansätze. Ich habe sie mir aufgeschrieben:

Der Anschluß Hessens an das geplante Schnellbahnnetz der Deutschen Bundesbahn ist unverzichtbar.

Ei, wo sind wir denn? Die Schnellbahnstrecke läuft doch hier von Würzburg nach Hannover und nicht durch das Territorium der DDR. Also was ist damit gemeint? - Weiteres Zitat:

Der Frankfurter Flughafen muß als nationale und als europäische Drehscheibe für den Flugverkehr erhalten bleiben.

Nicht einmal der Kollege Kuhnert hatte dessen Schließung gefordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich muß Ihnen sagen: Angesichts dessen habe ich geächzt und das Gebälk, in dem ich saß, gleich mit. Ich habe nur

noch darauf gewartet, daß Sie jetzt noch den Vorschlag machen und mit überzeugender Stimme sagen: Der Frankfurter Hauptbahnhof bleibt weiterhin geöffnet, und die Autobahn nach Kassel kann weiterhin befahren werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Landwirte werden sich freuen können. Sie haben zu Recht konstatiert, die Landwirtschaft ist die Gruppe, die am weitesten an den Rand gedrückt wurde. Ja, von wem denn? Wie hießen denn die Bundeslandwirtschaftsminister? Hießen die nicht etwa Ertl? Hatten die ein grünes oder ein rotes Parteibuch? Oder war dies nicht vielmehr ein Freidemokrat? Heißt der zuständige Minister in Bonn nicht etwa Kiechle? Er hat ein schwarzes oder blauweißes Parteibuch. Die Bauern werden sich freuen können! Wir sind gespannt, was aus Ihren vollmundigen Versprechungen wird. Wir fürchten, es wird weiterhin bergab gehen mit der Umwelt und mit der Landwirtschaft.

Bei AIDS sollten wir wirklich noch einmal nachdenken über einen Sonderausschuß. Daran ist nichts Ideologisches. Aber es gibt eine Reihe von ausschlußübergreifenden Problemen in dieser Sache. Sonderausschüsse sollen doch dann gebildet werden, wenn ein neues Thema mit Schwergewicht auftaucht. Der Sozialpolitische Ausschuß, fürchte ich, wird von AIDS dominiert werden, wenn wir nicht diesen Sonderausschuß einrichten. Spezifische Probleme, die von den Abgeordneten des Hauses genauer untersucht werden müssen, sollten dort behandelt werden. Es spricht daher vieles dafür, daß Sie sich diese Entscheidung noch einmal überlegen.

Aber was uns interessiert, und auch darauf erwarten wir eine konkrete Antwort: Welche Linie wird gelten? Rita Süsmuth oder Gauweiler?

(Boppel (GRÜNE): Gauland!)

- Wir sollten jetzt nicht falsche Namen bei diesem ernsten Thema erwähnen. Wird die bayerische Linie gelten? Oder wird die Linie von Rita Süsmuth gelten? Wenn das zweite der Fall ist, werden wir uns hier für eine gute Zusammenarbeit bereithalten. Das Problem ist viel zu ernst, als daß es ideologisiert werden darf. Was die bayerische Landesregierung macht - bei einer Krankheit, die noch nicht bekämpft werden kann, leider -, dort die Kranken zu erfassen, führt zu nichts anderem als zu einer sozialen Stigmatisierung.

Es wird zu nichts anderem führen wie bei den Aussätzigen im Mittelalter. Das werden wir erleben, wenn die sich durchsetzen. Denn die irrationale Angst, die jeder haben wird, wird diese Menschen, egal welchem Stand, welcher Schicht sie angehören - das ist kein Minderheitenproblem mehr; darauf wurde gestern zu Recht hingewiesen -, ausgrenzen. Ich halte gar nichts davon, diesen Weg ins neue Mittelalter mit Gauweiler zu gehen. Ich würde mich freuen, wenn darüber im Hessischen Landtag eine einmütige Meinung bestehen könnte. Aber auch da harren wir gespannt auf die Äußerungen der Landesregierung.

**Vizepräsidentin Wagner (Darmstadt):**

Herr Kollege Fischer, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte Sie, allmählich zum Schluß zu kommen.

**Fischer (Frankfurt) (GRÜNE):**

Frau Präsidentin, ich werde mich beeilen.

Der entscheidende letzte Punkt, den ich noch ansprechen möchte, betrifft das, was Herr Wallmann uns mit auf den Weg gegeben hat. Sie haben gestern folgendes ausgeführt:

Wir geben der privaten Lebensentscheidung des Bürgers Vorrang vor staatlicher Reglementierung. Nicht der Staat, nicht die Gesellschaft, nicht die Organisationen, sondern die Bürger selbst sollen ihr Leben gestalten.

Es würde uns freuen, wenn dies auch für die Volkszählung gelten würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch da wieder der Widerspruch zwischen Worten und Taten.

Der Ausgang der Wahl in Hessen macht mein Mißtrauen als Bürger gegen die Volkszählung noch viel größer. Der maschinenlesbare neue Personalausweis, immer neue Datenbanken kommen hinzu. Ich gehe davon aus, daß Sie jetzt in Hessen auf den Kurs von Bundesinnenminister Zimmermann einschwenken werden, und dann besteht höchste Skepsis gegen die Volkszählung. Wir GRÜNEN halten die Volkszählung für unnötig, überflüssig und gefährlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letzter Punkt: die Frage der Wiedervereinigung, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Ich weiß, es gehört in der Union zur Übung, sozusagen dem rechten Flügel, dem Vertriebenenflügel, Ihrem Freund Alfred Dregger diese Reverenz zu erweisen. Aber jeder muß doch wissen, daß wir dann, wenn dies nicht nur eine Platitüde, eine Rede am Feiertag sein soll, in eine Entwicklung geraten, die nicht einmal ein Unionspolitiker wollen kann.

Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen - ich wollte, es wäre eine Selbstverständlichkeit. Das hätte vorausgesetzt, daß es Auschwitz nicht gibt. In Auschwitz ist dieses Selbstbestimmungsrecht der Deutschen verloren worden. Die nationale Frage ist für mich keine territoriale Frage mehr, sondern allein eine Frage der Menschenrechte und des Friedens. Hessen, Osthessen, wir hier in Hessen sind direkt von dieser Entwicklung berührt. Sie haben kein Wort zur Militarisierung in Hessen gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fulda-Gap auf der einen Seite und Thüringer Balkon auf der anderen Seite. Die Menschen in Hessen, die tagtäglich mit dem Militär leben, haben ein vitales Interesse an Abrüstung, haben ein vitales Interesse an Demilitarisierung, haben ein vitales Interesse an Blocküberwindung und an der Durchsetzung der Menschenrechte in Osteuropa wie in Westeuropa. Das ist unsere Position.

Wir werden auch in der kommenden Legislaturperiode nicht müde werden, dieses vitale Demilitarisierungs- und Abrüstungsinteresse an vielen einzelnen Punkten, aber auch dort einzuklagen, wo die Hessische Landesregierung mit der Bundesregierung gleichzieht. Friedenspolitik in Hessen ist Landespolitik, ist unser vitales Überlebensinteresse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Schluß, Frau Präsidentin.

(Zuruf der Abg. Blaul (GRÜNE))

Herr Wallmann, Sie haben gestern auch Erbauliches über die Opposition gesagt. Ihrer neuen Regierung haben Sie verordnet, daß wieder Normalität und Ruhe einkehren

sollen. Herr Wallmann, ich kann Ihnen versprechen: Wir begreifen unseren Auftrag im Parlament, aber auch draußen im Lande eher mit Georg Büchner, daß Ruhe nicht die erste Bürgerpflicht ist -

(Beifall bei den GRÜNEN)

und schon gar nicht die Pflicht einer Opposition. Es gibt nach diesem knappen Wahlausgang für die Oppositionsparteien überhaupt keine Veranlassung, in Selbstzerfleischung zu verfallen, den Kopf einzuziehen und einen Prozeß einzuleiten, dessen schlimme Ergebnisse wir in Frankfurt bis auf den heutigen Tag erleben müssen.

(Zuruf des Abg. Weghorn (F.D.P.))

Wir GRÜNE haben daran überhaupt kein Interesse. An diesem Punkt muß ich auch ganz klar sagen: Ich halte nichts von der Debatte, in der CDU den neuen Oppositionspartner des Jahres 2010 zu suchen. Wer bei den GRÜNEN in den letzten Jahren die CDU hier im Hessischen Landtag erlebt hat, der ist von solchen intellektuellen Irrungen, glaube ich, kuriert.

Wir werden Ihnen hier das Prädikat des Aufklärers nicht überlassen. Wenn man Ihre Rede genau liest und wenn man sich Ihren Stil anschaut, Herr Ministerpräsident, dann stellt man fest, daß von Aufklärung wenig zu sehen ist. Sie mögen Lukacs zitieren, Sie mögen Adorno zitieren - was hätte Adorno zu Ihrer Medienpolitik gesagt? Er wäre entsetzt gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lauterbach (CDU):  
Sie kennen doch den Mann überhaupt nicht! -  
Heiterkeit)

- Ich bin in Baden-Württemberg in die Schule gegangen. Da hat man wenigstens noch Lesen gelernt - um Ihre Vorurteile zu bestätigen.

Herr Ministerpräsident, ich möchte da lieber Ernst Bloch zitieren. Er hat einmal gesagt: "Das Banale ist die Konterrevolution." Das Banale ist die Gegenaufklärung, ist der Rückschritt. Was wir gestern erlebt haben, weist eindeutig in diese Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN werden keine Sonthofen-Strategie machen. Wenn Sie Standortentscheidungen, die begründet und ökologisch sicher sind, vortragen, werden wir uns nicht von dem, was wir gestern gesagt haben, so wie Sie distanzieren. Dann werden wir konstruktiv sein. Aber dort, wo Sie versagen, werden Sie uns als ökologische und radikaldemokratische Opposition immer im Genick haben. Unser Ziel ist, die Kommunalwahlen in zwei Jahren als ein erstes eindeutiges Stoppsignal für die Wende in Hessen zu gewinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser weiteres Ziel bleibt, Sie in vier Jahren abzulösen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Sturmowski:**

Meine Damen und Herren, dies war die erste Rede des Abgeordneten Fischer in diesem Hause.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich begrüße auf der Tribüne unseren ehemaligen Kollegen Dr. Christian Bartelt.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat Herr Abg. Nassauer:

**Nassauer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Wechsel in Hessen, der kein Machtwechsel, wie Herr Fischer zu sagen beliebt, sondern ein Regierungswechsel ist, weil uns nicht Macht, sondern Verantwortung übertragen worden ist,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und in dessen Gefolge die SPD und die GRÜNEN in die Opposition geraten sind, ist keine Zeitenwende, aber dieser Wechsel war fällig.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ob er historische Qualität beanspruchen kann, haben wir nicht zu entscheiden; darüber wird die Zukunft befinden. Aber daß dieser Wechsel in der Geschichte dieses Landes Gewicht hat, ist unübersehbar und nicht zu bestreiten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vor allem besitzt dieser Wechsel Legitimation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Herr Kollege Krollmann glaubt, den Vorgang der Regierungsübernahme durch Union und Freie Demokraten als ein Hineinstolpern bezeichnen zu können,

(Zuruf von der CDU)

so läßt uns das vergleichsweise ungerührt. Aber ich denke, daß sich die Wähler diffamiert fühlen werden, die ihre Entscheidung so qualifiziert sehen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Bei dieser Gelegenheit gleich eine Anmerkung zum Demokratiebegriff, den Herr Fischer eben hier verwendet hat. Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, uns unterscheiden nicht nur die politischen Inhalte. Uns unterscheiden auch ganz maßgeblich die politischen Verfahrensweisen.

Demokratie ist nach unserem Verständnis auch ein Verfahren zur Entscheidungsfindung. Das ist bei uns vielfach festgelegt. Es gibt verschiedene Ebenen der Entscheidungsfindung: die politische Entscheidungsfindung durch die Wähler, anschließend durch die Parlamente, die Überprüfung der Parlamentsentscheidungen, auch der Exekutiventscheidungen durch unabhängige Gerichte, durch mehrere Instanzen - das alles bietet uns die Demokratie. Sie eröffnet uns die Möglichkeit, qualifizierte Entscheidungen zu treffen.

(von Plottnitz-Stockhammer (GRÜNE): Wer bestreitet das denn bei den GRÜNEN?)

- Genau diejenigen, die nachher solche Entscheidungen nicht akzeptieren, sondern wie bei der Startbahn West unter Anwendung von Gewalt dagegen anrennen. Das ist undemokratisch.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deswegen akzeptieren wir in der Demokratie selbstverständlich Unruhe und Unbequemsein. Von der widerstreitenden Überzeugung bis zur Geschmacklosigkeit ist in der Demokratie fraglos alles gestattet. Aber die gefällte Entscheidung von den legitimierten Organen, überprüft von unabhängigen Gerichten, muß akzeptiert werden. Dabei bleiben wir.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nur ein Wort, Herr Fischer, zu den Inhalten. Sie haben es sich erlaubt, unsere Erinnerung an das Schicksal der Vertriebenen als billige Reverenz disqualifizieren zu wollen. Das ist für uns etwas, was wir ernst nehmen. Wir

nehmen die Vertriebenen und ihren Beitrag zum Aufbau unseres Staates ernst. Das tun wir.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Unser Hinweis darauf ist ein Hinweis auf die allgemein akzeptierte Verfassungslage, auf den verfassungsmäßig bestätigten Auftrag aller Organe unseres Landes, für Wiedervereinigung und das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen einzutreten.

Ich füge hinzu, Herr Fischer, Sie sollten in diesem Zusammenhang Auschwitz außen vor lassen. Es ist eine bleibende Last unserer Geschichte. Aber ich glaube nicht, daß Sie legitimiert sind, die Deutschen deswegen zum Verlust ihres Selbstbestimmungsrechts zu verurteilen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es ist eine weit über die Anhänger der Koalition hinaus verbreitete Überzeugung, daß die hessischen Sozialdemokraten ablösungsreif waren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nicht nur die 40jährige Dauer ihrer Regierungstätigkeit, sondern auch und vor allem die Art und Weise, wie sie in den letzten Jahren Regierung ausgeübt haben oder, genauer gesagt, wie sie es unterlassen haben, Regierung auszuüben,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

hat die Überzeugung begründet: In Hessen muß sich etwas ändern. Diese Überzeugung, verbreitet bis weit hinein in die Reihen der Sozialdemokraten selbst, ist für uns ein Stück Startkapital, eine Chance, Vertrauen zu erwerben, das uns sicher in der Wahl bislang nur vorsichtig, auf Vorschub und in der Absicht übertragen worden ist, sorgsam zu beobachten, wie wir damit umgehen.

Wir sind uns dessen bewußt, daß wir durch unser Handeln und unsere Politik in den kommenden vier Jahren Vertrauen dazuerwerben müssen. Ich kündige Ihnen an, daß wir die Arbeit dieser Regierung mit einer Offensive des Vertrauens für diese Regierung begleiten werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich sage dem Kollegen Krollmann, daß wir weit davon entfernt sind, auf die Vergeblichkeit der Wähler spekulieren zu wollen. Im Gegenteil. Wir rechnen mit ihrem Urteil, ihrem nüchternen und klaren Urteil, das uns auch jetzt die Mehrheit gebracht hat.

(Beifall bei den CDU und der F.D.P.)

Unsere Mehrheit ist knapp, aber wir sind handlungsfähig. Das haben wir in den vergangenen Tagen nach dem 5. April bewiesen und vor allen Dingen gestern, als diese Regierung ins Amt gebracht worden ist. Ich denke, es ist kein Stück Überheblichkeit, wenn ich sage, daß unser Zwei-Stimmen-Vorsprung uns mehr Handlungsfähigkeit garantiert, als SPD und GRÜNE mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit zusammenbrächten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Das ist kein Nassauer, sondern Kalauer, den Sie da gebracht haben!)

Wenn Herr Krollmann sagt, die Opposition sei stark, meine Damen und Herren, dann halte ich ihm entgegen: Die Stärke der Opposition ist keine Frage der Zahl. Daß die Opposition stark ist, scheint mir bislang mehr Anspruch als Wirklichkeit zu sein.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Unsere Mehrheit ist knapp. Wir werden dies keinen Augenblick vergessen. Wir werden das nicht nur im Hinterkopf behalten, wie Herr Krollmann glaubt anmahnen zu müssen, nein, noch mehr, wir akzeptieren es, daß dies eine knappe Mehrheit ist.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Was bleibt Ihnen denn anderes übrig!)

Sie hindert uns nicht daran, uns darüber zu freuen, daß wir unser großes Ziel erreicht haben.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Halleluja!)

Aber sie wird uns vor Übermut bewahren, vor Halleluja-Geschrei, vor dem Übermut, der am Beginn des Niedergangs der hessischen Sozialdemokratie Pate gestanden hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wenn Herr Krollmann glaubt, uns mahnen zu müssen, wir sollten mit der Mehrheit und der Verantwortung sorgsam umgehen, dann frage ich, wann die SPD in der Vergangenheit mit anderen sorgsam umgegangen ist. Von den Eltern bis zu den Schülern wären viele Gruppen zu nennen, die das möglicherweise nicht so empfunden haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Aber, meine Damen und Herren, ungeachtet all dessen: Die 40jährige Regierungstätigkeit der SPD ist unabhängig von der Notwendigkeit eines demokratischen Wechsels eine Leistung, die Anerkennung verdient. Ich bekunde den hessischen Sozialdemokraten Respekt für ihre jahrzehntelange Arbeit für unser Land. Wir teilen Ihre politische Überzeugung nicht. Wir halten wesentliche Entscheidungen, die Sie getroffen haben, für verhängnisvoll. Insbesondere halten wir den Weg, den Sie in den letzten Jahren mit den GRÜNEN eingeschlagen haben, für, gelinde gesagt, problematisch, wie übrigens viele Sozialdemokraten auch. Aber das soll uns nicht den Blick dafür verstellen, daß die SPD für den Aufbau dieses Landes einen gewichtigen und sicherlich auch prägenden Beitrag geleistet hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nunmehr haben die Wähler der SPD die Aufgabe der Opposition zugewiesen, und Union und Freie Demokraten haben zu entscheiden. Wir sind uns bewußt, daß wir, anders als Herbert Wehner es einmal gesagt hat, Opposition brauchen. Ich sage das nicht, weil Opposition zum guten demokratischen Ton gehört, sondern ich sage dies, weil wir uns bewußt bleiben wollen, daß die Opposition in diesem Hause einen im wesentlichen gleich große Zahl von Bürgern politisch vertritt, und wir wollen nicht in den Fehler verfallen, unseren Teil für das Ganze zu halten oder gar unsere Partei für den Staat zu nehmen. Wir haben den Auftrag, zu handeln und zu entscheiden.

Herr Krollmann, wir werden auch ganz gewiß der Versuchung widerstehen, Sie über Opposition belehren zu wollen, obwohl wir sicher lange genug geübt haben, wie man das macht. Aber wenn Sie sagen, daß Sie sich rasch in Ihre Rolle hineingefunden haben, und damit zum Ausdruck bringen wollten, daß Sie sich rasch in Ihre Oppositionsrolle hineingefunden hätten, dann möchte ich eigentlich im Interesse der SPD hoffen, daß Sie sich dabei geirrt haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Aber wir werden sorgsam darauf achten, was die Opposition vorträgt. Wir werden uns der Diskussion mit der Opposition nicht entziehen.

„Hessen muß gewinnen“, haben wir im Wahlkampf gefordert. Dieser Vorgabe fühlen wir uns auch weiterhin verpflichtet. Wir wollen mit unserer Politik unserem Land und seinen Bürgern nach der rot-grünen Phase eine neue Zukunft eröffnen.

Ich sage nicht ohne Stolz, daß das die Union mit ihrer Regierungsübernahme im Bund im Oktober 1982 auch geleistet hat. Seit dieser Zeit wachsen in unserem Volk wieder die Zuversicht und das Vertrauen, daß es eine lebenswerte Zukunft gibt und daß die Politik zu ihrer Gestaltung einen Beitrag leisten kann. Das ist sogar demoskopisch ablesbar.

Während die junge Generation noch im Jahre 1981 mehrheitlich von einer pessimistischen Grundstimmung getragen war, gibt es inzwischen eine Zweidrittelmehrheit der Zuversichtlichen, die bereit sind, die Zukunft eher optimistisch zu sehen. Wir sehen darin einen Erfolg unserer Bonner Politik und wollen in diesem Geist auch die Probleme der hessischen Politik anpacken.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen wird die Zukunft bei uns wieder eine Chance haben. Für zukunftsorientierte Unternehmen muß und wird Hessen wieder eine erste Adresse werden. Nicht mit Technologie- und Fortschrittsfeindlichkeit werden wir Schlagzeilen machen, wir werden zum Forschungs- und Technologieland werden. Die Chancen, die der Umgang mit der Technologie für unser Leben eröffnet, werden wir nicht blockieren, sondern wir werden sie ergreifen. Der technologische Fortschritt ist für uns nicht der Feind neuer Arbeitsplätze, sondern Voraussetzung für neue Arbeitsplätze,

(Beifall bei der CDU)

für die Humanisierung der Arbeitswelt und insbesondere für die Chance, unsere natürlichen Lebensgrundlagen wirksam zu schützen.

Politik für die Zukunft ist mithin vor allem Politik für die junge Generation. Mut zur Zukunft wird die junge Generation dann fassen, wenn die Politik ihr greifbare, erfahrbare Zukunftsmöglichkeiten eröffnet. Zukunftspolitik wird deswegen unsere Bildungspolitik sein. Die optimale Förderung jedes jungen Menschen in seiner individuellen Begabung und Neigung in allen Bildungsabschnitten ist die Startchance, die unsere Kinder brauchen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen werden wir die Schul- und Bildungspolitik von allem gesellschaftspolitischen Beiwerk entkleiden und sie in den Dienst ihrer eigentlichen Aufgabe stellen, nämlich Bildung zu vermitteln, die den jungen Menschen die notwendige und unverzichtbare Voraussetzung für die Entwicklung und den Gebrauch ihrer Fähigkeiten bietet und ihnen individuelle Teilnahme und Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft ermöglicht.

Wir sind verantwortlich für die Welt, in der unsere Kinder leben werden. Deswegen ist Umweltschutz eine ständige und mit Nachdruck und Überzeugung zu betreibende Aufgabe. Dabei setzen wir nicht auf hochfliegende Umweltphilosophien à la Fischer, sondern vielmehr auf praktischen Umweltschutz.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Herr Fischer uns einen Katalog von Fragen vorlegt, mit denen wir uns zweifellos befassen werden, dann kann ich gleichwohl, wenn dies am ersten Tag unserer Regierungstätigkeit geschieht, meinerseits die Frage nicht unterdrücken, warum er sie nicht selbst während seiner Regierungstätigkeit beantwortet hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir setzen nicht auf die Seifenblase einer Mülluniversität in Borken, sondern wir nehmen ganz praktisch und konkret Messel in Betrieb,

(Boppel (GRÜNE): Das ist die Alternative? Das ist doch ein Witz!)

was wir früher einmal gemeinsam mit den Sozialdemokraten tun wollten und wovon die Sozialdemokraten nicht aus geänderter Überzeugung in der Sache abgerückt sind, sondern nur aus Gründen der grünen Opportunität.

(Boppel (GRÜNE): Was ist denn mit dem Kulturbegriff im Falle Messel?)

Wir jammern auch nicht bei Bedarf über das Waldsterben, sondern wir sorgen für die nach menschlichem Ermessen verantwortbare Stromerzeugung aus Kernenergie und damit für die unerläßliche Voraussetzung zur Minderung der Schadstoffbelastung der Luft.

(Beifall bei der CDU)

Wir beklagen nicht die Gewässerqualität, sondern wir werden als ersten Schritt in einem Nachtragshaushalt ein Kläranlagen-Sonderbauprogramm auflegen, mit dem wir die Gewässergüte drastisch verbessern werden.

Die GRÜNEN tönen über den Baseler Chemieunfall. Wir werden als ersten Schritt ein Abwasserkataster anlegen, das uns Aufschluß über alle, auch die geringsten Einleitungen geben wird.

Wir werden uns um den lebensnotwendigen Schutz des Grundwassers kümmern. Wir wissen, daß die Nitratkonzentration im Grundwasser in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Deswegen werden wir den Schutz der Wassereinzugs- und Wasserschongebiete ausweiten und selbstverständlich die betroffenen Eigentümer entschädigen,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Mainhausen!)

während Sie über die Gummiklausel der Sozialpflichtigkeit des Eigentums den Umweltschutz auf dem Rücken der betroffenen Eigentümer austragen wollten.

(Beifall bei der CDU)

Zweifellos steht noch eine Fülle weiterer Probleme an. Ich nenne nur die Altlasten wie auch die Befürchtung, daß dem Waldsterben ein Bodensterben folgen könnte. Trotz alledem sage ich: Es besteht kein Grund zu Hysterie noch zu Endzeitstimmung. Auch heute noch leben wir in einer vielfältigen und natürlichen Kulturlandschaft. Wir nehmen uns die Freiheit, auch einmal darauf hinzuweisen.

(Beifall bei der CDU)

Auch heute noch erzeugen und verbrauchen wir gesunde Nahrungsmittel von hoher Qualität. Auch heute ist Wirklichkeit, daß wir noch hygienisch einwandfreies Wasser haben. Bei den GRÜNEN scheint Umweltschutz nur noch eine flankierende Maßnahme vor dem Weltuntergang zu sein.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir verweisen trotz aller bestehenden Probleme auf die bisher erzielten Erfolge der Umweltpolitik. Sie geben uns das Recht, mit Zuversicht an die Lösung neuer Probleme heranzugehen.

(Boppel (GRÜNE): Sie schaffen jetzt "Weimarer" Verhältnisse!)

Deswegen werden wir es Ihnen überlassen, weiterhin Weltmeister im Bauen von Umwelt-Luftschlössern zu sein. Wir haben den Ehrgeiz, Tabellenführer in praktischer Umweltpolitik zu werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Fischer (Frankfurt) (GRÜNE))

Die wirtschaftspolitischen Daten in unserem Land sind gut, zuverlässig gut. Sie sind so gut wie lange nicht mehr, jedenfalls bedeutend besser als zu jedem Zeitpunkt sozialdemokratischer Regierungstätigkeit im Bund. Es waren Union und Freie Demokraten zusammen, die das Minuswachstum in Pluswachstum umgekehrt haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben den Arbeitsmarkt in den Sog des Aufschwungs gebracht.

(Lachen bei der SPD)

Wir haben die Volkswirtschaft wieder an die Spitze der weltwirtschaftlichen Entwicklung gebracht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben die Preisstabilität wieder hergestellt, und wir haben erreicht, daß die Realeinkommen von Arbeitnehmern und Rentnern wieder steigen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Nassauer als Weltökonom!)

Und da reden Sie davon, Herr Krollmann, daß die kleinen Leute die Zeche bezahlen. Bei uns bekommen alle Einkommenssteigerungen von drei Prozent, und zwar real.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Bei Ihnen gab es auf dem Papier mehr, aber durch die Progression und die Steuerlast haben Sie den Leuten alles wieder aus der Tasche gezogen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir haben das uferlose Schuldenmachen und damit die Umverteilung von unten nach oben gebremst.

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): In Bonn habt Ihr es verdoppelt! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben mit Zinssenkungen Nachschub für Investitionen und Arbeitsplätze geschaffen. Wir haben die Sozialleistungen kräftig aufgestockt, die Herr Schmidt noch durch kräftige Schnitte ins Netz abbauen wollte. Wir bauen die Beschäftigung weiter auf.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deswegen werden wir dafür sorgen, daß unser Hessenland an dieser Entwicklung teilhat und nicht mehr über die Gegengewichtspolitik davon abgekoppelt wird.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wenn Sie beklagen, Herr Kollege Krollmann, daß wir uns etwa um eine wichtige Gruppe wie den DGB nicht kümmern würden, muß ich Ihnen sagen: Der Ministerpräsident hat schon zu Beginn dieser Woche, als er noch gar nicht gewählt war, ein erstes Gespräch mit dem neugewählten DGB-Landesvorsitzenden geführt. Sind

denn Ihre Kontakte dorthin so schlecht, daß Sie das nicht gewußt haben?

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir geben den Steuerzahlern - und das sind die kleinen Leute - 25 Milliarden DM zurück, die die SPD ihnen durch Inflation und Progression aus der Tasche gezogen hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Lachen bei der SPD - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Jetzt machen Sie eine Märchenstunde!)

Nach unserer Steuerreform zahlen 500.000 Arbeitnehmer überhaupt keine Steuern mehr.

(Welteke (SPD): Es ist schlicht nicht wahr, was Sie sagen!)

Unsere Entlastungen gehen viel weiter, als Herr Rau im Wahlkampf versprochen hat.

(Sehr gut! bei der CDU)

Reden wir einmal über den Spitzensteuersatz. Neun von zehn Unternehmen sind als Personen- und Einzelunternehmen organisiert und unterliegen der Einkommensteuer. Der neue Zukunftstarif stärkt deswegen nachhaltig die Eigenkapitalbildung und damit die Investitionskraft insbesondere der mittelständischen Unternehmen, in denen die meisten Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Gerade für diese Unternehmen stellt die Einkommensteuer die wichtigste Betriebssteuer dar. Deswegen ist die Senkung des Tarifs, auch des Spitzensteuersatzes, eine wichtige investitionspolitische und arbeitsplatzhaltende Maßnahme.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Was sagt denn Norbert Blüm dazu?)

Zur Ausländerpolitik. Meine Damen und Herren, wir werden auch Politik für die Ausländer in unserem Land machen. Die Politik des "Ausländer raus" ist unmenschlich. Eine Politik, die dem Zuzug von Ausländern freien Lauf läßt, ist es auch.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir setzen auf drei Ziele: Erstens die Begrenzung des weiteren Ausländerzuzugs - sie ist notwendig, weil wir kein Einwanderungsland sind -, zweitens die Rückkehrförderung für rückkehrwillige und nicht integrationswillige Ausländer und drittens die Eingliederung von Ausländern, die bei uns seit vielen Jahren leben und bei uns bleiben wollen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das Ziel der Eingliederung muß nach meiner Überzeugung die volle, auch rechtliche Eingliederung sein. Sie müssen Staatsbürger werden und selbstverständlich dann auch das Wahlrecht haben. Aber ein gespaltenes Wahlrecht, meine Damen und Herren, wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Boppel (GRÜNE): Zwangseinbürgerung wollen Sie haben!)

Meine Damen und Herren, wir werden Anlaß haben, uns besonders um jugendliche Ausländer zu kümmern. Bei ihnen ist die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch und im übrigen auch die Kriminalität. Bei ihnen gibt es besondere Ausbildungsprobleme, nicht zuletzt Ausbil-

dungsdefizite im sprachlichen Bereich. Nicht zuletzt deswegen könnten wir uns zu einer Nachzugsbegrenzung und zu einer Senkung des Nachzugsalters verstehen.

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

Die besten Chancen für eine gute Bildung und eine gediegene Berufsausbildung haben nämlich die Ausländer, die in möglichst jungen Jahren in unser Land gekommen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir halten selbstverständlich auch am Asylrecht fest. Die Liberalität des Asylrechts in der Bundesrepublik Deutschland ist doch überhaupt nicht zu bestreiten. Es gibt keinen wirklich politisch Verfolgten, der bei uns abgelehnt würde. Probleme haben wir doch nur mit denen, die Scheinasylanten sind,

(Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Reden Sie doch einmal mit dem Hohen Flüchtlingskommissar! Das ist doch alles nicht wahr, was Sie da erzählen!)

die die wirtschaftliche Situation unseres Landes anzieht, wofür man Verständnis haben kann, was aber über Asyl nicht zu regeln ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Sie sind überhaupt nicht über die Probleme informiert!)

Menschen, die aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen verfolgt werden, finden bei uns Aufnahme. Die Zahl dieser Asylanten, die wirklich Verfolgung erleiden, können wir auch in unsere Gemeinschaft aufnehmen. Dazu sind wir bereit und auch in der Lage. Aber es ist nicht möglich, alle aufzunehmen, die deswegen kommen, weil es ihnen wirtschaftlich sehr viel schlechter geht als uns. Es wäre nach meiner Überzeugung im Gegenteil unverantwortliche Politik, die Einreise unberechtigter Asylbewerber schrankenlos hinzunehmen. Hier kann es nur darum gehen, die notwendigen Verfahren zu beschleunigen und jeden, solange er hier ist, menschenwürdig zu behandeln.

Meine Damen und Herren, die Wähler haben uns am 5. April 1987 die Regierungsverantwortung für vier Jahre übertragen. Ich bin davon überzeugt, daß wir sie im Gegensatz zu den vorangegangenen Legislaturperioden auch vier Jahre lang ausüben werden. Wir wissen, daß hohe Erwartungen auf uns ruhen. Wir werden uns auf das äußerste anstrengen, diese Erwartungen zu rechtfertigen. Wir werden uns bemühen, Vertrauen für unsere Politik zu erwerben. Wir sind uns bewußt, daß wir vor einer gewaltigen Aufgabe stehen, und wir sind uns auch bewußt, daß wir auf Widerstände stoßen werden. Aber ich denke, wir haben bereits erste Zeichen gesetzt. Die Regierungsbildung, die Vereinbarung der Koalition, die Personalentscheidungen heben sich jedenfalls für unvoreingenommene Beobachter einigermaßen wohlthuend von dem ab, was SPD und GRÜNE uns bei ähnlichen Gelegenheiten in der Vergangenheit vorexerziert haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Die Bildzeitung ist begeistert, Herr Nassauer! Eine wahre Eloge!)

Es ist unverkennbar, daß die Konfrontationsübungen zwischen SPD und GRÜNEN nicht nur Stillstand der Politik bewirkt, sondern letztlich unser Land in Mißkredit gebracht haben.

Meine Damen und Herren, "Hessen vorn", geprägt von sozialdemokratischer Politik, was wir in der Vergangen-

heit gelegentlich neidvoll zu konstatieren durchaus Anlaß hatten, war mindestens zur Zeit Georg August Zinns ein Gütesiegel. Hessische Verhältnisse, ebenfalls zu verantworten von der Sozialdemokratie, haben dem hessischen Ruf geschadet und werden nur abfällig zitiert. Diesen Makel auszulöschen, ist eines der Ziele unserer Politik.

Wir haben im Wahlkampf gesagt: "Hessen muß gewinnen". Ich bin davon überzeugt, Hessen wird gewinnen mit der Koalition der Mitte und mit dem Ministerpräsidenten Walter Wallmann, dem wir unser Vertrauen aussprechen werden.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

#### Präsident Lengemann:

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache über die Regierungserklärung und die Mitteilung über die Ernennung der Minister.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

#### Beschlußfassung über die Vertrauenserklärung für die Landesregierung

Ihnen liegt die Drucksache 12/9 mit dem Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. vor betreffend Vertrauenserklärung gemäß Art. 101 Abs. 4 der hessischen Verfassung, der folgenden Wortlaut hat:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landesregierung wird das Vertrauen ausgesprochen gemäß Art. 101 Abs. 4 der hessischen Verfassung.

Der Antrag ist von den beiden Fraktionsvorsitzenden unterzeichnet.

Ich gehe davon aus, daß mit der Aussprache über die Regierungserklärung die Aussprache erfolgt ist und keine gesonderte Aussprache über den Antrag gewünscht wird. - Es wird kein Widerspruch laut.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. betreffend Vertrauenserklärung gemäß Art. 101 Abs. 4 der hessischen Verfassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß der Antrag bei vollbesetztem Hause angenommen ist. Für ihn haben die Abgeordneten der CDU und der F.D.P. gestimmt, dagegen haben die Abgeordneten von SPD und GRÜNEN gestimmt.

(Boppel (GRÜNE): Wo sitzt das U-Boot?)

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

#### Vereidigung der Minister

Art. 111 der hessischen Verfassung schreibt folgendes vor:

Beim Amtsantritt leisten die Minister vor dem Ministerpräsidenten in Gegenwart des Landtages den Amtseid.

Dann folgt der Wortlaut des Amtseides.

Ich darf Sie, Herr Ministerpräsident, bitten, die Vereidigung vorzunehmen. Ich bitte die Minister, die Abgeordnete sind, in die Nähe des Mikrophons nach vorne zu kommen. Ich bitte, die Minister, die nicht Abgeordnete sind, in den Plenarsaal zu führen.

(Vereinzelt Heiterkeit - Fischer (Frankfurt) (GRÜNE): Möglichst im Büßergewand!)

#### Ministerpräsident Dr. Wallmann (vom Redner nicht durchgesehen):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrte Frau Reichardt, meine Herren! Sie haben nach Art. 111 der Verfassung des Landes Hessen vor dem Ministerpräsidenten den Amtseid zu leisten. Sie können diesen Eid nach unserer Verfassung in der weltlichen oder auch in der religiösen Form leisten.

Ich werde die Vereidigung in der Form vornehmen, daß ich Ihnen den Eidestext vorlese und Sie dann bitte, einzeln die rechte Hand zu erheben und den Eid dadurch zu leisten, daß Sie die Worte aussprechen: "Ich schwöre es" oder "ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe".

Ich verlese nun den Eidestext:

Ich schwöre, daß ich das mir übertragene Amt unparteiisch nach bestem Wissen und Können verwalten sowie Verfassung und Gesetz im demokratischen Geiste befolgen und verteidigen werde.

(Die Minister Dr. Gerhardt, Milde, Kanther, Weimar, Koch, Trageser, Reichardt und Dr. Wagner leisten den Eid mit den Worten "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!" - Minister Schmidt leistet den Eid mit den Worten "Ich schwöre es!")

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Minister haben den Eid geleistet. Herr Präsident, damit ist die neue Landesregierung vereidigt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

#### Präsident Lengemann:

Meine Damen und Herren Minister! Ich bitte Sie, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

Herr Ministerpräsident, Frau Staatsministerin, meine Herren Staatsminister! Sie haben soeben - der Herr Ministerpräsident gestern - den Eid auf die Verfassung des Landes Hessen geleistet. Ich stelle fest, daß damit die Landesregierung zu Beginn der 12. Wahlperiode des Hessischen Landtages gebildet ist. Ich spreche namens des ganzen Hauses der Landesregierung die guten Wünsche für ein Gelingen ihrer Arbeit im Interesse aller Bürger unseres Hessenlandes aus.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, dies ist sicher nicht die Stunde, in eine historische Bewertung der Arbeit der Regierung einzutreten, die durch die Amtsübernahme der neuen Landesregierung auch in ihrer seit gestern wahrgenommenen Geschäftsführungstätigkeit abgelöst worden ist. Gleichwohl ist es mir mehr als nur eine förmliche Pflicht, allen Mitgliedern der bisherigen Landesregierung für ihren Dienst am Land Hessen zu danken.

Ich habe mit dem Herrn Altministerpräsidenten Börner heute vormittag telefoniert und ihm dies auch zum Ausdruck gebracht. Ich habe ihm ferner gesagt, daß ich diese Stunde bewußt nutzen werde, um ihm auch ein persönliches Wort des Dankes zu sagen, weil er nach fast einunddreißigjähriger Tätigkeit als Parlamentarier auf allen Ebenen mit seinem Ausscheiden aus dem Bundesrat in Bonn seine parlamentarische Tätigkeit beendet.

Ich bin, glaube ich, der einzige in diesem Hause, der den Beginn seiner parlamentarischen Tätigkeit in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung damals als Zuschauer mit verfolgt hat, wie er mit Rudolf Freidhof und Theodor Hüfeden an den Beginn parlamentarischen Tuns gegangen ist. Er hat auf allen Ebenen parlamentarisch gewirkt, in den Rollen, die uns unsere freiheitlich-demokratische Verfassung aufträgt: Opposition und Regierung, auf verschiedenen Ebenen. Ich wollte das erwähnt haben und für diesen Beitrag zum parlamentarischen Leben in der Bundesrepublik Deutschland, in Hessen, in der Stadt Kassel den Dank des Hessischen Landtags zum Ausdruck gebracht haben. Ich möchte auch ganz persönlich Dank für dieses Tun anfügen.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren Minister, meine Kolleginnen und Kollegen! Gestern habe ich, auf den Landtag allein bezogen, gesagt: Machen wir uns an die Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger unseres Hessenlandes. Nun sind alle verfassungsmäßigen Organe auf Grund der Wahlergebnisse vom 5. April 1987 für die 12. Wahlperiode gebildet. Dieser Appell, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes an die Arbeit zu gehen, richtet sich nun gemeinsam an Parlament und Landesregierung. Machen wir uns auf den Weg!

Die Sitzung ist geschlossen.

(Allgemeiner Beifall - Schluß: 12.46 Uhr)